HEFT 4 APRIL 1982 5 DM C 4143 E

Konkret

Achtung! Giftige Kosmetik

Nach den Enthüllungen des BND-Agenten Langemann:

Die neue Strauß-Affäre

in konkret April 1982

Vorwort von Manfred Bissinger

an Konkret

Verrat, Verrat von Hermann L. Gremliza

Springen lassen von Uwe-Karsten Heye
Nachrichten

Nachrichten

Staatsgewalt! von Stefan Hinz
Um die Frankfurter Startbahn West wurde gekämpft wie im Krieg – schließlich geht es auch um militärische Interessen. Polizei und Regierung haben ihre Schlachten gewonnen. Vorläufig, bis zu den Landtagswahlen im Herbst.

Vorwärts? von Hans-Ulrich Klose, Oskar Lafontaine, Erhard Eppler
Partei und der Regierungskoalition diskutieren wird, wollen sie für linke Positionen kämpfen. KONKRET fragte die drei Politiker, wie lange Helmut Schmidt noch regieren kann, was sie von der Stationierung der neuen Atomwaffen halten, warum wichtige Fragen wie Frieden oder Umwelt ohne oder gegen die SPD diskutiert werden, wo in der Wirtschaftspolitik noch sozialdemokratische Elemente übrig sind, was die Linke in dieser Partei überhaupt ausrichten kann und ob die SPD nicht ein ganz neues Programm braucht

Kriegsrecht im NATO-Land Türkei von Jürgen Roth
Die lukrativen Geschäfte der Diktatoren

Ohne Chancen in Deutschland von Holger Behm
Die Deutschen igeln sich ein. Ausländer sind nicht mehr erwünscht. Provokationen und Gewaltakte gegen türkische Gastarbeiter nehmen zu. Die deutschen Kollegen fürchten um ihre Arbeitsplätze. Die Atmosphäre ist vergiftet. Ein Bericht ans Berlin

Dossierter Rassismus von Winfried Wolf
Über drei Generationen Gastarbeiter

Strahlendes Harrisburg von Jürgen Saupe, Bill Cooney
Drei Jahre nach dem Unglück von Three Mile Island blüht der Nuklear-Tourismus. Damit auch das Atomstrom-Geschäft wieder floriert, soll jetzt ein Reaktor-Block repariert werden

Der häßliche Deutsche: Rebmann, der Rächer von Otto Köhler

Konkret-Extra: Affäre Strauss von Jürgen Saupe
Nach den Enthüllungen des BND-Agenten Langemann

Vom Beicht- zum Gynäkologenstuhl von Gerhard Amendt
Frauenheilkunde ist zum Kontrolleur weiblicher Sexualität geworden: Eine Rolle, die sie von der Kirche übernommen hat. Nur weitreichende Eingriffe in ihr Terrain können die Gynäkologie wieder in heilende Medizin zurückverwandeln.

Ein Chaot mit 135 Millionen von Norbert Klugmann
In Kreuzberg leitet der Alternative Werner Orlowsky als Baustadtrat eine Behörde mit 450 Mitarbeitern

Schöne Geschäfte von Sabine Rosenbladt

Wenn es um Schönheit geht, schrecken wir vor nichts zurück. Die Industrie macht Milliarden-Umsätze. Mit Cadmium in Lidschatten, Arsen in Lippenstiften, »Seveso«-Gift in Aknemitteln, Bräune aus der Steckdose

Bitte fühlen Sie sich provoziert! von Hartmut Schulze
Zwei neue Filme von Werner Schroeter jetzt im Kino

Ein Monat aus Hollywood von Wolf Donner

Des Kanzlers Kunst von Walter Boehlich
Über Helmut Schmidt und seine neue Liebe zur Kultur

Mensch ihr Affen! von Martin Buchholz
Vor hundert Jahren starb Charles Darwin. Er bewies, daß Mensch und Affe gemeinsame Urahnen haben. Dennoch ist der Kampf Adam gegen Affe noch immer nicht entschieden.

Ein Roman aus dem Kloakenrohr von Rosa von Praunheim
Rosa von Praunheim, der schwule Filmemacher (»Rote Liebe«), stellt Klaus Manns Roman »Der fromme Tanz« vor. Dieses »Abenteuerbuch einer Jugend« - so der Untertitel - aus dem Berlin der zwanziger Jahre kommt jetzt, nach mehr als fünfzig Jahren, wieder in den Buchhandel

Hoffnungslos harmlos von Sabine Bredy
Musik

Heute drücken wir auf die Glückstaste von Hermann Peter Piwitt
Fernsehen

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 04/82, S. 4

Manfred Bissinger

Vorwort

Schreibtisch-Täter sind eine gute deutsche Tradition. Ungebrochen haben sie sich vom Dritten Reich in die Bonner Republik gerettet.

Vor 14 Tagen hat mich der Bundesanwalt Helmut Lunz in der Redaktion vernommen. Es geht um »Offenbarung von Staatsgeheimnissen«. Gemeint sind damit die Enthüllungen über die Arbeit des Bundesnachrichtendienstes (BND), die in der März-Ausgabe von KONKRET zu lesen waren. Im Verlauf des Gesprächs habe ich die für mich nächstliegende Frage gestellt: Was denn mit den Politikern und Beamten geschehe, die als Hintermänner die veröffentlichten kriminellen Praktiken des BND angestiftet und gedeckt haben. Immerhin war der verantwortliche Staatssekretär des Bundeskanzleramtes, dem Aufsicht und Kontrolle des BND obliegt, der ehrenwerte Bundespräsident Karl Carstens. Für Herrn Lunz war meine Frage keine Frage: Dies falle nicht in die Kompetenz der Justiz. Denn im deutschen Strafgesetzbuch gebe es keinen Paragraphen, nach dem der vorliegende Tatbestand verfolgbar sei. »Oder können Sie mir einen Paragraphen nennen?«

Ganz beiläufig hatte da der Bundesanwalt den Grund genannt, warum an den Schreibtischen in unseren Amtsstuben nach der jeweiligen Erfordernis mit der Rechtsstaatlichkeit herumgefuhrwerkt wird. Wenn Staatsdiener die Tat begehen, ist grundsätzlich das Opfer schuld.

Unser Extra-Teil in der Mitte des Heftes (zum Rausnehmen und Weitergeben) handelt erneut vom Machtmißbrauch des Staates und seiner Sicherheitsorgane. Und mit dabei ist wieder der inzwischen festgenommene oberste bayerische Staatsschützer und frühere BND-Agent, der Ministerialdirigent Dr. Hans Langemann.

Ich bin oft gefragt worden, warum packt einer aus, der wohl versorgt ist und so gesellschaftlich gebunden wie der Beamte Langemann. Ein finanzielles Motiv? Von KONKRET jedenfalls hat er für sein Wissen kein Geld bekommen. Ihm ging es auch um etwas anderes: Anerkennung. Was er für tolldreiste Husarenstücke hielt, für die ihm seine nähere Umgebung noch heute applaudiert, ist in Wahrheit (siehe Lunz) legitimiertes Unrecht. Der promovierte Jurist ist der Prototyp des Beamten, der schon den ersten demokratischen Versuch, die Weimarer Republik, absichtsvoll zerstörte. Die Folge war eine Diktatur, wo die Abwesenheit von Recht endgültig Gesetz war.

Der Mangel an Unrechtsbewußtsein zeichnet nicht nur Dr. Hans Langemann aus. In der öffentlichen Diskussion wird so getan, als ob es sich um ein Kavaliersdelikt handle - ob etwa Langemann hereingelegt worden sei. Sein oberster Dienstherr Franz Josef Strauß verhält sich wie immer, wenn er für sich Unrat wittert. Er verunglimpft. Wir, die in diesem Heft über seine Verstrickungen in die Affäre berichten, so sagte Strauß jetzt auf einer Münchner Prominenten-Party, seien »Ratten und Schmeißfliegen«. Der krachlederne Herrenmensch fürchtet offenbar den von der Opposition im bayerischen Landtag beantragten Untersuchungsausschuß. Es gibt viel zu klären, die Kette der Affären ist lang.

in diesem KONKRET jedenfalls vermittelt Jürgen Saupe erste Adressen für ihre Vorladung: Innenminister Tandler, Landesbank-Präsident Huber, Ex-Innenminister Merk, Ex-Ministerpräsident Goppel. Wir erheben natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Der »häßliche Deutsche« gehört diesmal auch zum Thema. Er trägt die Gesichtszüge eines anderen Juristen, des Generalbundesanwalts Kurt Rebmann (Seite 56). Wir wollten Otto Köhler nicht bestrafen und sein Manuskript ablegen. Er saß schon an der Schreibmaschine, als Herr Rebmann das Ermittlungsverfahren gegen uns einleitete.

Wie es um die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik bestellt ist, haben die BND-Bekenntnisse des Dr. Hans Langemann deutlich gemacht. Als KONKRET an den Kiosk kam, stand bei uns das Telefon nicht mehr still. Am Apparat waren nicht, wie ich erwartet hätte, die Kollegen von den liberalen Tageszeitungen. Die Anrufe kamen aus dem Ausland. Es waren Journalisten aus Ländern, wo es noch gestattet ist, anderer Meinung zu sein - aus Skandinavien, Italien, Frankreich, Holland und von der »New York Times«.

Unsere Links-Blätter »Stern« und »Spiegel« waren entschuldigt. Sie hatten objektive Schwierigkeiten. Beim »Stern« gab es die Unterlagen über BND-Spitzeleien im Vatikan seit 16 Monaten. Sie blieben in der Schublade. Angst oder wieder nur mal verpennt, Herr Koch?

Beim »Spiegel« ist die Sache gravierender: Das kritische Nachrichtenmagazin sprach von »ollen Kamellen«, ließ seine Leser über merkwürdige Umstände bei der früheren Zusammenarbeit mit KONKRET-Autor Frank P. Heigl allerdings im unklaren. Heigl-Anwalt Hans Kollmar hatte am 18. Mai 1981 an den »Spiegel« geschrieben:

»Bei der Einsicht in die Akten des gegen meinen Mandanten anhängigen Ermittlungsverfahrens 6 Js 17980/80 habe ich ein 'Spiegel'-Interview festgestellt, das von Ihrem Hause offensichtlich an das Bundeskriminalamt weitergegeben worden ist.

Es handelt sich um ein Interview, das Ihre Herren Koch und Wirtgen mit meinem Mandanten Mitte Januar 1980 im Zimmer Ihres Herrn Boehme geführt haben. Meinem Mandanten war seinerzeit absolute Vertraulichkeit und Diskretion zugesichert worden. Diese Zusammenarbeit des 'Spiegel' mit dem Bundeskriminalamt ist hoffentlich ungewöhnlich.«

Heigl jedenfalls war danach die Lust am »Spiegel« vergangen.

Wen wundert bei solchen Vorgängen, daß immer mehr immer weniger bereit sind, die etablierten Zustände zu akzeptieren. In diesem Heft wird das auch an einigen anderen Beispielen deutlich. Die Aktenlage ist deutschen Bürokraten wichtiger als die Menschen.

Am heftigsten zu spüren bekommen das gegenwärtig die Türken. Sie wurden geholt, um billig schmutzige Arbeit zu erledigen. Kapital und Kollegen waren sich da völlig einig. Heute sind sie es wieder: Türken raus.

Warum so viele Türken sich die Schikanen bei uns gefallen lassen und nicht in ihre Heimat zurückwollen, macht der Bericht von Jürgen Roth auf Seite 32 »Kriegsrecht im NATO-Land Türkei« klar. Wie es im deutschen Alltag zugeht, beschreibt Holger Behm am Beispiel Berlin auf Seite 42. Fremdenhaß darf wieder offen zur Schau getragen werden. Und selbst die SPD nimmt auf die Haßgefühle Rücksicht. Bei ihrer »Zeitung am Sonntag«, die in Millionenauflage während des Wahlkampfes in Niedersachsen verteilt wurde, galt der Ukas: Keine Nachrichten über Ausländer. Den Wahlsieg brachte auch das nicht.

Was in Hannover vor sich ging, ist nicht mehr besonders verwunderlich. Die SPD hat ihre Orientierung verloren. Und auf dem Münchner Parteitag wird sich der Wegweiser »Mehr Demokratie wagen« (Willy Brandt 1969) nicht wiederfinden. Um die richtige Richtung sind drei bemüht, die die Partei zu Außenseitern erklärt hat: Erhard Eppler, Hans-Ulrich Klose und Oskar Lafontaine. Das Gespräch mit dem Trio potentialis steht auf Seite 24. Während wir es führten, hat Helmut Schmidt erklärt, er wolle sich 1984 erneut für die SPD um die Kanzlerschaft bewerben. Doch soviel scheint mir sicher: Schmidts Bewerbung um den Direktorenposten bei der von ihm gewünschten Bundeskunsthalle wäre sicher erfolgreicher. Das rechte deutsche Gemüt jedenfalls hätte der Kanzler dafür, meint Walter Boehlich auf Seite 112 (»Des Kanzlers Kunst«).

Vom mangelnden Durchstehvermögen der Linken berichtet Stefan Hinz aus Frankfurt. Die Begeisterung beim Widerstand gegen die Startbahn West (»Staatsgewalt« Seite 12) ist inzwischen der Resignation gewichen. Nachdem sich die Betonpiste erstmal nicht verhindern läßt, beschäftigt die Linke wieder ihr Lieblingsthema: sie selbst. Statt weiterhin gemeinsam zu handeln, splittern sie sich auf: ein Teil macht Randale, ein Teil gründet gegeneinander neue Grüppchen, der Rest will mit der Gegenwart nichts mehr zu tun haben. Wir haben 1968 mit der APO etwas ähnliches erlebt. Wozu das geführt hat? Siehe oben.

PS I. KONKRET war letztes Mal an vielen Kiosken ausverkauft. Das hat uns einerseits gefreut. Andererseits hat es uns traurig gemacht, weil wir natürlich wollen, daß viele Leute lesen können, was wir zu berichten haben. Deshalb haben wir diesmal mehr gedruckt.

*PS II Anzeigenkunden haben bei KONKRET keinen Ein*fluß *auf die Arbeit der Redaktion. Die Redaktion nimmt keinen Einfluß auf den Anzeigenteil. Es gibt Ausnahmen: Ein Spendenaufruf von World Vision wird in KONKRET nicht mehr erscheinen (siehe Seite 11).*

Konkret 04/82, S. 6

an Konkret

Hallo Partner

KONKRET 3/82: »Gemeine Wirtschaft« - Hermann L. Gremliza über den Fall Vietor

Der heutige Abgeordnete Egon Lutz von der SPD hat schon vor über zehn Jahren in seinem Buch »Der Zwang zur Sozialpartnerschaft« den Gewerkschaften vorgeworfen, sie würden gerade dadurch, daß sie die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit erträglicher machten, den Kapitalismus länger am Leben erhalten. Die »Demokratisierung der Direktionsetage« finde ihren Niederschlag in einem »ungestörten Produktionsablauf«.

KARL KIRCHNER

WÜRZBURG

Zur anhaltend kapitalistischen Lage: Nicht vergessen: Godesberg heißt korrekt Bad Godesberg - so ist auch das Programm (Eine Kur hält nie lange an.)

RAINER HABEL

BREMEN

Gremlizas rhetorische Frage, warum ein vom Auftrag der Basis entbundener Volksvertreter (also Marke »repräsentativer Demokrat«) das Volk anders vertreten sollte als ein Kartonagen-Vertreter seine Pappe, erinnert mich an einen Aphorismus des polnischen Satirikers Stanislaw Jerzy Lec (1909-1966): »Autovertreter verkaufen Autos, Versicherungsvertreter Versicherungen. Und Volksvertreter?«

HANS WITTEK

LEUTKIRCH

Paßt bloß auf

KONKRET 3/82 als solches

Eine neue »linke Illustrierte«? Das ist eine bestechende Idee. Denn nichts ist im Medienmarkt, um es systemkonform zu sagen, und auch für die politische Kultur in unserem Land wichtiger als dies. Aber das ist ein gewagter Anspruch, weil »links« die Kunst des Differenzierens verlangt. Und das bedeutet, um es am Beispiel Ihres ersten Versuchs zu sagen, daß man mit »den Parteien« und »den Gewerkschaften« noch sorgfältiger umgeht, als es Ihnen diesmal gelang. Ich bin gespannt, ob Sie es »konkret« wagen.

PETER GLOTZ

SPD-GESCHÄFTSFÜHRER

BONN

Es war wohl das erste Mal, daß ich eine Zeitschrift in zwei Tagen von vorne bis hinten durchgelesen habe: Durchweg gut und interessant geschriebene Reportagen und Artikel im neuen alten KONKRET. Aber: mit einem schlechten Titelbild mag man sich zwar neue Leserkreise erschließen. Doch auf Leser, die sich durch nackte Frauenbeine und Schlagworte wie »Geheim«, »Gewalt« und »Skandal« angesprochen fühlen, sollte KONKRET lieber verzichten.

DANIEL SILLESCU

MAINZ

Wenn ich auch des öfteren schlecht schlafe, wenn ich vorher tagsüber KONKRET gelesen habe, macht weiter so. Macht weiter so, gerade wegen der Alpträume!

MARGA BARCHET

FRANKREICH

Was für ein Geist, welch grüblerische, weissagerisch richtungweisende neue Zeitung. Herr Klugmann mit beinah zehn Seiten sorgt dafür, daß Herr Hasenclever und seine edlen Hausfrauen, Lehrer und Architekten mich nach Äonen der Ignoranz zum Grünling werden lassen. Aber das nur wegen der neuen, aufregenden Fotos auf fünf Seiten dieses Artikels. Besonders gefällt Irmgard Kohlhepp, 58, Lehrerin. Und es sprießen die Palmen auf dem Foto von Ursula Schaar, 58, Lehrerin. Hübsche Fotos auch bei »Deutschland umsonst«, nur gut, daß der Pinonierreisende Michael Holzach »sich nicht von totgefahrenen Kröten« ernähren mag. Denn auf Seite 100 erkenne ich: Deutschlands Kröten haben drei Vorderbeine - oder überhaupt keine! Toll dagegen die Spalte »Hör mit Schmerzen«, in der u. a. die US-Band »Chrome« erwähnt wird. Das Wort »Chronie« erinnert mich an die Stoßstangen amerikanischer Autos. Aber als Grünling muß man wohl radfahren. Ich glaube, ich kaufe mir KONKRET nicht. Es sei denn, in der nächsten Ausgabe ist ein Comic über ein Punkkonzert, in dem alle Anwesenden wie deformierte Kröten aussehen und sich gegenseitig auffressen.

FRANK Z., SÄNGER/TEXTER

DER HARD-CORE-BAND

»ABWÄRTS«

HAMBURG

Ich bin seit zehn Jahren regelmäßiger KONKRET-Leser, aber geradezu verschlungen, wie, heute, habe ich das Heft noch nie. Bleibt so und macht weiter!

GÜNTER HÜCKINGHAUS

REMSCHEID

Ein herzliches »Bravo« zum neuen KONKRET. Es müßte sich eigentlich jeder angesprochen fühlen, der »links« nicht mit »SPD« gleichsetzt. Trotzdem: Paßt bloß, auf! KONKRET darf nicht zum heimeligen Lesevergnügen werden.

MATTHIAS HOPPE

MÜNCHEN

Manchmal stößt mir was sehr sauer auf: Merkt Ihr denn nicht, wie verschleiernde Sprache auch in Eurem Heft, sprich auch in Euren Köpfen oft eingedrungen ist? Beispiel: »Charlotte Salomon, 1917 in Berlin geboren und 1943 in Auschwitz umgekommen.« Was heißt da umgekommen? Ermordet, umgebracht!

SIEGFRIED GEIGER

KÖLN

Endlich Einsicht

KONKRET 3/82: »Gewalt auf Krankenschein« - Wie Gynäkologen aus Menschen Patienten machen

Schön wäre es, wenn das alles nur der Phantasie der Sabine Rosenbladt entsprungen wäre. Schön wäre es, wenn unsere Untersuchungen ihrem Bericht von Grund auf widersprächen. Doch es gibt einen Hoffnungsschimmer: Etliche Ärzte sind mittlerweile darum bemüht, nicht nur das gebotene Faktenwissen zu erwerben - was schon, wie man wieder sieht, sehr viel ist -, sondern auch die Lage und das Problem der Patientinnen zu verstehen, Diese Ärzte wollen nicht mehr herumschnippeln, Ratschläge erteilen und ihre Unsicherheit mit Killerphantasien überbrücken. Sie denken über eine menschenwürdige Behandlung nach. Das sind übrigens nach meinen Erfahrungen aus vielen Fortbildungskursen nicht nur junge und linke Ärzte, sondern ebenso alte und konservative. Pauschalangriffe habe ich mir daher abgewöhnt. Es ist ja auch wahrlich nicht leicht, in der hiesigen Medizin etwas Adäquates zu tun, und dann noch auf einem Feld, wo der Geschlechterkampf mit all der unverdauten Erregtheit und A dem mehr oder weniger verdrängten Sadomasochismus wilde Früchte treibt.

PROF. DR. VOLKMAR SIGUSCH

FRANKFURT AM MAIN

Dank, Dank, Dank, nun werde ich nie mehr zum Frauenarzt gehen, komme, was da wolle. Und das war doch Ihre Absicht - oder? In Zukunft sollten Sie alle Frauen besser an einen Ohrenarzt verweisen.

ELKE BACHERT

HAMBURG

Wie schön: Endlich mal Einsicht bei KONKRET, daß Frauenfragen nicht nur ein Nebenschauplatz der allgemeinen Unterdrückung sind, sondern ganz spezifisch und konkret zwischen Männern und Frauen ablaufen. Schön blind und dumm von der »taz«, Euch gerade deswegen anzugreifen. Am Beispiel der Frauenärzte wird es ganz deutlich - ein Berufsstand, der Frauen kaum zuläßt, aber ständig als väterlicher Sachverwalter unserer Interessen auftritt. Selbst die tapfere Sabine Rosenbladt kriegt's mit der Angst zu tun, und das ist auch realistisch: Als einzelne Frau kann sie sich kaum zur Wehr setzen. Kein Wunder, daß wir Pro-Familia-Leute, die sich bewußt auf die Seite der Frauen stellen, von den Ärztefunktionären als Engelmacherinnen beschimpft und daß die wenigen fortschrittlichen Gynäkologen mit Argwohn betrachtet werden.

SUSANNE VON PACZENSKY

FAMILIENPLANUNGSZENTRUM

HAMBURG

Was da sonst in Gynäkologenpraxen insgesamt verzapft wird, und was Sie zu einem kleinen Teil selbst erfahren mußten, schädigt Frauen sicherlich bei weiten mehr und blieb bisher ungenannt. Die Mischung von Geschäftstüchtigkeit, Halbwissen und Brutalität ist doch wohl erschreckend verbreitet.

DR. R.-H. RABEN

HAMBURG

Bitte viele, viele, süße, knackige Hodenpärchen auf die nächsten Titelbilder! (versteht sich: nicht von oder in alten Säcken!)

DR.MED. DORTE V. DRIGALSKI

HAMBURG

Deutsche Gewehre

KONKRET 3/82: »Der Verbündete« - Die USA schaffen in Salvador ein neues Vietnam

Auf den Seiten 44 und 45 sind Soldaten mit Gewehren in den Händen zu sehen. Der Text zu diesem Bild lautet: »Die Armee wird aus den USA mit Waffen und Munition versorgt ... « Erwähnenswert ist vielleicht, daß die Soldaten auf diesem Foto mit deutschen G-3 Gewehren ausgerüstet sind.

DIETER V. ALVFN

FALLINGBOSTEL

Berührungsängste

KONKRET 3/82: »Solidarität« Kommentar von Hans Ulrich Klose

Hans Ulrich Klose würde also gerne demonstrieren und seine Solidarität mit dem polnischen Volk zeigen. Er kann aber nicht, weil er gespalten ist. Gespalten ist er, weil die, die mit dem Finger auf Polen zeigen, nicht gleichzeitig auf die Türkei und EI Salvador zeigen. Klose charakterisiert damit die Haltung des größten Teils der deutschen Linken und ihre unverständliche Berührungsangst. Weil die Falschen das Richtige sagen, verzichtet man auf politisches Handeln und überläßt damit den Falschen das Feld.

JÖRN HASS

HAMBURG

Konkret 04/82, S. 8

Hermann L. Gremliza

Verrat, Verrat

Pflicht eines jeden Bürgers ist es, Schaden von seinem Staat abzuwenden. Pflicht eines Sozialisten ist es, dem bürgerlichen Staat Schaden zuzufügen. Die in der Bundesrepublik 1982 herrschenden Verhältnisse ermöglichen es, beiden Pflichten zugleich zu genügen.

Der Generalbundesanwalt bei dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe ermittelt gegen Manfred Bissinger und Jürgen Saupe. Die beiden - der eine als verantwortlicher Redakteur, der andere als Autor - sollen durch den Artikel »Operation EVA«(KONKRET 3/82) gegen den Paragraphen 95 des Strafgesetzbuches verstoßen haben: »Wer ein Staatsgeheimnis, das von einer amtlichen Stelle oder auf deren Veranlassung geheimgehalten wird, an einen Unbefugten gelangen läßt oder öffentlich bekannt macht und dadurch die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft ... «

In der Tat haben Bissinger und Saupe öffentlich bekanntgemacht, daß der Bundesnachrichtendienst (BND)

· im Vatikan und bei dem Wiener Kardinal König Agenten plaziert,

· den früheren US-Präsidenten Richard Nixon angezapft,

· Kontakte zwischen der SPD und der Kommunistischen Partei Italiens überwacht,

· Unterlagen über die Nazi-Vergangenheit des damaligen Bundeskanzlers Kiesinger mit Hilfe der CIA entwendet und

· zur Zeit der »Spiegel«-Affäre über spesenträchtige Beziehungen zur Verlagsleitung dieses Nachrichtenmagazins verfügt hatte.

Was für Kurt Rebmann, die bayerische Staatsregierung und den Präsidenten des BND ein Abgrund von Geheimnisverrat ist, hält der »Spiegel« für »olle Kamellen«. Recht haben sie beide: Die »ollen Kamellen« sind Staatsgeheimnisse, und die Staatsgeheimnisse sind »olle Kamellen«. Mag sein, daß die unbefugte Öffentlichkeit, zu festlicheren Augenblicken auch »der Souverän« genannt, keine Ahnung hatte - die öffentlichen und die geheimen Dienstmänner, die Politiker und ihr journalistischer Troß wußten es längst: daß der BND außerhalb der Gesetze und gegen seinen Auftrag (»Auslandsaufklärung«) handelt, daß er alles Reaktionäre fördert und, was links eines schlecht entnazifizierten Weltbilds vorkommt, als Moskauer Fraktion verfolgt.

Wer einmal das Vergnügen hatte, in den Berichten zu blättern, die aus Pullach nach Bonn kommen, hatte ein paar frohe Stunden: außer Gesellschaftsklatsch und schlecht übersetzten oder falsch verstandenen Leitartikeln aus - meist rechten - Zeitungen und Zeitschriften liefern die Residenten des BND in aller Welt fast nichts, was Madame Teissier nicht besser könnte. Aber das sollen sie ja auch gar nicht. In Pullach wird nicht Politik ausgeforscht, dort wird Politik gemacht, werden die Leichen verbuddelt, über denen die Gemeinsamkeit der Demokraten blüht, werden Befreiungsbewegungen denunziert und Obristen (auch mit Waffenlieferungen) gefördert, wird der Erzfeind verfolgt, den die Gründer des Dienstes schon im Visier hatten, als sie noch bei der SS und beim SD waren.

So mickrig die Erfolge bei der Arbeit, für die er angeblich geschaffen ist, so effektiv ist der Dienst als innenpolitisches Instrument der Macht: denn in Sachen Staatsschutz (Landesverrat, Offenbaren von Staatsgeheimnissen, landesverräterische Ausspähung, Auskundschaften von Staatsgeheimnissen, Preisgabe von Staatsgeheimnissen, Verrat illegaler Geheimnisse, Verrat in irriger Annahme eines illegalen Geheimnisses, landesverräterische Agententätigkeit, landesverräterische Fälschung) ist der BND Ankläger, Gutachter und Richter zugleich. Wenn der BND einen Verdacht äußert, muß der Generalbundesanwalt ermitteln, der dann den BND fragt, ob der Verdacht zu Recht bestehe, und dann wird verknackt. Beweisanträge werden, wenn der BND schutzwürdige Geheimnisse bedroht sieht, nicht zugelassen, Zeugen erhalten, wenn der BND nicht will, keine Aussagegenehmigung.

Das Geheimnis aller Geheimnisse scheint zu sein, daß der Bundesnachrichtendienst selbst das Staatsgeheimnis ist, dessen Bekanntmachung die Gefahr eines schweren Nachteils für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt. Das Ermittlungsverfahren gegen Bissinger und Saupe, deren »Offenbarungen« Taten betreffen, die mehr als zwölf Jahre zurückliegen, macht ja nur dann einen Sinn, wenn die Verbreitung der Wahrheit über den BND und dessen kriminelle Arbeitsweise (Diebstahl und Vernichtung von Urkunden, Inlandsaufklärung) als Verrat eines Staatsgeheimnisses gewertet wird.

Die Kriminalpolizei bittet um Ihre Mithilfe. Die Bundesanwaltschaft verbittet sich Ihre Mithilfe. Wer diesem Staat nutzen will, indem er die gesetzlose und deshalb verfassungswidrige Tätigkeit einer staatlichen Einrichtung enthüllt, schadet ihm.

Dialektik des Widerstands: Durch nichts sind die Geschäfte der Herren des Rechtsstaates hier und jetzt empfindlicher zu stören als durch das Bestehen auf Recht und Gesetz. Das Grundgesetz, noch dazu in seiner Fassung von 1949, also vor den 150 Verfassungsänderungen - ein revolutionäres Manifest. Parteispenden, Neue Heimat, Operation EVA, die Verfassungswirklichkeit - das schmerzt, erschüttert das Vertrauen, macht müde Demokraten munter.

Da schadet es auch nicht, wenn sich die von Rebmann Verdächtigten dem ganz anderen Verdacht aussetzen, sie kämpften für einen besseren, gesetzestreuen, seinem offiziellen Auftrag rechtschaffen verpflichteten Bundesnachrichtendienst und ihr Bericht über die »Operation Eva« sei als staatsbürgerlicher Verbesserungsvorschlag gedacht. Natürlich ist es besser, daß die Bundeswehr sich einen Starfighter anschafft, der immer runterkommt wo er nicht soll, als ein Bombenflugzeug, das auch noch zuverlässig fliegt. Aber soll man das etwa den Käufern gutschreiben? Ich jedenfalls freue mich schon heute auf die ersten Tornado-Wracks zum Stückpreis von hundert Millionen Mark.

Ober eine Reform des BND brauchen wir uns glücklicherweise keine Sorgen zu machen. Zu tief hat dieser Dienst in den letzten dreißig Jahren die Funktionäre der drei Parteien, der Organisationen und der Medien in seinen Sumpf gezogen, als daß eine Säuberung möglich wäre. Besonders die sog. »vierte Gewalt« ist von Kopf bis Fuß auf Pullach eingestellt. In jeder besseren Redaktion sitzt mindestens ein honorierter Mitarbeiter des BND. Wer die Aufstellung der Reisespesen kennt, die der Dienst einem ehemals leitenden »Spiegel«-Redakteur gewährt hat, und von diesem »kritischen« Redakteur eines »gefürchteten« Nachrichtenmagazins auf das Gros der bundesdeutschen Journalisten schließt, fragt sich nicht mehr, warum so viele Berichte über die Bolschewisierung der Welt sich lesen wie von unserem nach Pullach entsandten Sonderkorrespondenten. Eine Namensliste der direkt vom BND geschmierten Journalisten liegt vor - auch so eine »olle Kamelle«, auf deren Veröffentlichung sechs Monate bis fünf Jahre stehen. Vielleicht traut sich doch mal einer - dann aber, liebe »Zeit«-Leser: festgeschnallt!

Sie werden ihren Bundesnachrichtendienst schützen, sie werden weiter über KONKRET herfallen wie über den Dr. Hans Langemann. Aber sie werden nicht verhindern können, daß sich einige Leute fragen, warum die Verteilung »oller Kamellen« eine Reise des BND-Präsidenten nach Bonn, Lagebesprechungen im Kanzleramt, Sondersitzungen des bayerischen Kabinetts, weit über tausend Berichte in Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen ausgelöst hat. Na, und Rebmann

Konkret 04/82, S. 10

Uwe-Karsten Heye

Springen lassen

Nachrichten

Klar: Genscher ist zum Absprung bereit, und er wird springen. Nur, wann er aufkommen soll, das weiß er nicht. Nicht einmal - wie Helmut Kohl ironisch anmerkte - weiß er, ob er am Ende nicht wieder auf derselben Stelle landet.

Ein sich selbst beschleunigender Prozeß ist im Gange. Die Organisatoren des linksliberalen Kongresses in Köln »Noch eine Chance für die Liberalen« registrierten in einem Positionspapier zur Vorbereitung ihres Treffens die innerparteilichen Zerfallserscheinungen. Da heißt es: »Die Partei wird durch Genscher und Co. nicht innerparteilich, sondern durch Pressepolitik nach rechts präjudiziert... Bewegung nach links zwischen 1968 und 1978 war nur ein taktischer Schlenker... Herrschende sind niemals ernsthaft bereit gewesen, den Linken eine reelle Chance zu geben... Monopolkapital kann jederzeit jede linke Organisation unterlaufen.« Und sie stellen die rührende Frage, ob »der historische Kompromiß, das heißt, beide liberale Grundstimmungen unter einem Dach, am Ende« sei.

Das ist er wohl. Professor Rudolf Wildenmann stellt in einer Untersuchung fest, daß das, was er die »Positionselite« in der BRD-Gesellschaft nennt, »den Wechsel« will. Genauer: sie will von der FDP den Wechsel zur CDU/CSU. Bei den Wirtschafts- und Finanzunternehmen wollen das fast j4 Prozent der Befragten und bei den Wirtschaftsverbänden 65,5 Prozent. Kein Wunder, daß Graf Lambsdorff als Bettelmönch bei der deutschen Wirtschaft so überaus erfolgreich war. Schließlich will die auch was von ihm. Wenn der ökonomische Rahmen immer enger und der Verteilungskampf dramatischer wird, gibt es immer eine »Positionselite«, die mehr zu verlieren hat als andere. Die klassische Klientel des Wirtschaftsliberalismus setzt wieder auf die FDP. Unter diesem Druck stehen »Genscher und Co.«.

Jede Abweichung von. der Interessenlage der »Positionselite« wird daher unnachsichtig korrigiert. Zuständig dafür ist MdB Richard Wurbs und der nach ihm benannte »Wurbs-Kreis« in der FDP-Fraktion. Selbst Lambsdorff ist der Fraktionsmehrheit um Richard Wurbs noch nicht stramm genug. Dreimal schon wurde er zurückgepfiffen, weil er zu kompromißlerisch und auf Stabilisierung der sozialliberalen Koalition erpicht erschien.

Wer mag da noch an Zufälle glauben: In Hamburg kippt die frisch in die FDP eingetretene Handwerkerfraktion den Landesverband nach rechts, aus Berlin und Hessen laufen gleichlaufende Informationen ein. Richard Wurbs ist Vizepräsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks und Präsident der Handwerkskammer in Kassel.

Eine Partei wird umgedreht. Aber noch gibt es zu viele, die den Schwung um die eigene Achse nicht für eine Vorwärtsbewegung halten. Hätten die Sozis Sinn für die geschichtliche Ironie, dann hätten sie Genscher längst springen lassen. Es würde die FDP zerreißen.

Konkret 04/82, S. 10

Nachrichten

Kampf mit allen Mitteln

Ärzte und Christdemokraten versuchen derzeit, ein geplantes Pro-Familia-Zentrum in Hamburg-Altona zu verhindern. Die »Engelmacher-Einrichtung«, so der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Sieghard-Carsten Kampf, soll nämlich auch einen Operationssaal für ambulante Abtreibungen bekommen. Obwohl die Bürgerschaft gegen die Stimmen der CDU für das Vorhaben bereits 450.000 Mark bewilligt hat, teilte der Geschäftsführer der Ärztekammer dem Pro-Familia-Vorstand schriftlich mit, es bestehe »kein Bedarf«. Mündlich ließ er verlauten, er werde das Zentrum mit allen Mitteln bekämpfen. Das dürfte der Ärzteschaft nicht schwerfallen - genehmigt werden muß der Operationssaal von der Kassenärztlichen Vereinigung.

Embryos auf Lager

Nach dem Vorbild von Samenbanken sollen jetzt in Großbritannien und Australien Embryo-Banken eingerichtet werden. Im Labor befruchtete Eier sollen tiefgefroren auf Vorrat gelegt werden. Es ist lediglich noch unklar, welches Stadium der Embryo-Bildung, also der Zellteilung, für das Einfrieren der Retorten-Früchte am günstigsten ist. In Melbourne wurden schon 14 dieser Eisschrank

Embryos in die Gebärmutter von kinderlosen Frauen eingepflanzt, aber in allen Fällen kam es zu Fehlgeburten.

Die erste Embryo-Bank soll in Cambridgeshire in England eingerichtet werden. Allerdings will die britische Ärzte-Vereinigung vorher ethische Fragen diskutieren. Dringender wäre es, so meinen Kritiker, erst einmal biologische Probleme zu klären. Welche Schäden ein Embryo erleidet, wenn die Zellteilung durch einen Kälteschock abrupt gestoppt wird, ist noch völlig unklar.

Apels Jahresschießen

»Am Montagmorgen war es dann soweit: Letzte Überprüfungen vor dem Start, ein Countdown, bei dem auch auf die Flugsicherheit der ca. 200 Kilometer langen Flugstrecke geachtet werden muß. Und dann: Feuerknöpfe gedrückt, die Missile richtete sich auf, der Kabelmast wurde abgesprengt, ein gewaltiger Schlag bei der Zündung, der Flugkörper schoß auf einem Feuerstrahl in den Himmel. Ein Anblick, der die Strapazen der vergangenen Woche vergessen ließ und den Soldaten, die ihn möglich gemacht haben, immer in Erinnerung bleiben wird.«

*Aus der Zeitschrift »*Luftwaffe*«, herausgegeben vom Bundesminister der Verteidigung, Bonn. Der Beitrag trägt den Titel*: *»Eindrücke vom Pershing-Jahresschießen«*

Erster Platz

Der Bayerische Rundfunk ist Spitze, finden die Leser der rechtsextremistischen »Deutschen National-Zeitung«. Sie verhalfen im März dem BR-Programmbereichsleiter Franz Schönhuber mit seinen Waffen-SS-Memoiren »Ich war dabei« zu Platz eins auf einer Bestsellerliste des Buchdienstes der DNZ. BR-Chefredakteur Rudolf Mühlfenzl folgt mit seinem Buch »Geflohen und vertrieben« immerhin noch auf dem dritten Rang.

Annemaries Jugend

Die SPD will auf ihrem Bundesparteitag in München diskutieren, ob sie künftig mehr auf die junge Generation Rücksicht nehmen oder - auf besonderen Wunsch von Annemarie Renger und Richard Löwenthal - weiterhin den Interessen der klassischen SPD-Wähler, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern, dienen soll. Dabei ist längst erwiesen, daß solch ein Konflikt gar nicht besteht.

Im Kanzleramt liegt ein vertrauliches Papier mit den Ergebnissen aus Umfragen zu Reformplänen und politisch kontroversen Themen vor, das belegt, daß Gewerkschafter und Wähler unter 25 Jahren weitgehend übereinstimmende Meinungen teilen.

So wollen »für menschengerechte Arbeitsplätze« 62 Prozent der Gewerkschafter und 60 Prozent der Jungwähler streiten, aber nur 52 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Die Verkürzung der Arbeitszeit halten 29 Prozent der Gewerkschafter und 26 Prozent der Jungwähler für wichtig, in der Gesamtbevölkerung sind es nur 19 Prozent.

Je 61 Prozent der Gewerkschafter und Jungwähler sorgen sich, »daß die Umwelt weiter verschmutzt und zerstört wird«, deutlich mehr als die Gesamtheit der Befragten (54 Prozent).

Und Jungwähler (74 Prozent) wie Gewerkschafter (72 Prozent) sagen zum Nato-Doppelbeschluß: »Sofort verhandeln, nicht nachrüsten«. Für diese Ansicht finden sich in der Gesamtbevölkerung nur 67 Prozent.

Mehr Jugendliche (63 Prozent) und SPD-Anhänger insgesamt (52 Prozent) lehnen die Ausweitung des Rüstungsexports ab - bei allen Wählern sind es 46 Prozent - und sind gegen die Stationierung der Neutronenbombe in der BRD (unter 25 Jahre 71 Prozent, SPD-Anhänger: 59 Prozent, gesamt: 57 Prozent).

Nur bei der Atomkraft gehen die Meinungen deutlich auseinander. 41 Prozent der Bevölkerung wie der SPD-Anhänger sind für mehr AKW's (Gewerkschafter sogar 51 Prozent), bei den Jungwählern sind es nur 22 Prozent. Deshalb würden auch 46 Prozent aller Wähler unter 25 eventuell einer »Grünen Liste« ihre Stimme geben. Bei der Gesamtbevölkerung wie bei den Gewerkschaftern hält das immerhin noch jeder fünfte »für möglich«.

Mörder und Opfer

US-Außenminister Haig hat viel Pech bei seiner öffentlichen Anprangerung einer angeblichen Einmischung Nicaraguas und Cubas in Salvador. Sein Kronzeuge Orlando Tardencillas, ein in Salvador gefangengenommener Nicaraguaner, der vor Journalisten sein Geständnis wiederholen sollte, er sei in Cuba für den Kampf in Salvador ausgebildet worden, erklärte plötzlich, dieses Geständnis sei ihm unter Folter abgepreßt worden. Zuvor hatte Haig der amerikanischen Presse ein Foto aus dem Pariser »Figaro magazine« zum Beweis dafür präsentiert, daß nicaraguanische Guerilleros Castrofeindliche Indianerstämme ausrotteten. Die für den Außenminister peinliche Wahrheit hätte das State Department mit einem Anruf bei der Bild-Agentur Gamma in Paris erfragen können: Das Foto stammt aus dem Jahr 1978 und zeigt die Verbrennung der Leichen von Sandinisten, die von Somoza-Truppen umgebracht worden waren.

World Vision

Als vor gut einem Jahr der US-Spenden-Konzern »World Vision International« auf den deutschen Mildtätigkeits-Markt drängte, warnte KONKRET vor diesen Freunden armer Negerkinder. Seriöse Dritte-Welt-Hilfsorganisationen wie das deutsche Diakonische Werk hatten beklagt, daß die aggressive World-Vision-Werbung (»Wenn Sie keine Kinderpatenschaft übernehmen, wird ein Kind... ganz einfach sterben«) nur dazu diene, »Emotionen und oberflächliches Mitleid zu wecken«. Bereits damals war bekannt, daß World Vision in Vietnam und Kambodscha mit der CIA kollaboriert hatte.

Anfang dieses Jahres berichteten salvadorianische Flüchtlinge, daß World-Vision-Mitarbeiter, die das Lager »La Guarita« in Honduras leiten, Widerstandskämpfer an die Streitkräfte und an paramilitärische Terrortruppen ausliefern. Die katholische Hilfsorganisation Pax Christi schrieb über die Lage der Flüchtlinge in den Lagern von Honduras: »World Vision arbeitet eng mit den militärischen Autoritäten und Geheimdiensten von Honduras zusammen« und »verletzt einige fundamentale Menschenrechte.«

Dipl. O. Vetter

Frauen benutzen offensichtlich weniger Visitenkarten als Männer. Anders ist nicht erklärlich, daß bisher nur drei Prozent der Absolventinnen der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg (HWP) Gebrauch davon gemacht haben, von graduierten zu Diplom-, Volks- oder Sozialwirtinnen zu avancieren. Diese nachträgliche Ausschmückung des Bildungsweges, die durch eine Angleichung der HWP an andere Fachhochschulen möglich wurde, nahmen fast nur Männer

in Anspruch. Zum Beispiel DGB-Vorsitzender und HWP-Absolvent Heinz 0. Vetter, der sein Nachdiplom als einer der ersten bestellte.

Film und Coca Cola

Nach den Warner Bros (vom Öl-Multi Gulf geschluckt), der 20th Century Fox (aufgekauft von dem texanischen Ölmagnaten Davis) und den United Artists (dem Medienkonzern MGM einverleibt) verliert jetzt ein weiteres der großen Hollywood-Studios seine Unabhängigkeit: Für knapp 800 Millionen Mark geht die Columbia Pictures an Coca Cola. Der amerikanische Wirtschaftsjournalist Roy Burry hält den Kauf für sinnvoll. Spielfilme und Coke, meint er, seien beides »nicht nur auf lange Haltbarkeit gerichtete Verbrauchsgüter, die stark von ihrer Massenvermarktung abhängen«.

Konkret 04/82, S. 12

Stefan Hinz

Staatsgewalt!

Um die Frankfurter Startbahn West wurde gekämpft wie im Krieg – schließlich geht es auch um militärische Interessen. Polizei und Regierung haben ihre Schlachten gewonnen. Vorläufig, bis zu den Landtagswahlen im Herbst.

Flugzeuge steigen auf, die Welt geht unter. Das ist natürlich Quatsch. Die Fortschrittsfeinde und Körnerfresser übertreiben. Sie halten den Charterjet nach Ibiza für den Bomber nach Hiroshima und demonstrieren mit hysterischem Reizhusten ihre Oberzeugung, zwei, drei Kondensstreifen am Himmel seien der Fall Out zum Tode.

Wunderbare Wolkenbilder, wenn die Maschinen ihre Kreise ziehen. Aus allen Himmelsrichtungen, Spiralen, Geraden, Parallelen, Winkel ziehend, vom Licht der untergehenden Sonne rötlich coloriert, ein gewaltiges Naturschauspiel. Flugzeuge.

Ich kann mir ein Leben ohne Flugzeuge nicht mehr vorstellen. Seit fünfundzwanzig Jahren lebe ich im Einzugsbereich des Frankfurter Flughafens, die ersten Jahre in seiner östlichen Einflugschneise. Dreißig Kilometer vor dem Rollfeld flogen die Maschinen schon so tief, daß ich noch heute fast jeden Flugzeugtyp nach der Klangfarbe seines Turbinengeheuls benennen kann. Gespannt wartete ich auf die schweren Transportflugzeuge der US-Air Force, die, mit ganzen Militärkolonnen in ihrem Bauch, unser Haus überflogen. Man konnte dann im Garten so laut schreien wie man wollte, man hörte nur die Maschine. Unsere Nachbarn hielten ein paar Pferde, die in solchen Momenten immer die Augen verdrehten und mit Sabber vor dem Maul durchgingen. Weil zwischen den einschwebenden Düsenflugzeugen, etwa 400 am Tag, auch täglich in Verbänden fliegende Helikopter der US-Army unterwegs waren, veranstaltete, sozusagen zur Entschädigung, der Deutsch-Amerikanische Freundschaftsclub auf dem Fliegerhorst Langendiebach einen »Flugtag«. Da durfte dann die deutsche Bevölkerung in den Kampfhubschraubern probesitzen.

1965, als ich noch Flugzeugquartett spielte und wir uns gegenseitig mit den PS-stärksten Maschinen austrumpften, rief Pfarrer Oeser aus Mörfelden seine »Interessengemeinschaft gegen Fluglärm« ins Leben. Das war die erste Bürgerinitiative in der BRD. 1971 waren es schon mehr als 9.000 Anwohner, die sich gegen die Planfeststellungsverfahren des hessischen Wirtschaftsministeriums wandten. Der Flughafen Rhein-Main, Gegenstand der Planungen, gehört der Flughafenaktiengesellschaft (FAG). Die FAG gehört der BRD, dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt- Also dem Staat. G.B* fragt: »Was ist denn nun das für ein gewaltiges Ding: der Staat? Wohnt eine Anzahl Menschen in einem Land, und es sind Verordnungen oder Gesetze vorhanden, nach denen jeder sich richten muß, so sagt man, sie bilden einen Staat. Der Staat also sind alle; die Ordner im Staate sind die Gesetze, durch welche das Wohl aller gesichert wird und die aus dem Wohl aller hervorgehen sollen.«

Aber der Flugplatz, der dem Staat gehört, wuchs von 2,8 Quadratkilometer im Jahre 1935 auf 15,4 im Jahr 1980. Das tat er nicht, weil Knotenpunkte des internationalen Luftverkehrs aufgehen wie der süße Brei. An ihm wurde gebastelt und gebaut, weil die Prognosen der FAG rapide steigende Passagierzahlen und Frachtquoten in Aussicht stellten und die Kapazität der Anlage mit der erwarteten Entwicklung Schritt halten sollte.

So schätzte man im Planfeststellungsverfahren von 1968 die Passagierzahlen für 1977 auf bis zu 31,5 Millionen, tatsächlich kamen aber nur 15 Millionen in Frankfurt auf den Boden. Das entspricht einem Rechenfehler von 110 Prozent. Ähnlich genau war die FAG-Rechnung beim Frachtaufkommen. Hatte sie für 1975 zwischen 900.000 und 1,6 Millionen Tonnen erwartet, waren es tatsächlich 454.377.

Obwohl die hessische Landesregierung heute wissen müßte, was FAG-Prognosen wert sind, hält sie weiterhin fest an einem Konzept, das der hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr schon 1966 vertreten hatte. Für , ihn ist das Wirtschaftswachstum Hessens direkt abhängig vom größten Flughafen der BRD, verlieren künftige Generationen ihre Lebensgrundlage, wird nicht eine dritte Startbahn gebaut. Das Positionspapier der FAG von 1979, heute die Grundlage zur Rechtfertigung des Startbahnbaues, behauptet für 1990 ein Passagieraufkommen von 35,1 Millionen und eine Frachtrate von 1.760.000 Tonnen. Womit 12.700 Arbeitsplätze entstünden. Ministerpräsident Börner sagt: »Die Entscheidung für den Bau der Startbahn West war zwischen 30.000 Arbeitsplätzen und 200 Hektar Wald zu treffen.«

G.B., der kompromißlose Startbahngegner, sagt: »Diese Regierung ist nicht von Gott, sondern vom Vater der Lügen.« G.B. weiß, daß in den letzten Jahren durch Rationalisierungsmaßnahmen schon über 100.000 Arbeitsplätze in der hessischen Industrie verlorengegangen sind. Er kennt die neue Gepäckanlage im Flughafen, die des Kofferkulis Muskelfaser arbeitslos macht.

Geduldige Zahlen und ungeduldiges Fleisch. Den Bürgern in den betroffenen Gemeinden wurde es bald zu bunt. 1978 wuchs ihr Widerstand. Sie, denen der Luftverkehr täglich mit einem Gemisch von 40 Tonnen Kohlenmonoxid, Stickoxid

und Kohlenwasserstoff durch die Lungen fegte und deren Ohren im Minutenintervall Schallpegel von Preßlufthammergüte auszuhalten hatten, trafen sich am 16. April 1979 in Mönchbruch zur ersten Startbahn West-Demo.

Die Leute wurden wach. Ihnen fiel auf: Der Ministerpräsident spricht nie von den schweren Kriegsflugzeugen der US-Air Force. Obwohl die mit über 10.000 Soldaten in Frankfurt zu Hause ist, hier ihren größten Frachtstützpunkt außerhalb der USA hat, nicht zu übersehen und mit mehr als 50 Starts und Landungen erst recht nicht zu überhören ist, - die Regierung schweigt. Rührt einen die laut vertretene ökonomische Begründung des Startbahnbaus noch durch das zerfahrene Denken des Klippschülers, schreckt einen die offiziell nie erwähnte strategische Bedeutung des Flughafens mit dem schlechten Mundgeruch der Militärs. Da hilft kein Kaugummi, es stinkt nach geplanter Verwesung. Für die schweren Starlifter und Galaxy Maschinen, für die im NATO-Langzeitprogramm geforderte Verlagerung von über einer Million Soldaten und einiger Millionen Tonnen Ausrüstung und Waffen, nicht zuletzt für die Rapid Deployment Force, die US-Eingreiftruppe in den Ölstaaten: dafür braucht Amerika Rhein-Main.

Am 23. Juni '81 schreibt der Lufthansa-Kapitän Braunberg in der »Zeit«: »In Wirklichkeit ist Rhein-Main zum Teil ein Militärflugplatz. Das Thema ist tabu. Offensichtlich ist es für die politisch Verantwortlichen bequemer, Hunderttausende Bäume fällen zu lassen, als den schwierigen Versuch zu unternehmen, 35 Jahre nach Kriegsende den Knotenpunkt des europäischen Luftverkehrs zu einem echten Zivilflughafen zu machen.«

Würde man die US-Air Base auflösen, 363 Hektar wären frei für den zivilen Luftverkehr. Verteidigungsminister Apel aber stimmte im letzten Frühjahr dem »Host Nation Support Program« zu und garantiert damit, daß ab 1983 zusätzliche Unterkünfte, Straßen, Flugplätze und andere militärische Einrichtungen in der BRD für US-Verstärkungen im Verteidigungsfall zur Verfügung gestellt werden.

Als dann im Juli 1980 der damalige Wirtschaftsminister Karry den sofortigen Baubeginn anordnet, haben die Startbahngegner längst ihre erste Protesthütte in das von Rodung bedrohte Waldgebiet gestellt. Im Hüttendorf leben Freaks und Punks, Schreiner und Studenten. Sonntags kommen aus dem benachbarten Walldorf die Frauen und putzen Fenster. Für die Bürgerinitiative ist die Errichtung des Dorfes längst kein illegaler Akt mehr, sondern eine legitime Form des gewaltfreien Widerstands. Im Rathaus Mörfelden gehen die Stadtverordneten von CDU, DKP, SPD und FDP gemeinsam aus Protest gegen den sofortigen Vollzug der Baugenehmigung in den Hungerstreik. Vergeblich.

Die Startbahn und der immer breiter werdende Widerstand werden in den Medien zum Hauptthema. Anfang 1981 veranstaltet die Landesregierung ein »Hearing« im Landtag. Sein Interesse an den Argumenten der betroffenen Bürger bekundet der Wirtschaftsminister im voraus: »Das Hearing kann ausgehen, wie es will... Für die Landesregierung wird es keine Konsequenzen geben.«

G.B. sagt: »Wenn unter den Gewählten auch keine Volksverräter und feige Memmen waren, wenn sie aus lauter entschlossenen Volksfreunden bestünden?! Was ist von Ständen zu erwarten, die kaum die elenden Fetzen einer armseligen Verfassung zu verteidigen vermögen!«

Am 25. Februar '81 eröffnet Holger Börner seine Regierungserklärung mit: »Die Haltung der Regierung läßt sich mit einem Satz formulieren. Der Bau der Startbahn West ist unvermeidbar.« Börner schließt: »Auch die Landesregierung besteht aus Menschen. Sie können nur nach bestem Wissen und Gewissen handeln. Die Landesregierung kann zur Rechenschaft gezogen werden, man kann sie vor Gericht verklagen, man kann gegen sie demonstrieren, man kann sie abwählen, wenn man den Eindruck hat, daß die Nachfolger eine abgewogenere Entscheidung treffen würden. Aber bis dahin wird regiert, meine Damen und Herren!«

Während die Landesregierung überlegt, wie sie das am besten macht, studieren die Bürger die Verfassung. Sie meinen, G.B. hat unrecht, wenn er sagt: »Eine solche Verfassung ist ein elend jämmerlich Ding.« Sie hoffen, mit Hilfe eines in der Verfassung des Landes verankerten Volksentscheids den Startbahnbau zu verhindern. Sie sammeln in Hessen über 220.000 Unterschriften. Doch die Regierung wird regieren. G.B. hatte recht, sie will »die kleine Freiheit mit Rumpf und Stumpf ausrotten«.

Am 6.10. schickt der Innenminister Gries seine Beamten aus, das Hüttendorf zu räumen. Für ihn sind die Leute von der BI »Chaoten, Kriminelle, Asoziale«. Einer von denen, Oberarzt an der vom Fluglärm mitbetroffenen Universitätsklinik Frankfurt: »Also man sah eigentlich nur diese weißen Helme, die sich so genähert haben, und diese Schilder und dann rings um uns diese Maschinerie mit Panzerfahrzeugen und Wasserwerfern. Und ich kann mich noch gut erinnern, wie mein 12-jähriger Sohn da unglaublich Schiß hatte und wirklich ganz klein auf dem Boden saß, untergehakt... Wie die Polizei sich dann, als sie gemerkt hat, der Widerstand ist doch größer, als sie gedacht hat, und die Leute weichen nicht, wie dann an einer Stelle die Polizei versucht hat, relativ freundlich noch, die Leute wegzuziehen. Als das nicht gelungen ist, wie sie sich zurückgezogen haben. Das ist als der einzige Sieg in unserer Erinnerung zurückgeblieben.«

Doch fünf Tage später werden die Beamten aus Hessen ausgetauscht. Ein Sondereinsatzkommando und bayrische Polizei sollen für den Minister die störenden Menschen »einfach hinwegfegen und wegblasen«. Aus einem friedlichen Gottesdienst am Bauzaun macht die Polizei einen blutigen Sonntag. Sie fällt über die Bürger her, 75 Menschen kommen mit Verdacht auf Hirnschäden oder Gasvergiftung, Leber- oder Lungenrissen, Brüchen und Platzwunden ins Krankenhaus. Ein 63-jähriger Augenzeuge, Rentner: »Die Leute saßen unten am Boden und haben die Arme hochgehalten, ältere Leute vorwiegend, und haben gesagt: 'Wir sind friedlich, wir wollen nichts.' Und die Polizisten haben sich auf die Fußspitzen gestellt, und von oben herab mit zwei Händen denen mit dem Knüppel auf die Köpfe gehauen. Und bei diesem einen Mädchen, wie es da Knack macht und der Schädel geknackt ist, mit Sicherheit ist da die Schädeldecke eingerissen. Und die Leute also wirklich in totaler Panik und völlig überrascht in den Wald geflüchtet sind. Das hat bei den Bürgern in Walldorf-Mörfelden den Bruch gebracht. Da haben die Leute kapiert, hier will der Staat mehr, als das, was er vorgibt.«

Eine Hausfrau, 42: »Das war das letzte Mal, daß sich die Leute hingesetzt haben. Am Anfang ist ja immer gesagt worden, wie beim Gandhi, gewaltfrei; und wenn jemand nur einen Dreckballen in die Hand genommen hat, sind wir hin und ham gesagt, laß das fallen, wir sind gewaltfrei, ja. Da, nach dem Sonntag, hab ich die gleichen Leute, die ich früher auf unseren Demonstrationen getroffen habe, und die nie etwas mitgemacht haben, da hab ich die alten Mütterchen mit Knüppeln gesehen, die alten Männer haben Steine an die Mauer geworfen.«

Am 3.11. schreibt der Frankfurter Polizeipräsident Gemmer an seine Freunde: »Sehr geehrte Damen und Herren! Wegen des polizeilichen Einsatzes am Flughafen Frankfurt am Main kann leider unsere diesjährige Hubertusjagd nicht stattfinden. Ich bitte um Verständnis.«

Während OB Wallmann im Deutschlandfunk die Startbahngegner zur Gewaltlosigkeit aufruft, greifen die Polizisten zu Holzknüppel, Blend-Schock-Granate und Gaswerfer »Pepper-Fog«. Das Hüttendorf wird geschleift. Als um 11. 15 Uhr das Baumhaus der Jungen Union als erstes abgerissen wird, kreischt ein Christdemokrat aus Walldorf: »Das schreib ich dem Dregger!« Der CDU-Stadtrat aus Mörfelden-Walldorf, Willi Siegel: »Nachdem ich aus dem Krieg zurückgekehrt bin, hätte ich nicht gedacht, daß ich so etwas noch einmal sehen würde.«

Das Halali der Jagdstrecke: 16 Hand- und Armfrakturen, Hundebißverletzungen, 21 Kopfwunden. Den Journalisten wird der Zutritt zur Treibjagd verwehrt, der durchgeschlüpfte AP-Fotograf Böhm und sein Kollege Hill werden von Polizisten mit Tritten und Knüppelhieben ins Gesicht krankenhausreif geschlagen.

Zwei Tage später zieht durch die Frankfurter Innenstadt ein friedlicher Demonstrationszug mit Lampions und Flötenmusik. In der Rohrbachstraße wartet eine Falle der Polizei. Ein unbeteiligter Autofahrer berichtet: »Auf dem Boden lag ein Schwerverletzter schon in einer Lache von Blut, das aus seiner Kopfwunde tropfte. Eine weinende Frau hielt den Kopf des bewußtlosen Mannes. Ich ging zu Polizisten, die in der Nähe standen, und bat sie, über Funk einen Notarztwagen zu rufen. Die Antwort: 'Für euch gibt es heute keine Hilfe!'«

Ein Demonstrant: »Meine Freundin wurde mit vielen Knüppelhieben zusammengeschlagen. Sie fiel schwerverletzt zu Boden. Durch einen Schlag wurde ihr ein Arm gebrochen, der Knochen ist zersplittert. Ich versuchte, sie unter ein parkendes Auto zu schieben und dadurch in Sicherheit zu bringen. Polizisten zerrten uns wieder hervor und schlugen erneut auf uns ein ... «

Verhaftet wird niemand. Verurteilt wird an Ort und Stelle. Die Beamten bilden eine Knüppelgasse, durch die einzeln die Demonstranten spießrutenlaufen.

Das hessische Fernsehen zeigt Polizisten, die auf dem Boden liegende Menschen verprügeln und mit dem Schlagstock parkende Autos mutwillig demolieren.

Das Verwaltungsgericht Darmstadt erklärt: »Die Rodungsarbeiten sind unzulässig.« Das Verwaltungsgericht Frankfurt beschließt: »Die Hüttendorfräumung selbst, sowie die vorangegangenen und nachfolgenden Polizeieinsätze sind rechtswidrig.«

Eine Woche lang ziehen in den frühen Abendstunden Zehntausende von Demonstranten durch die Frankfurter Innenstadt. Am 8.11. schreibt die Sanrizuka-Shibayama, die Flughafen-Oppositions-Liga aus Tokyo: »... Wir, die Bauern und Bürger, die gegen die Fertigstellung des Flughafens Narita sind, verurteilen die brutale und undemokratische Aktion der westdeutschen Behörden ... «

G.B. weiß: »Der Tag der Auferstehung wird nicht säumen. In dem Leichenfelde wird sich's regen und wird's rauschen, und der Neubelebten wird ein großes Heer sein.«

Am 7.11. stehen 30.000 vor der Schandmauer. Der Innenminister fliegt zum Bauplatz und macht einer Delegation halbnackter Demonstranten vage Zusagen für ein Moratorium. Die Menge zieht ab. Drei Tage danach schwören Volker Hauff und Willy Brandt die SPD/FDP Koalition auf Börnerkurs ein. Auf dem SPD-Unterbezirksparteitag in Hagen kommentiert Horst Ehmke den Widerstand der Startbahngegner: »... der gleiche Quatsch, mit dem die Nazis Weimar

kaputtgemacht haben.«

Zur jetzt immer lauter geforderten Anerkennung der »Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit«, zur Staatsraison, schrieb der Frankfurter Philosoph Adorno: »... Staatsraison: indem man das Recht des Staates über das seiner Angehörigen stellt, ist das Grauen potentiell schon gesetzt.«

24 Stunden nachdem 150.000 Menschen in der Lasterpfütze von Wiesbaden die 220.000 Unterschriften ihres Volksbegehrens abgelegt haben, ist das Grauen da. Am 15.11. bei einer friedlichen Begehung von Rhein-Main werden die Demonstranten überrascht von einfliegenden Bundesgrenzschutz-Hubschraubern. V-Leute zünden Barrikaden an, eine Frau stirbt nach verzögerter Hilfeleistung an Herzversagen, der ökologische Bürgerkrieg beginnt. Gegen 220.000 Unterschriften, gegen einen akribisch ausgearbeiteten Gesetzentwurf hilft keine Diffamierung mehr. Vielleicht Kriminalisierung. Unter dem Vorwurf, er habe die Ereignisse am Flughafen angezettelt, wird Alexander Schubart, Magistratsdircktor und Exponent der BI, aus dem Amt entfernt. Wegen »Nötigung eines Verfassungsorgans« ermittelt der Generalbundesanwalt Rebmann gegen Schubart.

Ein Polizeioffizier, vor Ort gefragt, ob er denn die Leute erschießen wolle: »Nein, nur solange auf die Köpfe schlagen, bis die anderer Meinung sind.« Peter Härtling schreibt: »Da stampfen Schlachtreihen, lederknirschend und stumm, auf Wehrlose zu.«

Pünktlich zum 35. Jahrestag der Hessischen Verfassung entscheidet die Landesregierung: Volksbegehren und Volksentscheid sind unzulässig. Als am 26. Januar 1982 der Staatsgerichtshof die Ablehnung des Volksbegehrens bestätigt, sprechen die Bürgerinitiativen von »Willkürakt und Scheinverfahren«. Der Ministerpräsident ruft die Bevölkerung auf, die Entscheidung zu respektieren. Bei einer Monitor-Umfrage sind 32 Prozent gegen den Bau der dritten Startbahn. Holger Börner appelliert an die »Nachdenklichen« unter ihnen. Gute Bürger und böse Buben. Verbreiteten die Medien zum Weihnachtsfest noch rührselige Geschichten um die Küchenbrigade der Walldorfer Frauen, so häufen sich jetzt die Meldungen über Aktionen von Kriminellen, Asozialen und Chaoten.

Als Anerkennung für ihren selbstlosen Einsatz auf dem Baugelände spendet die Frankfurter Ärztegesellschaft für die Polizei. 62 Prozent der Polizisten sprechen sich für mehr Härte aus. Nach Einsätzen am Bauplatz fahren Kommandos der Polizei durch die Straßen Frankfurts, schlagen auf jeden, der wie ein Startbahngegner aussieht. Bei Alexander Schubart gehen Morddrohungen ein. Pfarrer Oeser, der bei einem Polizeieinsatz im BI-Zentrum vermitteln will, wird wegen versuchter Gefangenenbefreiung angeklagt. Die Opel-Arbeiter, viele von ihnen haben sich durch Hausbau im Gebiet der Startbahn lebenslang verschuldet, noch vor kurzem verbunden in der »Aktionsgemeinschaft Opler gegen Startbahn West« und in den Novembertagen in ihren Blaumännern am Bauplatz immer vorne an, ziehen sich zurück. Nachdem sie im Dezember noch Streikbereitschaft gezeigt haben, ist nach einem Börner-Besuch im Werk auch die Landesdelegiertenkonferenz des DGB von ihrer Haltung gegen die Startbahn abgekommen. In einem Interview mit der »Taz« sagt der Opel-Arbeiter K.: »Viele Kollegen haben wirklich Angst rauszufahren. Ich war bis jetzt immer im Wald. Aber jetzt, wo der Gries da draußen abkassieren will, da überlegt man sich das schon zweimal. Nachher kann ich mein Häuschen verkaufen, wenn sie mir was in die Schuhe schieben wollen. Nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs ist man da draußen ja Freiwild. Das Schlimmste ist, -daß die Presse fast nur gegen uns berichtet.«

Die Öffentlichkeit ist gleichgeschaltet. Man munkelt vom großen Bruder. Die Bewegung fällt auseinander. Ein Teil will mit Alexander Schubart und den Grünen in den Landtag, andere verbinden sich mit der »basisnahen« Ökologisch-Demokratischen Partei, ein Slogan: »Mut zur Wahrheit«.

Vom Gassenhauer der Bewegung, dem »Fehlfarben«-Song »Geschichte wird gemacht, es geht voran«, behält Gültigkeit allein der Satz: »Berge explodieren, schuld hat der Präsident.«

Es geht voran? G.B,. sagt: »Wer das Schwert erhebt gegen das Volk, der wird durch das Schwert des Volkes umkommen.«

Vielleicht. Am 15. Februar '82 jedenfalls setzt eine »Revolutionäre Zelle - Keine Startbahn West« ihre Sprengstoffanschläge auf die am Flughafenbau beteiligte Firma Holzmann fort.

Es geht voran? Ein Flugblatt: »Wir rufen Dich zum Widerstand! Gegen eine Politik der vollendeten Tatsachen, gegen eine Politik der sozialen Reaktion, gegen eine Politik, die nur den Generälen und Rüstungslieferanten Vorteile bringt! Dann sei auch Du bereit, und fordere Dein Recht! Sozialistische Jugend Deutschlands, Bezirksverband Hessen Nord, 21.2.52, gez. Holger Börner.«

Das ist Quatsch. Flugzeuge steigen auf, die Welt geht unter.

* Der Schriftsteller Georg Büchner (1813 -1837) lebte in unmittelbarer Nahe des Rhein-Main-Flughafens. Der »Hessische Landbote«, seine revolutionäre Flugschrift (»Friede den Hütten, Krieg den Palästen!«), ist nicht ganz vergessen.

Konkret 04/82, S. 24

Hans-Ulrich Klose, Oskar Lafontaine, Erhard Eppler

Vorwärts?

Partei und der Regierungskoalition diskutieren wird, wollen sie für linke Positionen kämpfen. KONKRET fragte die drei Politiker, wie lange Helmut Schmidt noch regieren kann, was sie von der Stationierung der neuen Atomwaffen halten, warum wichtige Fragen wie Frieden oder Umwelt ohne oder gegen die SPD diskutiert werden, wo in der Wirtschaftspolitik noch sozialdemokratische Elemente übrig sind, was die Linke in dieser Partei überhaupt ausrichten kann und ob die SPD nicht ein ganz neues Programm braucht

KONKRET: Eine Epoche geht zu Ende. 24 Jahre nach Godesberg, 16 Jahre nach dem Bonner Regierungsantritt der SPD und 13 Jahre nach der Wahl des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers stehen wir vor einer schwer beschädigten Partei, vor heruntergekommenen Gewerkschaften, vor einer desolaten Arbeiterbewegung. Alle großen Fragen werden außerhalb der Organisationen der Arbeiterbewegung, meist sogar ohne und gegen sie diskutiert: Friedensbewegung, ökologische Bewegung, Frauenbewegung. Was machen Sie, die den Zielen dieser Bewegung näher stehen als der Politik Ihrer Partei, in der SPD?

Klose: Ich glaube, man muß heute, wenn man wirksam politisch arbeiten will, in allen Bereichen politisch tätig sein, also auch in den Bewegungen selber. Ich traue aber, mit Verlaub, den Bewegungen nicht genügend organisatorische Konsistenz zu, um das, was sie als richtig erkannt haben, auch durchzusetzen. Das kann nur eine große Organisation wie die Sozialdemokratie, wie die Gewerkschaften. Es kommt darauf an, aus der Arbeiterbewegung, die sich im Augenblick durch alles auszeichnet, bloß nicht durch Bewegung, wieder eine Bewegung zu machen.

Lafontaine: Es ist richtig, daß die SPD nicht ausreichend diskutiert, was von den neuen Bewegungen thematisiert worden ist. Es wird allerdings nach meiner Überzeugung nicht möglich sein, eine Politik zu konzipieren und sie durchzusetzen, die diesen Themen Rechnung trägt, ohne die SPD und ohne die Gewerkschaften. Deswegen bin ich in der SPD und bleibe in der SPD.

Eppler: Diese Bewegungen sind ja Ausdruck eines Bewußtseinswandels, der in den einzelnen Teilen unserer Gesellschaft mit verschiedenem Tempo vor sich geht. Dies bedeutet auch, daß alle großen Organisationen früher oder später von diesem Bewußtseinswandel erfaßt werden. Und es bedeutet vor allem, daß es nicht möglich ist, diesen Bewußtseinswandel in kleinen Parteien aufzufangen oder gar zu kanalisieren. Die SPD unterscheidet sich von der CDU dadurch, daß alles, was dieser Bewußtseinswandel mit sich bringt, in der SPD bereits diskutiert wird. Die Frage ist, wann sich dies zu Mehrheitsbeschlüssen kristallisiert. Ich nehme an, dies wird in der Mitte der 80er Jahre sein .

KONKRET: Aber im Moment sieht es doch eigentlich eher so aus, als seien jene Sozialdemokraten, die diese Diskussionen führen, auf verlorenem Posten.

Klose Ich glaube, das ist zu kurz gedacht. Man muß den Horizont ein kleines bißchen weiter spannen und darf nicht ausgehen von der Situation, wie sie sich gegenwärtig darstellt.

Eppler: In der Partei bewegt sich sehr viel. Wenn ich etwa die energiepolitischen Beschlüsse des Jahres 1975 vergleiche mit dem, was nun die Antragskommission für 1982 vorschlägt, so sind wir einen ziemlich weiten Weg gegangen. Und dies, obwohl eine sozialdemokratisch geführte Regierung alles mit Stirnrunzeln betrachtet und gelegentlich sogar mit Rücktrittsdrohungen eine andere Mehrheitsbildung erschwert oder verhindert. Wenn es heute nicht die Rücksicht auf die Bundesregierung gäbe, hätten wir in vielem bereits klarere Mehrheiten in der Partei.

KONKRET: Wird es also Mitte der achtziger Jahre, für die Sie linke Mehrheiten in der Partei voraussagen, keine SPD-Regierung in Bonn mehr geben?

Lafontaine: Die SPD wird erkennen müssen, daß eine Politik, die die Themen der Friedensbewegung, der ökologischen Bewegung, der Frauenbewegung nicht aufgreift, neben der CDU keine Chancen einer Mehrheit hat.

Eppler: Zumal dann, wenn sie diese Mehrheit ohne die Grünen oder gar gegen die Grünen erringen will. In dem Augenblick, wo die Grünen die 5-Prozent-Hürde überspringen, müßte die Union überall weit unter 45 Prozent gedrückt werden, damit es noch eine sozial-liberale Mehrheit gibt. Und dies ist nach allen Umfragen und nach allen Wahlergebnissen der letzten 15 Jahre ganz unwahrscheinlich. Insofern ist die Frage, ob denn die Partei dieser Regierung nicht zu viele Schwierigkeiten mache**,** falsch gestellt. Die Frage ist doch: wie kann man links von der CDU eine Mehrheit finden. Beider Politik, die jetzt gemacht wird, jedenfalls nicht.

KONKRET: Wenn die Geschichte der Sozialdemokratie etwas lehrt, dann lehrt sie, daß die Linken würdig, aber relativ einflußlos beteiligt werden. Jedenfalls solange sie dafür sorgen, daß Kritiker und Gegner der herrschenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sich immer noch animiert fühlen, auf die Sozialdemokratie als ihren Hoffnungsträger zu starren. Wo die Linke dann wirklich mal die Mehrheit erobert, verläßt die Rechte die Partei - wie jetzt in England.

Eppler: Ich glaube, daß der Vergleich mit England an einer Stelle nicht zieht: Die Linke in der Labour-Party ist in manchen Dingen so veraltet wie die Rechte. Die Fixierung etwa auf die Frage der Verstaatlichung und die Schwierigkeit, z.B. ökologische Fragestellungen aufzunehmen, weist diese Labour-Linke doch nicht als Träger jenes Bewußtseinswandels aus, von dem ich gesprochen habe. Ich sage das deshalb, weil die Fragestellungen, um die jetzt in der Partei bei uns gerungen wird, nicht durchweg Links-Rechts-Fragestellungen sind. Wenn man die Bezirksparteitage ansieht, dann stellt man fest, daß in manchen Bezirken Mitte bis Rechts gegen den

Nachrüstungsbeschluß gestimmt haben. Die Skepsis gegenüber der gegenwärtigen Energiepolitik geht in der Partei über die Linke hinaus. Es ist ja in der Tat eine Frage, ob eine Gegnerschaft gegen die Kernenergie unbedingt eine linke Position ist. Sie wissen, daß es Leute gibt, die es genau umgekehrt sehen.

KONKRET: Auch Rechte haben Angst.

Eppler: Ja, gut. Ich will damit nur sagen, wenn ich von Mehrheiten in der Mitte der 80er Jahre spreche, dann brauchen das ja nicht die klassischen linken Mehrheiten zu sein, das können ja Mehrheiten sein, die sich aus einem in Politik umgesetzten Bewußtseinswandel ergeben.

KONKRET: Können das auch Mehrheiten sein, die die heutigen Alternativen und Grünen einschließen? Innerhalb der SPD?

Eppler: Es könnte natürlich sein, daß eine veränderte SPD diese Gruppierungen nicht mehr als unbedingt notwendig erscheinen läßt.

KONKRET: Nehmen wir die Atomrüstungsdiskussion. Da haben nun die Linken alle guten Argumente für sich. In den USA, die diese Politik ja anführen, spricht kein Mensch von Nachrüstung, und der Außenminister Haig sagt vorm Senatsausschuß, die USA wollten »Überlegenheit in jeder Hinsicht«. Von einer »Wiederherstellung des Gleichgewichts«, von der Helmut Schmidt redet, kann also gar keine Rede sein. Und obwohl, grob geschätzt, siebzig Prozent der SPD-Mitglieder die »Nach«-Rüstung ablehnen, wird die Linke auf dem Münchner Parteitag mit ihren Abrüstungs-Anträgen durchfallen.

Lafontaine: Zunächst einmal wirft es ein bezeichnendes Licht auf den Geisteszustand vieler, die an dieser Diskussion teilnehmen, daß eine Position, die gegen den atomaren Wahnsinn Stellung nimmt, als links bezeichnet wird. Es müßte die selbstverständlichste Position in der Welt sein. Ob die Linke unterliegen wird, wollen wir erstmal sehen. Ich glaube, daß derzeit sehr große Chancen für die Linken sind, Teilerfolge zu erreichen, weil sie in diesem Punkt die große Mehrheit der Mitgliedschaft vertreten. Die große Mehrheit der Mitgliedschaft der SPD will keine neuen Atomraketen, weil sie weiß, daß ohnehin schon viel zu viel atomare Vernichtungswaffen in der Bundesrepublik gelagert sind. Ich glaube also, daß wir eine Chance haben, unsere Politik mehrheitsfähig zu machen in der Partei, und deshalb will ich mich dafür schlagen.

KONKRET: Welchen Antrag wollen Sie durchbringen?

Lafontaine: Ich räume dem Moratoriumsvorschlag große Chancen ein. Ich werfe der Diskussion vor, daß man sich an dem Nato-Doppelbeschluß festgebissen hat. Das eigentliche Anliegen ist, daß man nicht weiterrüstet. Wenn man den Doppelbeschluß gekippt hat, dann ist gar nichts gewonnen. Das würde heißen: 1983 stationieren wir nicht. Man muß sich fragen: was passiert *jetzt?* Wer gegen Rüstung ist, darf sich nicht an irgendwelchen Vokabeln festbeißen. Und *jetzt* wird gerüstet. Daher kommt es darauf an, diesen Rüstungsprozeß *jetzt* abzustoppen. Das heißt Moratorium. Das ist mir wichtiger, von der Sache her. Damit erübrigt sich dann, wenn man konsequent denkt, die Diskussion über den Doppelbeschluß.

KONKRET: Ihr Moratoriums-Vorschlag ist an die Bedingung geknüpft, daß die Sowjetunion ihre Mittelstrecken-Raketen auf den Stand von 1978 reduziert.

Lafontaine: Da muß man exakt sein. Wir haben gesagt: die Zahl der nuklearen Gefechtsköpfe, die auf Europa gerichtet sind. Das ist etwas ganz anderes. Und wir haben unser Moratorium auch nicht an diese Bedingung geknüpft. Wir haben gesagt: Stopp der Raketenrüstung, auch im Mittelstreckenbereich. Punkt. Und dann sagen wir: Die Sowjetunion wird aufgefordert, ihre auf Europa gerichteten Gefechtsköpfe auf 78er Niveau zurückzunehmen. Hier fordern wir nur die Sowjetunion auf, ihr oft gemachtes Angebot zu präzisieren. Und dann sagen wir drittens, wenn die Sowjetunion ihr Angebot präzisiert und reduziert, dann muß auch jede Vorbereitung eingestellt werden. Das ist das, was auf dem Münchner Parteitag vorgelegt wird. Ich halte das für mehrheitsfähig.

KONKRET: Viele Linke in der SPD sind aber der Meinung, man müsse den Nato-Doppelbeschluß bekämpfen.

Lafontaine: Ich habe vorhin erklärt, worum es geht. Es geht doch darum, Rüstung zu bekämpfen. Wer nur über den Nato-Doppelbeschluß redet, übersieht völlig, daß jetzt laufend stationiert wird. Die Amerikaner stationieren, die Sowjets stationieren, die Briten, die Franzosen... Der Nato-Beschluß hatte die wichtige Funktion, die ganze Partei in die Rüstungsdiskussion zu stürzen. Aber jetzt verlieren manche die Rüstung aus dem Auge und reden nur über den Doppelbeschluß. Deshalb müssen wir den Stationierungsstopp durchsetzen. Wenn das gelänge, wäre das viel wichtiger als

jetzt den Nato-Beschluß zu Fall zu bringen. Jetzt muß aufgehört werden zu stationieren, auch in der Sowjetunion. Hätten Schmidt und Genscher und die USA Breschnews Angebot angenommen, dann hätten wir hundert SS 20 weniger. Aber anscheinend ist man versessen drauf, daß immer mehr SS 20 in Stellung gebracht werden. Diese Diskussion ist irrational. Ich kämpfe grundsätzlich gegen die Sicherheitspolitik in ihren Prämissen. Das ist auch noch viel wichtiger als dieser überstrapazierte Nato-Beschluß.

KONKRET: Sie sagen, die große Mehrheit der SPD-Mitglieder sei gegen die Stationierung. Bei den Ortsvereinsdelegierten sind es vielleicht noch 60 Prozent, bei den Landesdelegierten vielleicht noch 50 Prozent, bei den Bundesparteitagsdelegierten sind es 40 Prozent und im Parteivorstand sinds noch 20 Prozent, die nein sagen.

Eppler: Sie können diese abnehmende Mehrheit einfach erklären mit der Zunahme des jeweiligen Regierungsdrucks. Aber so kann man natürlich eine Partei nicht beliebig lange behandeln. Eine Partei, die jeweils durch Vertrauensfragen eines Kanzlers oder eines Ministerpräsidenten immer mal wieder wider den Strich gebürstet wird, die führt ihre Wahlkämpfe anders als wenn sie mit sich selbst im reinen wäre. Das wirkt sich natürlich auch bei den Wahlergebnissen aus. Ich will gar nicht darüber streiten, ob diese Politik der Vertrauensabstimmung moralisch einwandfrei ist. Ich bezweifle, daß sie sich politisch auf mittlere Frist auszahlt. Von daher werden dann neue Überlegungen unvermeidlich. Deshalb rede ich davon, daß wir Mitte der 80er Jahre andere Mehrheitsverhältnisse in der Partei haben werden.

KONKRET: Dann würden wir auch eine andere Partei haben.

Eppler: Das würde ich nicht so ausdrücken wollen, weil dann sofort der berühmte Schillersche Satz von der anderen Republik mitschwingt, bei dem viele Leute eine schreckliche Angst kriegen.

KONKRET: Das Godesberger Programm* will auch eine andere Republik.

Eppler: Eben. Nur, wenn ich sage: eine andere Partei, dann erschrecken viele. Wenn ich sage, ich möchte eine Partei haben, die mit sich selbst im reinen und auf der Höhe ihrer Zeit ist, dann bedeutet das möglicherweise dasselbe, und es erschreckt weniger Leute.

KONKRET: Zeigen denn nicht die Wahlergebnisse etwa aus dem linken SPD-Land Schleswig-Holstein, daß der SPD-Linken auf ihrem Weg zur Mehrheit in der Partei die Luft ausgeht? Vor ein paar Jahren wurde die SPD noch gewählt, um Schlimmeres zu verhüten. Viele Leute, die ganze Friedensbewegung, sind nun der Meinung, daß es Schlimmeres als die Atomrüstung nicht gibt, daß eine Stationierung von Pershing II und Cruise missiles eine qualitativ neue Stufe des atomaren Rüstens bedeutet und damit den atomaren Krieg viel wahrscheinlicher macht.

Lafontaine: Ich möchte allen in der SPD zubilligen, daß sie subjektiv den Atomkrieg verhindern wollen. Wir streiten uns nur über die richtigen Mittel. Ich glaube allerdings, daß die Ansätze der Linken in der SPD eher geeignet sind, weitere Aufrüstung zu verhindern. Ich selber bin ein engagierter Anhänger der einseitigen Abrüstung in einer total überrüsteten Welt. Von daher meine ich, daß die SPD vielleicht 1984 wiedergewählt werden wird, weil die Menschen erkennen, daß wir, was die Rüstung angeht, auf dem richtigen Weg sind.

KONKRET: Einseitige Abrüstung wäre aber spätestens auch das Ende der Koalition.

Lafontaine: Wenn Aufrüstung der Preis der Koalition ist, dann ist sie nichts wert. Hier sind wir auch nicht kompromißfähig.

KONKRET: Wenn Sie in München untergehen sollten, müßten Sie dann in dieser Situation sich nicht voll in der Friedensbewegung engagieren? Noch stärker und gegenüber der Regierungspolitik noch rücksichtsloser, als Sie das bisher tun?

Klose: Das darf aber nicht heißen: nicht mehr in der SPD.

KONKRET: Aber rücksichtsloser in der SPD?

Klose: Einverstanden. Ich gehe auch davon aus, daß sich in München der Kurs des Bundesvorstandes weitgehend durchsetzen wird. Wenn das so aussehen sollte, was Sie in Ihrer Fragestellung vermuten, dann wäre das für mich persönlich kein Anlaß, mich resignierend von der SPD abzuwenden, sondern mit umso größerer politischer Wut in der SPD und außerhalb der SPD in der Sache zu kämpfen, wobei das Außerhalb-der-SPD-Kämpfen für mich auch Möglichkeiten schaffen soll, innerhalb der SPD andere Mehrheitsverhältnisse zustande zu bringen.

Eppler: Ich gebe ungern auf hypothetische Fragen hypothetische Antworten. Wenn man die Ergebnisse der Bezirksparteitage ansieht, müßte es eine klare Mehrheit für den Moratoriumsvorschlag geben. Wenn es diese Mehrheit nicht geben sollte, dann wird man weiteres überlegen müssen. Aber das eigentliche Kunststück, das uns abverlangt wird, ist doch einerseits, den Bewußtseinswandel zu politisieren, und andererseits, die SPD nicht den Kanalarbeiter zu überlassen.

KONKRET: Die Grundwertekommission der SPD hat die Fronten wieder zu verwischen gesucht, die Richard Löwenthal - wie wir finden: dankenswerter Weise - markiert hatte: zwischen einer SPD, die sich die Verteidigung der »Industriegesellschaft« zum Ziel setzt, und einer SPD, von der Peter von Oertzen in seiner Antwort auf Löwenthal gesagt

hat, daß sie gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung kämpfe. Oertzen hat wie Löwenthal auf der anderen Seite damit den Klassencharakter der Auseinandersetzung in der SPD und außerhalb zutreffend benannt. Wie die atomare Aufrüstung nicht zu verstehen ist ohne eine Analyse der Interessen des US-Kapitals, so ist das bundesdeutsche Atomkraftwerksprogramm nicht zu begreifen ohne die Einsicht in die Interessen von Kapitalverwertung. Warum weigert sich die SPD-Linke, den Klassencharakter dieser Auseinandersetzungen zu begreifen?

Eppler: Das kommt daher, daß diese Auseinandersetzung nur sehr teilweise eine Klassenauseinandersetzung ist. Es sei denn, man würde die Gewerkschaften als Teil der herrschenden Klasse bezeichnen. Das Grundwertepapier, an dem wir immerhin zwei Jahre gearbeitet haben, ehe Löwenthal seine Thesen veröffentlichte, ist ja der Versuch, das, was sich heute an Veränderungen in unserer Gesellschaft und auch im Bewußtsein der Menschen zeigt, in eine Verbindung zu bringen und sozialdemokratischer Tradition. Und ich finde, das ist dringend nötig.

KONKRET: Ja, was ist denn die sozialdemokratische Tradition, wenn nicht die fortwährende Überzeugung, daß es die da oben gibt und uns hier unten.

Eppler: Das sagen Sie.

KONKRET: Eine Tradition, die sich im Godesberger Programm dann ziemlich verwässert ausdrückt in der Forderung nach einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung...

Klose: In Wahrheit scheint es mir schon so zu sein, daß zu Fragen der neuen Wirtschafts- und Sozialordnung innerhalb der sozialdemokratischen Partei seit längerer Zeit das große Schweigen ausgebrochen ist. Ich neige auch dazu, beispielsweise die Auseinandersetzung über die Energiepolitik als Systemfrage zu begreifen, denn es zeigt sich auch an ganz konkreten Beispielen - ich habe da ein ganz konkretes im Sinn ...

KONKRET:... Brokdorf ...

Klose:... daß die Frage, wer und nach welchen Kriterien tatsächlich entscheidet, ziemlich eindeutig zu beantworten ist : ~s entscheidet nicht in erster Linie die zuständige demokratisch legitimierte Instanz, sondern es entscheiden die interessierten Unternehmen, wobei erschwerend hinzukommt, daß es Regierungsinstanzen gibt - auch solche mit vorherrschender sozialdemokratischer Beteiligung - die dies auch ausdrücklich so wollen. Und die damit akzeptieren, daß wirtschaftspolitisch - in diesem Fall energiepolitisch - im Endergebnis doch nur das gemacht werden kann, was technisch machbar und ökonomisch angeblich profitabel ist. In dem Bereich der Kerntechnologie sind Riesenbeträge an öffentlichen und privaten Geldern geflossen. Es sind Milliardenbeträge. Und so was muß sich, so wie die Wirtschaftsordnung bei uns ist, verdammt noch mal, auch auszahlen. Und wo kämen wir denn hin, wenn irgendeine Regierung, und sei es eine sozialdemokratische, antritt und sagt: Wir wollen das aber gar nicht, weil es der Gesellschaft nicht nutzt. Hier gibt es wirklich einen Tabu-Bereich, der durchbrochen werden muß, wobei meine Vorstellung nie war, daß man eine revolutionäre Umwälzung der bestehenden Wirtschaftsordnung einleiten müsse. Aber dringlich erscheint es mir, den vorhandenen Staatsinterventionismus - es gibt ihn ja - rational und zielorientiert umzugestalten, um besonders bei solchen Fragen, bei denen ja viele betroffen sind, sicherzustellen, daß die Politik entscheidet - und zwar nicht unter dem Eindruck von ökonomischen Interessen.

Lafontaine: Was wir schaffen müssen, ist, die Beschäftigungskrise in der westlichen Welt in Verbindung mit den irrsinnigen Rüstungsausgaben zu bringen. Jeder diskutiert in der Bundesrepublik darüber, daß der hohe amerikanische Zins uns erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten macht. Jeder weiß, daß hohe Zinsen auch Folge von Staatsdefiziten sind. Dann hört das Denken auf. Die amerikanischen Staatsdefizite sind Folge des irrsinnigen Rüstungsetats. Dies müssen wir den Arbeitslosen und all denjenigen, die um ihren Arbeitsplatz fürchten, klarmachen. Hier wird dann auch die Linke, sofern sie sich des Themas Rüstung angenommen hat, aufschließen zu den klassischen Themen der Arbeiterbewegung. Das war immer schon so. Das ist durch die arbeitsteilige Diskussion - die einen diskutieren Energie, die andern Rüstung, die dritten Beschäftigung - völlig aus dem Auge verloren worden, daß das ein und dasselbe Thema ist. Und daß die Zeche für die Rüstungsausgaben gezahlt wird von den Arbeitslosen, den sozial Schwachen und den Verhungernden in der Dritten Welt. Das heißt auch: wir müssen die Mechanismen analysieren, die diesem Prozeß zugrundeliegen, wir müssen die Kapitalinteressen analysieren. Ohne daß man dies verständlich macht, wird man in der Sache keine Lösung finden können.

KONKRET: Wie könnte so eine Lösung aussehen?

Lafontaine: Solange Private an der Rüstung viel Geld verdienen, solange dieses Geld gewissermaßen von selbst tätig ist, um sich notwendige Mehrheiten zu beschaffen, solange wird der Prozeß weiterlaufen. Wenn es überhaupt irgendwo einen Grund für Verstaatlichungsforderungen gibt, dann in der Rüstungsindustrie. Unbedingt und ohne Einschränkung.

KONKRET: Wir haben erst kürzlich mit einem Mitglied des SPD-Präsidiums ein langes Gespräch geführt. Der hat gesagt, daß die Bundesregierung im Frühjahr '83 am Ende sei, weil nach der erwarteten Wahlniederlage in Hessen kein Haushaltsgesetz mehr gegen die Zweidrittel-Mehrheit der CDU/CSU im Bundestag durchzubringen sei. Er hat dann weiter

gesagt, das Ende einer Kanzlerschaft von Helmut Schmidt bedeute für die SPD auch das Ende des Godesberger Weges. Eine SPD in der Opposition brauche dringend -ein neues Programm, in dem wieder deutlich von Klassen die Rede sei. Und ihr Vorsitzender müßte eigentlich ein Arbeiterführer sein. Sehen Sie das auch so?

Klose: Ich sehe es so. Obwohl ich Begriffe wie Klasse selten verwende, glaube ich, daß das Godesberger Grundsatzprogramm in einem zentralen Punkt, nämlich bei der Wirtschaftspolitik, unpräzise ist. Und solange wir uns nicht in diesem Bereich zu größerer Präzision durchringen, werden wir in vielen Politikbereichen die angemessenen Antworten nicht geben können. Wir werden letztlich auf der Geschäftsgrundlage ständigen wirtschaftlichen Wachstums weiter arbeiten und in erhebliche Schwierigkeiten geraten, wenn diese Geschäftsgrundlage wie gegenwärtig entfällt. Ich sehe aber - um ehrlich zu sein - im Augenblick auch innerhalb der Linken in der SPD keine Ansätze in diese Richtung.

Lafontaine: Wenn die Hessen-Wahlen verloren gehen, muß sich die Bonner Koalition die Frage stellen, ob sie dann noch weitermacht. Ich bin strikt dagegen. Ich bin auch der Auffassung, daß dann die SPD von selbst eine neue Programmdiskussion führen wird. Das Godesberger Programm muß alleine schon deswegen fortgeschrieben werden, weil beispielsweise die ökologische Frage überhaupt nicht vorkommt.

Eppler: Ich sehe den Arbeiterführer nicht, der eine nachgodesbergische SPD führen sollte. Godesberg ist geschrieben worden in einer Zeit ungebrochenen Fortschrittsoptimismus'. Es gibt eine ganze Anzahl von Fragen, die in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in einem Grundsatzprogramm anders beantwortet werden müßten als in Godesberg, völlig unabhängig davon, ob wir regieren oder opponieren. Es kann ja sein, daß das, was heute in der jungen Generation vor sich geht, in ein paar Jahren bei der Arbeiterschaft stattfindet. Das würde ein mehrheitsfähiges Bündnis links von der CDU wesentlich erleichtern. Noch nicht einmal die Frage, welche Wirtschaftspolitik Sozialdemokraten führen wollen, ist eine reine Klassenfrage. Es hat eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik seit dem zweiten Weltkrieg in Praxis nicht gegeben. Karl Schiller hat nie auch nur den Versuch gemacht, sozialdemokratische Wirtschaftspolitik zu betreiben, sondern er hat den Anspruch erhoben, *richtige* Wirtschaftspolitik zu betreiben. In der Tat gibt es heute nicht einmal mehr eine sozialdemokratische Steuerpolitik.

KONKRET: Die sozialdemokratische Partei hat den größten Teil der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik auf eine Politik orientiert, die davon ausgegangen ist, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem krisenlos funktioniert, und daß, wenn dennoch Krisen auftreten, diese mit dem Keynes'schen Instrumentarium** glattgebügelt werden können. Nun stehen wir vor einer Krise, die sehr viel gravierender ist. Knapp zwei Millionen Arbeitslose. Und nun - ich nenne noch mal das Beispiel der Sch1eswig-Ho1steinischen-Wahl, passiert folgendes: Die CDU gewinnt in dieser Wahl 0,9 Prozent. Und in dieser Situation verliert die SPD 5,9 Prozent. Ein Teil geht davon zu den Grünen, das sind die Jungen. Die älteren SPD-Wähler bleiben zu Haus. Und in Arbeiter-Bezirken in Kiel bekommt eine Gruppierung, die sich der Bekämpfung der Ausländer zugewandt hat, bis zu 10 Prozent der Stimmen. Das ist dann das Resultat einer gescheiterten sozialdemokratischen Politik.

Eppler: Wann immer in einer Gesellschaft keine Hoffnung mehr auf Zukunft bleibt, wann immer die Menschen sich nicht damit beschäftigen, wie man Zukunft erschließt, brechen reaktionäre Themen ein in dieses Vakuum. Und das Ausländerthema ist ein solches Thema.

Lafontaine: Ich kann nur sagen, daß wir versuchen müssen, eine solche Entwicklung zu verhindern. Das heißt, daß wir in der Sozial- und Wirtschaftspolitik nicht nur von einem Kompromiß zum anderen stolpern und immer wieder überlegen, was die FDP in der Bundesregierung dazu sagen wird oder die CDU/CSU im Bundesrat, und dann zum Beispiel eine Steuergesetzgebung haben, die Umverteilung zugunsten der stärkeren Schichten ist - in großem Umfang. Wir müssen endlich konsequente sozialreformerische Politik betreiben, eine Steuer- und Sozialpolitik betreiben, die - ja - eine Wende bedeutet.

KONKRET: Eine solche Politik einzuleiten, hieße unter den gegenwärtigen Bedingungen, die Macht abzugeben.

Lafontaine: Da muß man auch fragen: was heißt Macht? Ich bin der Meinung, daß oft Leute, die nicht in einem Kabinett oder einem Parlament sitzen, mehr Macht ausüben als die, die diese Ämter bekleiden.

Eppler: Wenn einmal die Geschichte sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung geschrieben wird, dann müßte man sehr genau unterscheiden zwischen dem, was wir nicht geschafft haben, weil die Machtverhältnisse so waren wie sie waren, und dem, was wir nicht erreicht haben, weil's die Regierenden gar nicht erreichen wollten. Meine Kritik an der jetzigen Regierung geht ja dahin, daß sie ernsthaft gar nichts verändern will. Ich habe selber in der Entwicklungspolitik sehr wohl gemerkt, wo die Systemgrenzen sind, wo die Macht des Kapitals Schranken gesetzt hat, aber ich habe doch auch gemerkt, was wir innerhalb dieser Grenzen alles machen können, wenn wir nur in einer Regierung gemeinsam etwas wollen, als Sozialdemokraten. Ich glaube, die Depression in der Partei kommt im Augenblick nicht so sehr daher, daß man spürt, was alles nicht geht und wie stark die Gegenkräfte sind, das ist alles auch richtig, sondern daß man gar nicht mehr weiß, was man will und wozu es uns gibt.

Klose: Nehmen wir mal das Hamburger Beispiel, das wir vorhin hatten: Wenn alle Sozialdemokraten im Falle Brokdorf gewollt hätten, hätten wir das Signal setzen können.

KONKRET: Aber es ist ja kein Zufall, das nicht alle gewollt haben.

Eppler: Es ist aber auch keine absolute Notwendigkeit, daß sie nicht gewollt haben.

Klose: Also, wenn ich glauben müßte, daß das eine absolute Notwendigkeit sei, dann würde ich ab sofort aufhören, Politik zu machen. Wenn nur der Vollzug letztlich kapitalorientierter Sachzwänge sozialdemokratische Politik wäre, dann wäre mir in der Tat meine Zeit zu schade für diese Art von Spiel.

KONKRET: Es gibt Leute, die meinen, daß es so ist. Was sollen die tun?

Klose: Mit uns reden, und wir werden dann predigen.

KONKRET: Oder eine sozialistische Partei gründen?

Eppler: Und die SPD den Kanalarbeitern überlassen. Wer dieses tut, der macht linke Politik in diesem Jahrhundert unmöglich, denn dann ist es völlig gleichgültig, ob diese linke Partei 5 oder 10 oder 15 oder sogar 20 Prozent bekommt, sie findet keinen Partner, mit dem zusammen sie Politik machen kann. Denn diese entstehende rechte SPD wird lieber eine große Koalition eingehen, als mit so einer linken Partei zu koalieren.

---

*Auf einem außerordentlichen Parteitag vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg beschloß die SPD gegen die Stimmen einiger linker Delegierter (wie Peter von Oertzen) ihr bis heute gültiges »Grundsatzprogramm«, das mit den Worten beginnt: »Das ist der Widerspruch unserer Zeit, daß der Mensch die Urkraft des Atom, entfesselte und ich jetzt vor den Folgen fürchtet ... «

**John Maynard Keynes (1883-1946), englischer Nationalökonom, entwickelte zwischen de. Weltkriegen eine Methode, wie die Krisen der kapitalistischen Wirtschaft durch staatliche Konjunkturpolitik (Staatsinvestitionen, Staatsverschuldung) gedämpft werden könnten.

Konkret 04/82, S. 32

Jürgen Roth

Kriegsrecht im NATO-Land Türkei

Die lukrativen Geschäfte der Diktatoren

Nacht liegt über Anatolien. Nur hin und wieder durchbricht das heisere Bellen eines Hundes die Stille in dem kleinen Dorf Derik unweit von Diyarbakir. Fast alle Bauernfamilien schlafen längst in den mit Lehm verputzten Hütten, die kaum Schutz vor der Kälte geben.

Plötzlich schwillt das Kläffen der Hunde an. Die Menschen schrecken auf vom rasselnden Dröhnen der Panzerketten auf der Dorfstraße. »Askeri geliyor« - die Soldaten kommen - rufen die ersten, die noch schlaftrunken aus den Hütten treten. Mit vorgehaltenen Maschinenpistolen stürmen die Soldaten in die Behausungen der Bauern, treten die dünnen Holztüren ein, scheuchen Frauen und Kinder von den Matratzen. Wer nicht schnell genug aufstehen kann, erhält Schläge. Mit aufgepflanzten Bajonetten stechen die Soldaten die Getreidesäcke auf, in denen der Vorrat für den Winter und das Saatgut für das kommende Jahr liegen.

Die Soldaten treiben die gesamte Dorfbevölkerung - Männer, Frauen und Kinder - auf dem Dorfplatz zusammen. Dort müssen sich die Männer nackt ausziehen und auf den Boden legen. Tanzend trampeln die Soldaten auf ihnen herum und singen dabei die Nationalhymne.

Überfälle dieser Art sind Alltagsereignisse in der türkischen Militärdiktatur. General Evren regiert seit dem 11. September 1980 das NATO-Land. Zum dritten Mal nach dem Militärputsch von 1960 und dem halbmilitärischen Putsch von 1971 rissen damals die NATO-Offiziere die Macht im 45-Millionen-Staat an sich. Im Anschluß an das Manöver »Anvil Express«, zu dem auch 3000 Soldaten aus anderen NATO-Ländern in die Türkei gekommen waren, meldeten die internationalen Nachrichtenagenturen aus der Hauptstadt Ankara:

»Die Militärs haben die Macht übernommen, die Parteien und das Parlament wurden aufgelöst.« Nicht sonderlich erwähnenswert fanden es die Medien im NATO-Land Bundesrepublik beispielsweise, daß in der Türkei mit dem Putsch auch die Gewerkschaften verboten wurden.

Anders als nach dem 13. Dezember 1981, als Polen das Kriegsrecht verhängte, wurden in den NATO-Ländern für die Türkei keine Repressalien oder Sanktionen angedroht, es gab keine Papst-Gebete, keine Fernseh-Propaganda-Shows und auch keine Paket-Aktionen westlicher Wohlstandsbürger. Als Polens Gewerkschaftsvorsitzender Lech Walesa in einer Villa mit Besuchserlaubnis für die Familie und einen Priester interniert wurde, überschlug sich die NATO mit Ronald Reagan und Helmut Schmidt an der Spitze in Protesten. Nach dem Putsch der NATO-Generäle in der Türkei schickten Washington und Bonn weiter Wirtschaftshilfe. Nach Willkür und Brutalität der neuen Machthaber fragte keiner.

Inzwischen hat die Türkei selbst eingeräumt - und das wird wohl nur eine Teilwahrheit sein - wie es in dem NATO-Land aussieht. Mitte Februar 1992 stehen in der Türkei 46.721 Personen vor Gericht oder sitzen im Gefängnis und warten auf ihre politischen Prozesse. Bisher wurde gegen 1700 Menschen von den Militäranklägern die Todesstrafe beantragt. 27 Todesurteile sind bestätigt, 10 vollstreckt worden. Gegenwärtig laufen 18 Massenprozesse: 15 gegen Linksgruppierungen, zwei gegen Rechtsgruppierungen und einer gegen Gewerkschafter.

Nach Erkenntnissen von amnesty international sind schon 70 Menschen an der Folter gestorben. Für ihren Tod gibt es Dokumente. Die Generäle haben selbst eingestanden, daß 370 Anklagen wegen Folter vorliegen. Verurteilt wurden bisher ausschließlich Polizisten. Doch bei den Folterungen tun sich vor allem die Militärs hervor. Von deren Opfern erfährt niemand etwas. Sie werden heimlich verscharrt.

Hinter diese Greuel kommen auch westeuropäische Parlamentarier-Delegationen nicht, die auf Stip-Visite in Ankara in den Luxushotels absteigen und sich bei den Militär-Machthabern diplomatisch-vornehm nach der Einhaltung der Menschenrechte erkundigen. Was sie dabei erfahren, lohnt die Reisespesen nicht. Selbst der FDP-Bundestagsabgeordneten Helga Schuchardt dämmerte nach einer Türkei-Visite, man habe den Parlamentariern aus Bonn wohl Mustergefängnisse vorgeführt. Krach geschlagen hat sie dennoch nicht.

So sei der nächsten Polit-Touristen-Truppe aus Bonn, die auf Steuerzahlerkosten an den Bosporus und nach Ankara reist, hiermit angeraten, sich in Ankara in die Polizeischule »Jusuf Kahraman« zu begeben, die neben dem Polizei-Präsidium liegt. In diesem Haus wird systematisch gefoltert, durch die Polizei, mit Duldung der Militärs. Verhaftete werden in zwei Stockwerken von Folterteams, die mit Elektro-Schocks arbeiten, befragt. Über den Daumen der rechten Hand oder den großen Zeh des rechten Fußes Wird Strom in den Körper der Verhafteten gejagt. Besonders »hartnäckige« Fälle werden mit auf den Rücken gebundenen Armen an diesen aufgehängt. Auch »umgedreht«, mit den Beinen nach oben, werden Häftlinge gefoltert.

Hätten sich Bonner Parlamentarier bei ihren Besuchen in der Türkei Mühe gegeben, sie hätten etwas in Erfahrung bringen können. Anderen gelang dies. So erklärte der Frankfurter Rechtsanwalt Jürgen Fischer, der als Prozeßbeobachter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) an einem Militärprozeß gegen 58 Lehrer und Funktionäre der türkischen Lehrervereinigung TÖB-DER teilgenommen hat: »Die Angeklagten sitzen mit geschorenen Köpfen dicht gedrängt in einem Block, durch Holzbarrieren getrennt von ihren Verteidigern. Sie haben keinerlei Möglichkeit, mit den Verteidigern während der Verhandlung - auch nicht in den Verhandlungspausen - zu sprechen... Von einem rechtsstaatlichen Verfahren kann keine Rede sein.«

Im Auswärtigen Amt zu Bonn ist man da anderer Meinung. Der Kieler Anwalt Thomas Jung, der Anfang September letzten Jahres mit zwei Rechtsanwälten aus Frankfurt und Darmstadt zu einer Prozeßbeobachtung in Diyarbakir war, erhielt vom Amt des FDP-Chefs Genscher die Auskunft, in der Türkei herrschten »rechtsstaatliche Zustände«, und man fügte hinzu, eine persönliche Gefährdung für die Beobachter-Delegation bestehe nicht. Um Hilfe bei den türkischen Behörden gebeten, verwies das AA auf seine Botschaft in Ankara. Und was man von der zu halten hat, machte Bonns Türkei-Botschafter Dr. Dirk Oncken in einem Telex klar: »Eine Prozeßbeobachtung der von ihnen beschriebenen Art ist grundsätzlich auf eigene Initiative und ohne Einschaltung amtlicher Stellen der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen. Deutsche Botschaft Ankara ist gehalten, nur auf Weisung des Auswärtigen Amtes tätig zu werden, die in solchen Fällen nicht erfolgt. Zu ihrer Information: Im Prinzip sind Strafverfahren in der Türkei öffentlich.«

Im Prinzip ist es eben so, daß Bonn kein Interesse daran hat, an die bundesdeutsche Öffentlichkeit dringen zu lassen, wie es hinten am Bosporus und noch weiter im Osten aussieht. Der Eindruck, den Thomas Jung und seine Kollegen mitbrachten, paßt denn auch nicht ins offizielle Bonner Bild. Sie schreiben: »Die Verteidigung von inhaftierten Angeklagten in Kurdistan wird generell dadurch behindert, daß ein schriftlicher Kontakt zwischen Anwalt und Mandant unmöglich ist. Zwar gibt es entsprechende gesetzliche Garantien, Schriftwechsel kommt jedoch äußerst selten an und wird dann offensichtlich gelesen. Dazu wird uns berichtet, daß in den kurdischen Gefängnissen Papier und Schreibzeug illegal sind und deren Besitz mit Hausstrafen geahndet wird. In Diyarbakir erhalten die Angeklagten in der Regel nicht einmal eine Anklageschrift.«

Aber nicht nur Verfahrenstechnisches haben die drei Rechtsanwälte aus der Bundesrepublik zu berichten. Sie haben ermittelt, daß kurdische Gefangene nicht Kurdisch sprechen dürfen. Besuche von Verwandten, die nur diese Sprache beherrschen, werden zur Qual. Besuche sind auf zwei bis drei Minuten in 14 Tagen begrenzt. Während des Besuchs erwähnte Namen werden notiert. Besucher werden geschlagen. Die Kleidung der Verhafteten wird aufgerissen, um versteckte Nachrichten zu suchen. Das Essen der Gefangenen wird nahezu täglich mit Seife versetzt. Seit dem Militärputsch finden besondere »Erziehungsmaßnahmen« statt. Es müssen die Werke des Türkei-Gründers Atatürk auswendig gelernt werden. Wer sein Pensum nicht kann, wird geschlagen. Gefangene werden im Sommer bei Temperaturen um 40 Grad nackt in den Gefängnishof getrieben und erleiden schwere Sonnenverbrennungen. Ein inhaftierter Rechtsanwalt wurde drei Monate in einer Zelle »mit Bad« gehalten. Das sind Latrinen, in denen sich hüfthoch Kot und Urin, sammeln. Stundenlang, und das bis zu drei Monate lang, mußten sich hier die Gefangenen aufhalten. »Rasiert« werden Gefangene dadurch, daß man ihre Bärte mit Rasierwasser übergießt und dann anzündet. Es wird auch von Gefangenen verlangt, binnen einer Stunde 1.000 Fliegen zu fangen, die dann anschließend aufgegessen werden müssen.

Das Land, aus dem diese Berichte stammen, ist - man muß das immer wieder sagen - NATO-Mitglied. Seine Militärdiktatoren sind an der Macht, weil sie von den anderen NATO-Ländern mit Militär- und Wirtschaftshilfen in Milliardenhöhe unterstützt werden. Voran von den USA und der Bundesrepublik. Allein Bonn hat in den letzten beiden Jahren 700 Millionen Mark in die Türkei gepumpt. Die offizielle Militärhilfe der USA für die Türkei betrug im letzten Jahr 400 Millionen Dollar. Im Dezember 81 forderte die Türkei erneut 900 Millionen Dollar.

Hinter diesem Geldstrom steckt System. Schon bisher betrugen der türkische Export-Erlös und die Summen, die türkische Arbeiter im Ausland nach Hause überwiesen, weniger als die Zins- und Tilgungsleistungen, die die Türkei für schon erhaltene Geldspritzen aus dem Westen zurückzahlen muß. Schon diese Kredite waren nur unter Auflagen der Kreditgeber erfolgt, die die Türkei politisch-militärisch entmündigen und wirtschaftlich ruinieren. So wurden Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) von einer Abwertung der türkischen Lira abhängig gemacht. Kredite wurden mit dem Wegfall von Importsteuern verbunden, welche die türkische Industrie vor Konkurrenz schützen sollte.

Daß ausgerechnet die Türkei in den »Genuß« dieser Hilfe kommt, liegt an ihrer geo-strategischen Position. Der östlichste NATO-Partner kontrolliert den Zugang der UdSSR zum Mittelmeer und schirmt - zusammen mit dem Iran - die arabischen Ölfelder gegen die UdSSR ab. Darüber hinaus hat die Reagan-Administration noch andere Pläne mit der Türkei. So meldete die türkische Zeitung »Dünya«, daß der US-Präsident die Türkei zum Stellvertreter des Westens im Nahen und Mittleren Osten aufbauen will. Geplant sei ein Pakt zwischen der Türkei, Jordanien, Pakistan und Saudi-Arabien, durch den die Freiheitsbewegungen in der Dritten Welt eingekreist und erdrückt werden können.

Westliche Technologie, türkische Arbeitskraft und saudisches Öl-Geld sollen eingesetzt werden, um enge Beziehungen zu den westlich orientierten islamischen Ländern aufzubauen. Waffen und technologisches Know-how aus den NATO-Ländern sollen es den türkischen Militärs ermöglichen, eine eigene Rüstungsindustrie aufzubauen, die - von den Saudis finanziert - an die Dritte Welt liefern soll. Schon wurde im März 1981 ein entsprechendes Kooperationsabkommen zwischen der Türkei und Bangladesh unterzeichnet. Ähnliche Abkommen sind - finanziert stets von den Saudis - mit Pakistan, Jordanien, Somalia und dem Irak abgeschlossen worden.

Schon jetzt ist die Türkei ein wichtiger Rüstungsexporteur. Und sie ist mehr: Ein Sprungbrett für die US- und NATO-Truppen. Die dem US-Verteidigungsministerium nahestehende Zeitschrift »The Armed Force Journal« berichtete im November 198 1, daß die »Schnelle Einsatzstreitmacht« der USA in der Türkei stationiert werden soll. Schon lange ist Incirlik einer der wichtigsten US-Stützpunkte im Ausland außer den Stützpunkten in der Bundesrepublik. Von Incirlik, in Südostanatolien bei der Stadt Adana gelegen, starteten die US-Truppen bei der Intervention im Libanon 1958. Der größte Teil des Materials zur Niederschlagung des Palästinenser-Aufstandes 1979 in Jordanien wurde von dort nach Amman geliefert. Atomlager und Abhöreinrichtungen der USA und der NATO liegen in der Türkei.

Auch . die Bundesrepublik mischt im Rüstungsgeschäft mit den Türken kräftig mit. Seit 1972 unterhalten die türkischen Streitkräfte beim Bundeswehrbeschaffungsamt in Koblenz einen eigenen Verbindungsstab für den Kontakt mit der bundesdeutschen Rüstungsindustrie. Allein für 1982 sind - neben zahlreichen anderen Aktionen - die Finanzierung für die Modernisierung von 200 Panzern vom Typ M-48 sowie die Lieferung von 77 Kampfpanzern »Leopard« vorgesehen. Engagiert ist westdeutsches Kapital auch beim Aufbau der türkischen Rüstungsindustrie. Dazu zählen der Bau einer Fabrik für automatische Handfeuerwaffen und eine Fabrikationsanlage für Panzerabwehrraketen des TYPS COBRA.

Und nach dem Motto, daß man dem Ochsen, der da drischt, nicht das Maul verbinden soll, haben die westlichen Investoren ihre Statthalter am Bosporus, die Generäle, am Geschäft beteiligt. Schon nach dem Maiputsch von 1960 gründeten die Offiziere mit US-Hilfe einen Unterstützungsfond für die Armee, OYAK. Inzwischen ist OYAK die zweitgrößte Holdinggesellschaft der Türkei geworden. Ihr Kapital erhielt OYAK durch »freiwillige« Spenden großer türkischer Unternehmen - so spendete die Großbank Türkiye Is-Bankasi 1981 allein 30 Millionen türkische Lira, das sind 1,8 Millionen Mark, und der Besitzer der Waschmittelfabrik Mintax 15 Millionen Lira - durch »Sammlungen« in Fabriken, Stadtvierteln und auch ausländischen Konsulaten und schließlich schlicht durch Erpressung. Dermaßen ökonomisch interessiert und zum Kapitalisten avanciert waren die Militärs sehr rege dabei, als es darum ging, das Wirtschaftssystem zu erhalten, von dem sie am meisten profitierten. So war der Grund, warum am 12. September 1980 die Militärs in der Türkei die Macht übernahmen, weniger der angebliche Terrorismus als vielmehr die Angst vor einem Streik von Hunderttausenden von türkischen Arbeitern.

Dem Aufstand der Arbeiter kam der Militärputsch zuvor. Mit den Parteien wurde am 12. September 1980 auch die linke Gewerkschaftsföderation DISK verboten. Ihre Mitglieder wurden, soweit man ihrer habhaft wurde, verhaftet. 52 Vorstandsmitglieder von DISK wurden von der Junta zum Tode verurteilt.

Die Löhne in der Türkei setzen inzwischen die Militärs fest. Sie sind so niedrig, daß nicht einmal die Inflation von immer noch 40 Prozent im letzten Jahr auch nur annähernd ausgeglichen wird.

Damit folgen die Militärs Auflagen des Internationalen Währungsfonds, der seine Kredite mit Auflagen versah: Lohnstopp, Eindämmung der staatlichen Ausgaben, Reprivatisierung staatlicher Betriebe und freien Zugang für westliches Kapital in die Türkei. Das konnte nur gegen den Willen der Arbeiter und Gewerkschafter vollzogen werden. Ein Bonner Vertreter bei der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, sprach dazu vor der SPD-eigenen Friedrich-Ebert-Stiftung: »Ein Glücksfall, daß die Militärs geputscht hatten.« Da ist selbst die - zensierte - türkische Presse noch ehrlicher. Im Februar 1981 kommentierte die türkische Zeitung »Cumhuriyet«: »Mit den Beschlüssen des Internationalen Währungsfonds wurde die Bevölkerung bewußt verarmt. Diese Verarmung wird die Wirtschaft sanieren.«

Sanieren will sich auch das westliche Kapital. Am 8. September 1981 meldete die »Financial Times«, daß das staatliche türkische Bank- und Bergbauunternehmen ETI-Bankasi sich mit ausländischen und türkischen Privatunternehmen zusammenschließen will, um in der Türkei Erze zu schürfen und zu verarbeiten. Das Blatt kommentierte: »Da ausländische Kapitalgeber bislang keinen Zugang zum Bergbausektor hatten, wäre dies eine einschneidende Neuerung für die Türkei.«

Einschneidend in der Tat: in die Interessen der Türken. Aber konsequent nach einer Vorgabe, die US-Außenminister Haig bereits im November 1980, kurz nach Reagans Wahl, getan hat: »1981 und die folgenden Jahre sind militärische Auseinandersetzungen um Mineralien.« In der Türkei geht es dabei einmal nicht um Öl, sondern um die reichsten Borax-Vorkommen der Welt, ein Rohstoff, den die Kriegsindustrie besonders braucht.

Um dieses Geschäft machen zu können, muß nach Meinung des Westens die Militärjunta in Ankara an der Macht bleiben. Und sie rechtfertigt sich damit, daß sie »Terroristen« zu bekämpfen hat. Nach offiziell-türkischen Definitionen sind das nicht nur die vor dem Putsch in der Tat aktiven linken Splittergruppen und rechten »Grauen Wölfe«, sondern auch die

allein wegen ihrer Sprache und anderen Kultur als »Separatisten« (und damit Konspirateure mit der UdSSR) diffamierten Kurden. Da der jahrhundertelange Freiheitskampf der Kurden nicht über Nacht zu Ende gehen wird, haben die Militärs in Ankara immer einen Vorwand, die Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie zu verhindern. Daran werden sie auch nicht gehindert, wenn die EG ihre Finanzhilfe an die Türkei nicht erneuert, dann kommt das Geld eben woanders her.

Reagan und Schmidt werden es schon richten. Sie haben es ja auch bisher getan.

Konkret 04/82, S. 42

Holger Behm

Ohne Chancen in Deutschland

Die Deutschen igeln sich ein. Ausländer sind nicht mehr erwünscht. Provokationen und Gewaltakte gegen türkische Gastarbeiter nehmen zu. Die deutschen Kollegen fürchten um ihre Arbeitsplätze. Die Atmosphäre ist vergiftet. Ein Bericht ans Berlin

Neulich hat der Berliner Arno Dachmann an unseren Herrn Bundeskanzler geschrieben. Er hat ihn daran erinnert, daß er seinen Amtseid »zum Wohle des deutschen Volkes« abgelegt hat. Denn eben dieses hält Arno Dachmann für bedroht: »Ich sehe es als ein Verbrechen an, daß soviel Ausländer hier sind.«

Arno Dachmann, 43 Jahre alt, Malergeselle, ist zur Zeit arbeitslos. Und da hat er viel Zeit zum Nachdenken. Manchmal schreibt er auch Gedichte. Dieses zum Beispiel hat er dem türkischen Schriftsteller und Rundfunk-Mitarbeiter Aias Ören geschickt:

Deutscher Wille!

Deutscher Wille versetzt Berge, erfüllt türkisches Sehnen,

nach Wasser so klar,

nach Luft so rein,

sie werden bald zuhause sein. Kommen sie dort an,

fängt das Spießrutenlaufen an, Landsleute kennen keine Harmonie,

wenn einer viel mitbringt aus Germanie.

Aras, ich sag dir, ziehe keine tiefen Gräben hier.

Was du nicht hast im eignen Land,

das weise hier nicht von der Hand.

Hebe niemals mahnend einen Finger,

du kennst in deinem Land ganz andere Dinger.

Sei zufrieden und halts Maul,

in Deutschland gibt es keinen geschenkten Gaul.

Ist Arno Dachmann ein Nazi? Nein, jedenfalls sieht er selbst sich ganz und gar nicht so. Schließlich hat er immer SPD gewählt. Und »es ist nicht so, wenn sich ein Ausländer ordentlich benimmt, daß ich dem sage: 'Du altes Türkenschwein.' Das ist nicht drin, er ist ein Mensch wie jeder andere auch.«

Aber trotzdem geschieht es, daß ihm ein Wort wie »Endlösung« einfällt, wenn er über die Ausländer bei uns redet. »Ich kann mir keine praktikable Endlösung vorstellen.« Er sagt: »Wenn Deutsche keine Arbeit mehr finden, dann halte ich es für richtig, daß die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückzugehen haben. Ich will sie nicht deportieren, aber mein Hemd ist mir näher als meine Hose.«

Arno Dachmann, ein Tierfreund, ein Fußballfan und ein Schachliebhaber, schreibt dem Türken Aras Ören: »Vielleicht sind bei der Bundesbahn die Waggons schon bestellt ... « Was ihn so ärgert, das ist »die Ohnmachtssituation, in der wir uns befinden«, der »Unverstand der Parteien«, und damit meint er: aller Parteien. »Wenn jetzt die CDU so tut, als würde sie etwas gegen die Ausländerschwemme tun, dann ist das doch ein Trick. Die wollen doch nur an die Regierung, und hinter denen steht das Kapital.« Denn »daß soviele Ausländer in die Bundesrepublik kamen, da sind die Großunternehmer dran schuld. Die haben sie als billige Arbeitskräfte reingeholt, haben ihren Reibach gemacht, auf Kosten unser aller Buckel. Die Großunternehmer haben sich eine goldene Nase verdient, wohnen aber in Villenvierteln, wo kein Ausländer hinkommt. Wir kleinen Leute müssen uns tagtäglich mit den Ausländer-Ghettos auseinandersetzen.«

Deshalb will Arno Dachmann keine der etablierten Parteien mehr wählen. »Für mich«, sagt er, »würde eine Partei wieder wählbar werden, wenn sie sich weder vom Ami Hörner aufsetzen läßt noch vom Russen oder unseren Deutschen in der DDR. Es müßte eine national gesinnte Partei sein, denn ich möchte als Deutscher wieder auf mich und meine Heimat stolz sein.«

»Hätten wir nicht so viele ausländische Arbeiter, wären eine ganze Menge mehr Wohnungen und Arbeitsplätze frei.« Das sagt Eckhard Tölle, 39 Jahre, arbeitslos. Eckhard Tölle ist Mitglied der Berliner Alternativen Liste, also »ganz bestimmt kein Faschist, eher das Gegenteil«.

Eckhard Tölle bezeichnet sich selbst als gutmütig, und weil das so ist, fühlt er sich von den Ausländern »verarscht«. »Ich habe auf dem Bau mit einem Türken gearbeitet, habe doppelt soviel gearbeitet wie der, und dann höre ich, daß der sagt: die Deutschen sind doof, die machen ja für mich die Arbeit mit. Ich bin mit allen Arbeitern auf der Welt solidarisch, aber das ging zu weit.« Denn »die Ausländer wurden doch als Lohnbrecher reingeholt, und das ist Wem deutschen Arbeiter bewußt. Und jetzt sollen wir, die Arbeiter, die ganzen Lasten tragen. Wir sind ein Volk, ein deutsches Volk. In unserem Land gibt es reiche und arme, böse und gute Menschen. Wir haben soviel deutsche Schweine, die ihren Mitmenschen das Leben schwer machen, daß wir keine ausländischen Schweine brauchen.«

Auch Eckhard Tölle hat ein Gedicht geschrieben:

Lummer ist ein guter Mann, nimmt sich jetzt der Türken an:

Geld nehmt ihr von uns in Massen,

beschimpft uns und tut uns hassen!

Ihr wollt unsere Frauen befummeln, beglücken,

tun wir's mit Iner Türkin, krieg'n wir'n Messer in Rücken.

Eure Frechheit bringt mich noch um den Verstand,

Haut endlich ab,

verläßt unser Land!

Die Anständigen sollen bei uns bleiben,

aber die Aggressiven und Grauen Wölfe vertreiben.

Politisch fühlt sich Eckhard Tölle von der Alternativen Liste gut vertreten. Nur in der Ausländerfrage wurmt es ihn, »daß die für jede Sache, und sei der Ausländer noch so schlecht, wieder eine Ausrede finden«. Denn »gute Ausländer«, sagt er, gegen die hat er nichts einzuwenden. Nur »müßte man denen klar machen, daß sie hier Gäste sind und uns nicht einfach ihre Kultur überstülpen können«.

Zwei Berliner Bürger, zwei Deutsche, befragt im Februar 1982. Sie stehen für viele, die ihre latente Ausländerfeindlichkeit nie überwunden haben. Doch in letzter Zeit sagen sie wieder laut, was sie schon immer heimlich gedacht haben: Sie fühlen sich im Recht.

Ende Dezember 1981 waren in Berlin über 61. 000 Männer und Frauen ohne Arbeit, das sind 7,7 Prozent der Bevölkerung. Ende Januar stieg die Zahl auf 70.000 an. In Berlin leben derzeit 238.000 Ausländer, das sind zwölf Prozent der Bevölkerung. Arbeitslosenquote: Zwölf Prozent.

Harte Zeiten also für Deutsche wie Ausländer. Doch die bekamen den Ernst der Lage auf besonders drastische Weise zu spüren: Plaziert zwischen eine »Bekanntmachung über die Zulassung von Milcherhitzern« und den »Betrieb einer Schmelzanlage für Nichteisenmetalle« veröffentlichte die Berliner CDU-Regierung einen »Ausländer-Erlaß«, der eindeutig klarmachte, daß »Fremde« hierzulande nicht mehr erwünscht sind.

In dem nach Berlins berüchtigtem Innensenator benannten »Lummer-Erlaß« verhängten die regierenden Christdemokraten eine Zuzugssperre für Familienangehörige und die Ausweisung volljähriger Jugendlicher: Familienangehörige dürfen nur noch nach Berlin geholt werden, wenn der Familienstand einen gesicherten »Familienunterhalt« und eine »angemessene Wohnung« nachweisen kann.

»Tausende von Ausländern müssen Berlin verlassen! « jubelte Springers BZ einen Tag nach Verkündigung des Erlasses. Zur gleichen Zeit, als die BZ auf ihren Maschinen diese Schlagzeilen ausdruckt, sitzt in Alt Moabit Aidin Akin, ein Türke, an der Schreibmaschine und verfaßt einen Offenen Brief an einen deutschen Freund, den er »Walter« nennt.

»Ich bin unsicher, lieber Walter! Nach allem, was in diesem Lande zur Zeit passiert, bin ich unsicher, sogar ein bißchen enttäuscht, denn in den 60igern, als wir beide an der Uni waren, warst Du ganz anders... Ich erinnere mich ganz genau, wie Du bei Verletzung von Grundrechten, zum Beispiel 'Menschenwürde' ' 'Gleichheit vordem Gesetz', 'Meinungsfreiheit', 'Ehe und Familie' empfindlich warst, und wie Du auf der Seite der Ausländer gestanden und gekämpft hast.

Kannst Du Dich erinnern, es war wieder einmal am Ende der lebhaften Diskussionen an der Uni über die 'Familienzusammenführung', bei denen Du sehr viel Beifall bekommen hattest. Erinnerst Du Dich an den grauhaarigen Landsmann von mir, der zum Schluß zu uns kam und sagte: 'Heute seid ihr unsere Freunde! Wenn ihr aber die Verantwortung übernehmt, erkennt man euch überhaupt nicht mehr! Dann seid ihr unser Feind Nr. 1!' Dann ging er weg, ohne unsere Antwort abzuwarten.

Es sind Jahre vergangen, und Du hast nach bestem Wissen und Gewissen die Verantwortung übernommen, Wo Du jetzt das Wort hast, erinnere ich mich an das, was mein Landsmann uns sagte. Es scheint so, daß er doch recht gehabt hat. Es sind über 20 Jahre vergangen, und immer noch beschäftigen uns die gleichen Probleme.

Aber Dich, lieber Walter, erkenne ich heute nicht mehr.

Man will unsere Kinder von uns trennen, ausweisen. Du schweigst!

Man verbietet unseren Kindern, in der Heimat zu heiraten. Du schweigst!

Nicht nur ich, sondern auch unsere deutschen Freunde sagen öffentlich, daß Deine Entscheidungen über Ausländer ein Verstoß gegen das Grundgesetz sind. Du schweigst!

Nicht ich, sondern auch unsere deutschen Freunde sagen öffentlich, daß Du die Menschenrechte nicht achtest. Du schweigst immer noch!

Was ist mit Dir los?«

Aydin Akin denkt nach über die unterschiedliche Kultur und beschreibt seine Furcht, immer mehr isoliert zu werden. Er sieht, daß die erste Ausländer-Generation es nicht geschafft hat, das nötige Vertrauen hier in Deutschland zu entwickeln, sieht, daß sich auch die zweite Generation abzuwenden beginnt. Er schließt:

»Jetzt, wo ich meinen Brief zu Ende bringen will, kommt meine Tochter, die Du `Eva' nennst, ins Zimmer. Sie begrüßt mich kurz und stellt sich sofort vor den Spiegel und fängt an sich zu schminken. Du kennst sie als Kind und magst sie sehr gerne. Sie wird jetzt bald 17 Jahre alt. Nach dem Tode meiner Mutter mußten wir sie nach Deutschland holen, da sie aber in der Heimat die Deutsche Schule besucht hat, hat sie hier in der Schule keine Schwierigkeiten. Ihre Ausbildung endet im nächsten Jahr.

Sie laßt Dich grüßen und fügt hinzu: 'Schreibe dem Onkel Walter, daß ich vor der Ausweisung keine Angst habe; wir haben dieses Problem in der Schule diskutiert und sind zu dem Entschluß gekommen, daß wir alle in den Untergrund gehen. Wir glauben nicht, daß Onkel Walter soviel Polizisten hat, wie wir Jugendliche-sind.'«

Vom Bahnhof Zoo fährt eine U-Bahnlinie Richtung Kreuzberg im Volksmund der»Türken-express«. Neben mir sitzt eine etwas alkoholisierte Mittvierzigerin mit dem Flachmann in der Hand. Uns gegenüber eine Türkin auf der Fahrt von der Arbeit nach Hause. Mit stierem Blick mustert meine Nachbarin unser Gegenüber. Plötzlich entlädt sie sich in einem Schwall von Beschimpfungen. »Haut endlich ab, und kehrt dahin zurück, wo ihr hergekommen seid..., wir werden es euch jetzt eh zeigen«, lallt sie ihr Gegenüber an und fuchtelt triumphierend mit der Flasche in der Luft herum. Die Türkin versucht ihr zu widersprechen, doch kommt sie nicht gegen die aufgebrachte Deutsche an. Schließlich steht die Ausländerin auf, geht wortlos zur Waggontür, bleibt dort - den Rücken uns zugekehrt - stehen. Meine Nachbarin versinkt wieder in Melancholie, brabbelt noch halblaut vor sich hin. Keiner ergreift Partei, mischt sich ein. Eher lästig berührt verziehen die Fahrgäste sich hinter ihren Zeitungen.

Solche kleinen, eher nebensächlich anmutenden Alltäglichkeiten machen es den Ausländern immer schwieriger, hier zu leben: Die Sticheleien in der U-Bahn oder beim Bäcker die schon häufiger werdenden bösen Blicke auf der Straße, der rüde Ton in den Ämtern.

Fatima Zeyrek, 16 Jahre, seit 1972 in West-Berlin, ist Schülerin einer Einrichtung des Senats zur beruflichen und sozialen Eingliederung von jungen Ausländern - kurz MBSE. Ihre Mutter fand 1969 eine Anstellung als Krankenhelferin in einem Altenpflegeheim. Ehemann Mehmet folgte ihr ein Jahr später. 1972 konnten sie ihre beiden Kinder, Fatima und die heute 21jährige Sakine, nachholen. Inzwischen zählt Familie Zeyrek sechs Personen; Engin (11 Jahre) und Cengiz (13 Jahre) kamen in West-Berlin auf die Welt. Vater Mehmet erinnert sich: »Bis so 1974 hatte ich ein gutes Verhältnis zu Deutschen, es war sehr kollegial, sehr gut.« Fatima heute: »Wenn man in einer Schlange im Kaufhaus steht, dann drängeln sich öfter Deutsche vor. Wenn man dann fragt, was das soll, dann bekommt man die Antwort, Du bist doch jung, Du bist doch Ausländer, Du kannst doch warten.« Sakine- »Ich bin solche Sachen gewöhnt. Besonders schlimm ist es bei Behörden. Ich ging sehr früh zum Arbeitsamt, war als erste dort. Die Leute wurden dann aufgerufen, aber ich kam und kam nicht dran. Schließlich erkundigte ich mich, was dies denn solle. Die Antwort war: 'Diese Ausländer.... die können nichts, aber eine große Schnauze haben sie.'«

Fatima und Sakine gehören schon zur zweiten Generation von Ausländern in der Bundesrepublik. Ihre Bindungen zur Türkei sind zwar noch vorhanden, aber der Faden ist sehr dünn. Sie haben mit Deutschen zusammen die Volksschule besucht, und Fatimas Berliner Schnauze ist unüberhörbar. Am Telefon kann man ihre Herkunft nicht erraten. Fatima: » Ich suchte mit Sakine zusammen eine Arbeit. Doch oft steht in den Annoncen 'Ausländer unerwünscht'. Blieb uns also der Rest. Ich rief an, erkundigte mich und wurde bestellt. Als Sakine und ich vorsprachen, war dann die Reaktion: Ach, Sie haben angerufen, wir dachten, Sie seien Deutsche - an Ausländer vergeben wir keine Stelle.«

Diese Ablehnung trifft inzwischen ausnahmslos alle fremdländischen Gruppen. Die Atmosphäre ist vergiftet. Ob Italiener oder Spanier, Griechen oder Portugiesen, Deutschland beginnt sich wieder einzuigeln. Doch gibt es fein säuberlich getrennt nach Herkunftsländern auch hier schon Klassenunterschiede.

Fatima: »Ich war mit meinem Vater bei einer Hausverwaltung und ging zuerst rein.

Die Frau sagte; Du siehst zwar aus wie eine Ausländerin, aber Du bist doch keine?

Ich: Doch, ich bin eine.

Sie: Aber Du bist doch keine Türkin, Du sprichst doch so gut Deutsch!

Ich: Doch, ich bin Türkin.

Sie: Ich habe Dich eher für eine Italienerin oder Spanierin gehalten.

Ich: Was soll das heißen?

Sie: Naja, die Leute in der EG... und brach ab.

Da wußte ich, was sie gemeint hatte. Staatsbürger der EG werden besser angesehen als wir.«

Im Gegensatz zu ihren Eltern versuchen sich die jüngeren Ausländer gegen diese Behandlung zu wehren. Sie setzen sich zusammen und beratschlagen gemeinsame Aktionen: Informationsveranstaltungen, Stadtteilarbeit, Demonstrationen. Auch Fatima engagiert sich politisch. Mit Mitschülern arbeitet sie gegen den Ausländerhaß. Frust und Demütigung haben bei ihr aber noch eine eigene Variante der Gegenwehr entwickelt. Fatima: »Ich versuche jetzt eigentlich, alles zu vermeiden, was mich in eine erniedrigende Situation bringt. ich rufe jetzt immer an oder erledige vieles schriftlich. Wenn man nicht irgendwelchen schwachsinnigen Ärger haben will, dann geht das nur so. Oder man muß so ein Deutsch drauf haben, daß man sein Gegenüber platt machen kann. Oder halt mit Fremdwörtern auf sie losgeht und so fertig macht. Weil sie dann das Gefühl haben, die kann ja besser Deutsch als ich, und dann schweigen.«

Mutter Hesse ist 89 Jahre alt und wohnt in Kreuzberg mit vier türkischen und drei deutschen Familien unter einem Dach. Die alte Dame, die fast ihr ganzes Leben hier verbracht hat, ist der Beweis, daß es doch geht, das Miteinander, trotz der vielberedeten unterschiedlichen Kultur...

Nach der Schule, wenn die Eltern noch arbeiten, kommen die Türkenkinder aus dem Haus zu Mutter Hesse, drängeln sich zu acht oder zehnt in der kleinen Wohnung. Wenn sie Freunde mitbringen, dann läßt Mutter Hesse sich auf einem Webteppich mit der Landkarte der Türkei - Geschenk dankbarer Eltern - zeigen, wo die »Neuen« herkommen.

In der letzten Zeit kommen kaum noch »Neue«. Und die Stimmung wird immer gedrückter. Mutter Hesse macht sich Sorgen. Denn sie ist noch vital genug, um vierzig Jahre zurückzudenken: »Wir hatten nebenan eine alte Jüdin, die war Löwenbändigerin im Zirkus gewesen. Die wurde 1942 eines Morgens gegen sechs von der Gestapo abgeholt. Ich hatte der alten Frau vorher immer was zu essen gegeben, weil in den Vierzigern, da bekamen die Juden ja nichts mehr. Da sind die am Tag drauf bei mir gewesen und sagten, wenn ich Juden nochmals was zu essen geben würde, bekäme ich den Judenstern, weil ich halt mit ihr gehalten habe. Und dies heute fing damals genauso an.«

Konkret 04/82, S. 50

Winfried Wolf

Dossierter Rassismus

Über drei Generationen Gastarbeiter

Das Gütezeichen lautet: Made in Germany (West). Und nicht: Made by (West-)Germany. Tatsächlich: es waren ausländische, nicht westdeutsche Arbeitskräfte, die dem BRD-Imperialismus seinen schillernden Glanz verliehen, die den Teilstaat an die Weltmarktspitze malochten.

In drei Wellen importierte das bundesdeutsche Kapital fein unterschiedenes Menschenmaterial in die freiheit1ich-demokratische Grund- und Produktionsordnung. In den ersten fünf Jahren, die dann als »Wiederauferstanden aus Ruinen« gefeiert wurden, waren es insgesamt 8 Millionen Zugänge aus dem Osten. Damit stand einerseits ausreichend Brennstoff zur Verfügung, um immer neue Profit-Schlote in Betrieb zu nehmen, andererseits war garantiert, daß die Arbeitslosigkeit im deutschen Weststaat bis 1957 bei über einer Million und die Lohnkosten noch 1960 bei einem Drittel des US-Niveaus lagen. Ein gern gesehener Nebeneffekt: die DDR verlor - insbesondere qualifizierte - Arbeitskraft.

13. August 1961 - der Osten sieht rot (und im Westen ein weiteres Mal schlecht aus)-. mit dem Mauerbau versiegt der Zustrom neuer Arbeitskräfte. Doch nun wird eine neue Schleuse geöffnet. In einer *zweiten Welle,* 1961-67, wird eine Million »Gastarbeiter« vom BRD-Kapital gelockt. Das Hauptkontingent stellen die Italiener. Aus der Rezession 1966/67 lernen die Unternehmer, daß sie Schleusen brauchen, die nicht bloß einen Zu-, sondern auch einen Abfluß des Menschenmaterials möglich machen; denn die EG-Verträge garantieren, zumindest auf dem Papier, die volle Freizügigkeit, was einer »Rückführung« insbesondere der italienischen Gastarbeiter im Wege steht. Die *dritte Welle,* die Ende der 60er Jahre einsetzt und die Gastarbeiterzahl auf zwei Millionen verdoppelt, trägt dem Rechnung: 600.000 werden aus der Türkei geholt. (Pikante Abmachungen wie die Pacht von 6.000 Südkoreanern direkt durch einzelne Ruhrzechen illustrieren die Rolle, die das bundesdeutsche Kapital den ausländischen Arbeitern zugedacht hat.) Die Krise 1974/75 war ein erster Test der neuen Beweglichkeit; immerhin gelang es kurzfristig, eine halbe Million Arbeitskräfte aus dem Land (und der Arbeitslosenstatistik) zu drücken: hopp und ex.

Auf den Glanz des Booms folgt nun das Elend der Krise - besonders für die ausländischen Mohren, die ihre Schuldigkeit getan haben. Allerdings - Ausländer ist nicht gleich Ausländer. »Ostflüchtlinge« hatten noch einen BRD-Reisepaß und »Eingliederungshilfe« bekommen, EG-Gastarbeiter wurden von den Römischen Verträgen wenigstens teilweise geschützt, die anderen aber, vor allem die Türken, blieben rechtlos. Nicht daß sofort die Schleusen für die Rückführung geöffnet wurden - immerhin stieg die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte 1978-1980 nochmals auf den Stand von 1974, trotz fortdauernder Arbeitslosigkeit von einer Million. Geöffnet wurden vielmehr die *Schleusen des Rassismus.*

Und es ist nicht in erster Linie die deutsche Volksseele, die die Sau rausläßt. Hinter den Graffiti auf Toilettenwänden, den Steinen in Türken-Schaufenstern, den Brandanschlägen auf Vietnamesen-Heime steckten beamtete Drahtzieher: Wer schuf denn im vergangenen Jahrzehnt die Türken-Ghetos, die jede soziale Integration verhinderten? Wer ist für die Schulpolitik verantwortlich, die die sprachliche Integration ausländischer Kinder boykottierte? Wer akzeptierte, daß in der BRD 1967-74 griechische Obristen das griechisch-sprachige Lehrerpersonal siebten und türkische Koranschulen zur Domäne der Grauen Wölfe wurden? Wer ist für das Gesetz verantwortlich, das Asylbewerbern zunächst für ein, jetzt für zwei Jahre die Arbeitsaufnahme verbietet und so den »Faulenzer«Vorwurf wie den Ruf nach Arbeitslagern provoziert? Wer diktierte in den Verfassungsschutzbericht 1980 den Satz, die Türken besäßen einen »heftigen, schwer disziplinierbaren Volkscharakter«? Wer unterzeichnete Urteile »im Namen des Volkes«, die Vermietern die Ablehnung ausländischer Mietsuchender wegen »Gefahr der Überfremdung« gestatteten?

Das ist die politische Ökonomie der Beschäftigung von Ausländern: Erst karrt man Millionen Menschen an westdeutsche Maschinen und Mülltonnen, dann überflutet man deren Heimatländer mit den billigeren Waren, die diese »Gastarbeiter« produziert haben, und verhindert dadurch dort den Aufbau einer eigenen Industrie mit eigenen Arbeitsplätzen. Wenn aber die bundesdeutsche Industrie schließlich soweit ist, die Tonios und Achmeds durch noch billigere Chips und Roboter ersetzen zu können, trennt man die »Gäste« mit dosiertem Rassismus von ihren deutschen Kollegen und schiebt sie nach Bedarf in ihre Heimatländer ab. Dort treiben die Heimkehrer die sozialen Spannungen zur Explosion: der Rücktransport führt zu noch mehr Arbeitslosigkeit, das Ausbleiben der »Gastarbeiter«-Devisen treibt das Zahlungsbilanz-Defizit in die, Höhe.

Doch auch hier ist Abhilfe möglich: die Errichtung einer Diktatur in der Türkei weist den Weg. Die Tatsache, daß die Bundesregierung dieses Regime mit über einer Milliarde Mark finanziert, ist ein Indiz dafür, daß die politische Ökonomie der Beschäftigung von Ausländern auch in Bonn begriffen wird.

Nach Art des Kapitals.

Konkret 04/82, S. 52

Jürgen Saupe, Bill Cooney

Strahlendes Harrisburg

Drei Jahre nach dem Unglück von Three Mile Island blüht der Nuklear-Tourismus. Damit auch das Atomstrom-Geschäft wieder floriert, soll jetzt ein Reaktor-Block repariert werden

Vor genau drei Jahren flohen 144 000 Menschen aus der Umgebung von Harrisburg, als das Atomkraftwerk Three Mile Island (TMI) außer Kontrolle geriet. Millionen Liter radioaktives Wasser flossen aus dein Reaktor, verseuchten die Kraftwerksgebäude und vergifteten mit Gamma- und Betastrahlen, Strontium 90 und radioaktivem Jod die Atmosphäre 30 Kilometer und mehr im Umkreis. Hausund Wildtiere verendeten.

Im Jahr danach stieg die Säuglingssterblichkeit in der Umgebung auf das Sechsfache. Wieviel Menschen durch die Atomkatastrophe an Krebs und Leukämie gestorben sind und noch sterben werden, weiß niemand. Offiziell will das in den USA auch niemand wissen. Denn jetzt soll - Business first - für eine Milliarde Dollar TMI-II »gesäubert« werden. Um das Geld zu erwirtschaften, soll der nach dem Desaster abgeschaltete Reaktor in Block 1 wieder Strom produzieren. Längst schon ist der Atom-Unfall selbst ein Geschäft. T-Shirts mit der TMI-Silbouette und radioaktive Luft in Blechdosen sind ein Verkaufs-Hit. Wie es zu dem Unglück kommen konnte, interessiert auch in Bonn nicht mehr. Deshalb dieser Bericht:

Zwei defekte Wasserpumpen, ein klemmendes Ventil, eine übersehene Reparaturvorschrift und überforderte Techniker - das Zusammentreffen dieser vier Faktoren hat zur bisher größten Katastrophe bei der sogenannten friedlichen Nutzung der Kernenergie geführt. Das Desaster vom 28. März 1979 um genau 4 Uhr und 37 Sekunden Ostküstenzeit der USA in Block II des Atomkraftwerks Three Mile Island (TMI) hat Harrisburg, die knapp 70 000 Einwohner zählende Hauptstadt des US-Bundesstaates Pennsylvania, weltweit in die Schlagzeilen gebracht. Ein Atomreaktor war außer Kontrolle geraten, Radioaktivität war unkontrolliert ausgetreten, im Atomkraftwerk wurde der Notstand ausgerufen, Kinder und schwangere Frauen wurden evakuiert.

Wie immer bei Katastrophen - ob Flugzeugabsturz oder Hochwasser, Bombenattentat oder eben Atomunfall - das öffentliche Szenarium ist gleich. Krisenstäbe werden gebildet; Politiker sondern mit besorgter Miene Bedeutendes ab - anklagend die Opposition, beschwichtigend die Regierung; die wirtschaftlich Betroffenen schnorren Mitgefühl und Geld, und die Bevölkerung wird von allen Interessierten mit Hilfe von Fernsehen, Rundfunk und Presse darauf vergattert, daß Ruhe die erste Bürgerpflicht ist.

Nicht anders war es am und nach dem 28. März vor nun drei Jahren. 37 Minuten, nachdem mit den zwei defekten Wasserpumpen die Katastrophe anfing, begann die Freisetzung von Radioaktivität aus Block II des KKW Three Mile Island - und sie hat bis heute nicht aufgehört. Erst drei Stunden später wurde die Bevölkerung -einige hunderttausend Menschen im Umkreis von 20 Kilometern - durch Zufall informiert: Ein Rundfunkreporter hatte den Polizeifunk mitgehört. Und während hochradioaktive Gase die Umwelt vergifteten, erklärt ein Sprecher der Metropolitan Edison, der Betreiberin des Atomkraftwerks: »Außerhalb des Werksgeländes ist keine Strahlung aufgetreten, wir erwarten auch keine.« Während der Sprecher die Öffentlichkeit belügt, sind längst das Lagezentrum des Weißen Hauses und US-Präsident Jimmy Carter von der NRC (Nuclear Regulatory Commission - der US-Kernenergiebehörde informiert, wenn auch kaum mit der ganzen Wahrheit. Denn diese war auch in Three Mile Island (TMI) nicht bekannt. Zwei Stunden und 18 Minuten dauerte es, bis die Techniker merkten, daß ein Abblaseventil im radioaktiven Primärkreislauf sich nicht wieder geschlossen hatte. Die Konsequenz: Die Kernbrennstäbe sind ohne Kühlung; Zirkonium-Hüllrohre, welche die Urantabletten umgeben, verbrennen. Das heißt, man kann den Kernreaktor nicht mehr beliebig abstellen. Hätte die lange Leitung der Techniker im Kontrollzentrum von TMI 11 - so weiß man heute - noch zwischen 20 und 60 Minuten länger gedauert, das Atomkraftwerk hätte ein »Melt down« erlebt, den im Umkreis von wohl 1500 Kilometern kaum jemand überlebt hätte.

»Melt down«, das Zusammenschmelzen des Reaktorkerns hätte zu einer unkontrollierbaren und durch keine Technik dämmbaren Kernreaktion geführt und riesige Mengen Strontium 90 freigesetzt. Daß diese vor drei Jahren nur knapp vermiedene Situation, in der die Millionenstädte New York, Baltimore und Washington an der US-Ostküste in höchster Gefahr waren, überhaupt bekannt wurde, ist nicht der Auskunftsfreude der Behörden oder der Betreiber von Atomkraftwerken zu danken, sondern vorwiegend privaten Initiativen von Bürgern aus den ganzen USA. Sie haben Zeit, Geld und ihre Gesundheit eingesetzt, um rund um TMI zu recherchieren und zu messen, was vor drei Jahren wirklich passierte und wieviel Radioaktivität von damals bis heute aus TMI II in die Umwelt abgelassen wurde.

Was offizielle Untersuchungskommissionen in den USA zu Tage förderten, war längst schon von der Atomlobby gefiltert, die in allen Gremien ihre Vertreter hatte und zudem im US-Senat ihren Einfluß geltend machte. Dort finden sich natürlich nicht Untersuchungsergebnisse, wie sie Robert Del Tredici in seinem jetzt auch in Deutschland (bei »2001«) erscheinenden Buch »The People of Three Mile Island« veröffentlicht.

Die schon unmittelbar nach dem Atom-Debakel praktizierte Strategie der Atomkraftwerk-Betreiber lautete: Alles halb so schlimm, es ist nichts Besonderes passiert. Ein paar technische Pannen und im übrigen »menschliches Versagen«. So wurde

die Teil-Evakuierung der Bevölkerung um das Atomkraftwerk abgeblasen, Nachrichten wurden unterschlagen, und sogar der damalige Präsident Carter mußte herhalten, um zu demonstrieren, wie harmlos die Sache sei. Zehn Minuten sind Jimmy und Rosalynn Carter am Sonntag, vier Tage nach dem Atom-Unfall, im Kontroll-Raum von Block 11. Carter verkündet, »der Reaktor ist stabil«. Falls der Gouverneur doch eine Evakuierung anordnen müsse, solle die Bevölkerung seine Instruktionen »besonnen und genau« befolgen.

Was der Präsident nicht sagt: Es gibt keinerlei Evakuierungsplanung, an einen solchen Fall hat niemand gedacht. Zwei Tage nach dem Unfall trifft sich die Feuerwehr aus der Region zu einer Konferenz, um erstmal zu beraten, was denn zu tun sei, wenn man schon was tun muß. Und der Präsident fliegt nach Washington zurück. Am 1. April 1979.

Immerhin noch drei Tage später trifft in Bonn - aufgeschreckt durch Harrisburg - die bundesdeutsche Reaktor-Sicherheitskommission zu ihrer 144. Sitzung zusammen. Mit dabei Bundesminister Gerhart Baum, welcher der RSK dafür dankt, »daß sie zu dieser kurzfristig einberufenen Sondersitzung zusammengekommen ist«. Ergebnis der Sitzung: »Aufgrund der ausführlichen Diskussion der Systemeigenschaften der in der Bundesrepublik Deutschland im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke sieht die RSK keinen Anlaß, der sofortige Maßnahmen notwendig werden läßt.«

Am 10. Juni 1981 - gut anderthalb Jahre später - gibt der Bundesminister des Inneren - einen, seinen »Abschlußbericht zum Störfall im Kernkraftwerk TMI-2 bei Harrisburg« heraus. Er ist schon sprachlich ein Meisterstück. Die unkontrollierte Freisetzung von Radioaktivität wird zum »Störfall«, so wie Fliegen auf der Nase stören. Das Resultat des 85-Seiten-Berichts mit einem umfangreichen Anlagenband.

1. So ein Unfall kann uns nicht passieren, denn wir haben andere - will heißen bessere, sicherere - Reaktoren;

2. Wenn was passiert, muß eben der Notfallschutz greifen. Man muß die »Gefahrenerkennung« verbessern und, wenn es dann soweit ist, eben Jodtabletten schlucken oder abhauen oder umgekehrt.

Das »Jodmerkblatt A« für die »Verwendung von Jodtabletten bei einem kerntechnischen Unfall« enthält dabei folgende Erkenntnisse: »Besonders wirksam ist die Anwendung, wenn sie kurz vor der möglichen Aufnahme des radioaktiven Jods erfolgt oder dessen Aufnahme weniger als zwei Stunden zurückliegt.« Es wäre eben schön, wenn man vorher wüßte, wann der Reaktor Radioaktivität freisetzt. Und dann - wenn möglich - nur radioaktives Jod. Denn: »Gegen die Aufnahme anderer radioaktiver Stoffe in den Körper oder gegen Bestrahlung des Körpers von außen schützen Jodtabletten nicht.« Tröstlich auch zu wissen: »Jodtabletten sind im allgemeinen gut verträglich. Vereinzelt können Nebenwirkungen (Magenbeschwerden) auftreten, die nach Absetzen der Medikation von selbst verschwinden. Bei längerer Dauer der Erscheinungen sollte ein Arzt befragt werden.«

Immerhin wurden nach der Katastrophe von Harrisburg 16 laufende und 7 im Bau befindliche Atomkraftwerke überprüft. Bei sieben laufenden Reaktoren waren zum Teil mehrere Fehlerquellen und Gefahrenpunkte ausgemacht worden und Anlaß zu Veränderungen.

Im Bericht des Bundesinnenministers liest sich das freilich anders: »Maßnahmen zur Ertüchtigung verschiedener Teilsysteme der Kernkraftwerke« wird das genannt. Nicht Warnsignale oder Sirenen, sondern »Schutzsignale« werden geschaffen. Unübersichtliche und komplizierte Kühlsysteme werden »entmascht«, unübersichtliche Anweisungen wurden »detailliert festgelegt«. Da ist von »Nachrüstung« die Rede, von »Zuverlässigkeit« und »Wirksamkeit«, nicht etwa von Gefahr oder Verseuchung, Schwächen oder Komplikationen.

Wenn schon - auch sprachlich --eine Erklärung für das Debakel von Harrisburg versucht wird, dann bei den Menschen: »Menschliches Fehlverhalten auf Seiten der Schichtmannschaft und ihrer Vorgesetzten hat den Ablauf des Störfalls im KKW TMI-2 wesentlich mitbestimmt.« Nett ist immerhin, daß die Bonner einschränken: »... und zwar nicht infolge persönlicher Schwächen des Betriebspersonals, sondern infolge einer ergonomisch unzulänglichen Gestaltung der Kraftwerkswarte (gemeint ist der Kontrollraum, d. *Red.),* unklaren und unzureichenden Betriebsanweisungen und infolge von Qualifikationsmängeln in der Ausbildung des Personals«. Also waren es doch wieder die Angestellten und nicht die, welche die Kosten für bessere Anweisungen und höher qualifiziertes Personal sparen wollten.

Und um Kosten, nur um Kosten, geht es inzwischen vor Ort, in Harrisburg und auf der Insel im Susquehanna-Fluß, auf TMI. Seit nämlich am 28. März 1979 Block 11 von TMI radioaktiv verseucht ist, wurde auch der unmittelbar daneben liegende Block 1 abgeschaltet. Während zur Unfallzeit Block 11 erst wenige Monate in Betrieb war, hatte Block 1 schon fünf Jahre Strom produziert und Dollars in die Kassen der Metropolitan Edison (Met Ed) gebracht. Damit ist es seit fast drei Jahren vorbei. Dieser Zustand hat die Besitzer der beiden Reaktoren nicht ruhen lassen. Zusammen mit der übrigen Atom-Lobby hatte man inzwischen Washington davon überzeugen können, daß TMI 1 wieder in Betrieb genommen werden muß. Schon im April sollte es soweit sein. Doch im Februar wurde festgestellt, daß viele Rohrleitungen dieses Reaktorblocks von Rost zerfressen sind. Die Aufnahme der Produktion muß um mindestens ein halbes Jahr hinausgeschoben werden. Selbst dann kann der Reaktor nur mit verminderter Kapazität »gefahren« werden.

US-Präsident Ronald Reagans Parteifreund Dick Thornburgh, der republikanische Gouverneur von Pennsylvania, hat am 10. September 1981 einen »Cleanup-Plan« vorgelegt, der bis 1988 den Unfallreaktor TMI II »steril« machen soll. Kostenpunkt: 1 Milliarde Dollar. Vor einem Ausschuß des US-Repräsentantenhauses erklärte der Gouverneur, wie das Geld aufgebracht werden soll: 300 Millionen Dollar zahlen die TMI-Eigentümer aus ihrem Versicherungsfonds, den Rest sollen die Atomindustrie, Washington und die Bundesstaaten bezahlen. Mitte Oktober erklärte sich die Atomindustrie bereit, 192 Millionen Dollar zu bezahlen. Am 20. Oktober 1981 wurde ein Brief von Reagans Top-Berater Ed Meese an Thornburgh im Senat bekannt, wonach der Präsident bereit ist, zu bereits vorgesehenen 75 Millionen Dollar weitere 48 Millionen in die »Säuberungs-Aktion« zu stecken. 45 Millionen werden von den Bundesstaaten Pennsylvania und New Jersey erwartet.

Aber da wäre immer noch eine Lücke. Und für diese macht Präsidenten-Berater Ed Meese einen typisch amerikanischen Vorschlag: Die Wirtschaft selbst soll helfen, Konsumenten und Produzenten. Und zwar, indem TMI-I wieder Strom produziert, den man verkaufen kann. Der Profit aus TMI-I soll in die Säuberung von TMI-II gesteckt werden. Darum soll im März 1982 Block I wieder eingeschaltet werden.

Die Reagan-Administration kümmert sich nicht um die jetzt geäußerten Bürger-Bedenken. Sie ignoriert auch den fachlichen Rat der offiziellen NRC-Commission, deren Vorsitzender, Nunzo Palladino, im Oktober 1981 erklärt hatte, daß der Unfall in Reaktor IT »nicht nur fast 600.00. Gallonen (1 Gallone = 4,5 Liter) radioaktives Wasser in den Kellern läßt, das nach einer gewissen Zeit in den Susquehanna-Fluß sickern und dadurch Umwelt, Fisch und Mensch verseuchen könnte, sondern daß auch durch Überhitzung stark beschädigte Uranstäbe das Innere des Reaktors in bisher 'nicht zu erkennendem Ausmaß radioaktiv verseuchen«. Außerdem, so Palladino, habe man an den Wänden des Reaktors innen und außen Radioaktivität festgestellt, die hundertmal stärker sei als bei früheren Untersuchungen. So schlimm das schon ist, damit hat der NRC-Vertreter noch nicht einmal die Wahrheit erreicht.

Daniel Pisello, ein promovierter Physiker aus dem Lehrkörper des New Yorker Instituts für Technologie, hat mit einer Gruppe von Strahlenforschern Messungen rund um TMI vorgenommen, deren Ergebnisse alle offiziell veröffentlichten Daten in den Schatten stellen.

Als im Reaktor 11 im Juni 1980 Krypton 85 - Gas bewußt in die Atmosphäre abgeblasen wurde, kam es zu Freisetzungen von Strontium 90 in einer Grössenordnung, die 3,8 Millionen Mal größer war, als es die TMI-Betreiber als möglich vorausgesagt hatten. Obwohl Pisello und seine Leute nur ungefähr feststellen konnten, wann Gas abgeblasen wurde, weil sie die Abgasfahne mit dem Geigerzähler suchen mußten, waren es erhebliche Mengen Strontium - 7 Millicurie - und Caesium - 20 Millicurie, die austraten. Was das für die Gesundheit der Menschen rund um TMI bedeutet, ist nur zu vermuten. Pisello: »Unter Einbeziehung aller Unsicherheitsfaktoren haben wir zwischen 50 und 300 zusätzliche Krebsfälle für die radiologische Lebensdauer des Strontium 90 vorausgesagt.«

Neben der Gefahr, daß nach Block 11 nun auch Block 1 noch technisch zusammenbricht, steckt die Gefahr des Cleanup-Programms von Harrisburg in der Säuberung selbst. Auf 790.000 Curie Strontium wird die Menge dieses strahlenden Elements geschätzt, die im Reaktor II steckt. Ein guter Teil findet sich in dem ausgelaufenen Kühlwasser, das das Reaktorgebäude und ein Hilfsgebäude überschwemmt hat. Eine Million Liter wurden bisher gefiltert und mehr oder minder von strahlenden Partikeln gesäubert. Nun haben die Techniker das Problem, daß keiner weiß, was man mit den strahlenden Filtern machen soll. Und das ist erst der Anfang des Säuberungsproblems. Wie es im Reaktorgebäude selbst aussieht, weiß noch niemand. Ingenieure, die es untersuchen wollten, mußten es wegen der Strahlung fluchtartig wieder verlassen.

Nicht anders ging es am 8. Februar der gesamten AKW-Belegschaft. Weil »kleinere Mengen Radioaktivität« aus Block II entwichen, mußten die Arbeiter das Werksgelände verlassen. Trotzdem, so versicherte die US-Atomaufsichtsbehörde, habe für die Bevölkerung »keine Gefahr« bestanden. So war es offiziell ja auch schon vor drei Jahren.

Konkret 04/82, S. 56

Otto Köhler

Der häßliche Deutsche: Rebmann, der Rächer

Es war am 11. November 1979. Bewaffnete Männer in Phantasie-Uniformen drängen in das Konzilsgebäude zu Konstanz - es gilt die Gründung einer neuen gewalttätigen Vereinigung zu feiern. Der Anführer spricht von »erheblicher Schwellenangst« Außenstehender, die eine Rekrutierung neuer Bandenmitglieder erschwere: »Es scheint eine erhebliche Portion Mut dazu zu gehören, mit uns in Kontakt zu treten.«

Wahr. Die Bande, deren Ziel ist, Schlüsselpositionen in unserem Staat zu besetzen, verlangt von ihren Anhängern Mut-Rituale, die einen innerverbandlich ausgeübten Terrorismus darstellen. Während schwere Waffen überreicht werden, freut sich der Chef der neuen Gruppe: »Wir können hoffnungsvoll in die Zukunft blicken, solange wir uns solcher Unterstützung bewußt sind.«

Tatsächlich. Der Mann, den man zu solcher Gelegenheit am wenigsten erwartet hätte - er hält die Jubelrede zur Gründung: Generalbundesanwalt Dr. Kurt Rebmann, oberster Ankläger in unserer Republik und ansonsten schärfster Verfolger des Terrorismus. Ihm ist es »eine Ehre und eine Freude«, den Festvortrag auf dem Stiftungskommers der Burschenschaft Rheno-Alemannia zu sprechen. Der Generalbundesanwalt - selber Mitglied der verschwörerischen Vereinigung Normannia-Tübingen - handelt mit Vorsatz. Er will seine »grundsätzliche Solidarität mit studentischen Korporationen und deren Zielsetzung sichtbar machen«. Der oberste Ankläger macht sich Sorgen um konspirative Wohnungen für die neuen Bandenmitglieder und verspricht ihnen im Namen der »Vereinigung alter Burschenschaftler« daß sie »in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft ein Verbindungshaus beziehen können«.

Während überall im Land noch Tausende von Menschen mit Gesichtsverletzungen herumlaufen müssen, stimmt der Generalbundesanwalt ein Loblied auf die Urheber an: »Wir haben guten Grund, uns auf die Tradition der Burschenschaften und der studentischen Verbindungen überhaupt zu besinnen und sie zu verteidigen.« Die Tradition reicht bis zum »Deutschen Burschentag in Landau 1981, auf dem für die im rechtsradikalen Druffelverlag erschienenen Memoiren des Endlösers (»Ich Adolf Eichmann, bekenne«) geworben wurde. Und sie hatte schon lange begonnen, als die »Burschenschaftlichen Blätter« 1933 schrieben: »Die Deutsche Burschenschaft ist lange Zeit wegen ihrer scharfen Beschlüsse in der Judenfrage angefeindet worden. Jetzt hat sie die Genugtuung, daß es eine deutsche Regierung gibt, die den Kampf gegen das Judentum auf der ganzen Linie mit Erfolg aufgenommen hat.«

Der 1924 in Heilbronn geborene Kurt Rebmann studierte von 1944 bis 1947 Rechtswissenschaften und wurde aktives Mitglied der korporierten Vereinigung Normannia-Tübingen, obwohl ihm bei zumutbarer Anstrengung seines Gewissens das Unrechtmäßige seines Tuns einsichtig hätte sein müssen. Denn 1947 gab es eine offizielle Warnung des Senats der Tübinger Universität vor der Reorganisation der Korporationsbanden, noch 1954 eine scharfe Erklärung des konservativen Innenministers Gerhard Schröder.

So sehr dem Ankläger deshalb sein Eintritt in diese Vereinigung und sein aktives Eintreten für ihre Ziele vorwerfbar ist, bis hin zu seinen jüngsten Bekenner-Reden und -Schriften (in den »Burschenschaftlichen Blättern« 2/1980 versucht er in seiner Eigenschaft als Generalbundesanwalt, an hervorgehobener Stelle auf der Umschlagseite zu Verdunklungszwecken einen angeblichen Unterschied zwischen Terroristen und Burschenschaftlern zu konstruieren), ebensosehr müssen für die berufliche Karriere des Anklägers mildernde Umstände in Anschlag gebracht werden, womöglich ist sogar die Frage seiner Schuldfähigkeit zu prüfen.

Denn ein junger Mensch, der sich den charakterzerstörenden Milieu-Einflüssen einer studentischen Korporation ausgesetzt hat, kann am Ende gar nicht mehr anders: Er ließ sich von Ministerpräsident Kiesinger als Ministerialdirigent ins badenwürttembergische Justizministerium holen, wo er den Mannheimer Gefängnisskandal zu vertuschen suchte und sich, unter Nachfolger Filbinger, große Verdienste um den Aufbau der Stammheimer Justizfestung und das illegale Abhören von Verteidiger-Gesprächen erwarb .

So war es nur konsequent, daß nach dem Mord an Generalbundesanwalt Buback, als keiner dieses Amt wollte, einer sofort danach griff: Kurt Rebmann. Er empfand sich als der Rächer (»Die Bevölkerung will, daß man diese Leute hart anfaßt«) und forderte im Bonner K..risenstab die Todesstrafe.

Die Terroristen, die gleich nach seinem Amtsantritt einen Raketenanschlag auf die Bundesanwaltschaft versuchten, haben längst (RAF 1981: »Rebmann interessiert uns jetzt nicht«) keine Absicht mehr, ihm zu schaden. Sie wissen: dieser Generalbundesanwalt ist ihr bester Verbündeter bei der Rekrutierung neuer Sympathisanten und Anhänger. Es fing an mit der völlig unschuldigen Eleonore Poensgen, die er als Ponto-Mörderin an den Volksgerichtshof der »gild«-Zeitung auslieferte. Die Heidelberger Studienrätin Hildegart Haag ließ er wochenlang im Gefängnis verschwinden, weil sie sich für die Verbesserung der Haftbedingungen ihres Ehemanns Siegfried einsetzte. Für Hessen erfand Rebmann eine

»terroristische Vereinigung« namens »Schwarzer Block«, als deren Mitglieder er in großen Polizeiaktionen zahlreiche junge Leute verhaften ließ - das Ganze stellte sich als Racheakt eines Spitzels heraus, der wegen Diebstahls aus seiner Wohngemeinschaft geflogen war. Und jetzt möchte er am liebsten die ganze Bewegung gegen die Startbahn West in eine Terroristenarmee verwandeln, indem er deren Sprecher Alexander Schubart als politischen Gewalttäter und Landfriedensbrecher anklagt.

Seinen größten Dienst für die Terrorismus-Werbung vollbringt der Generalbundesanwalt bei der Behandlung von Aussteigern. Gnadenlos verfolgt er Peter-Jürgen Boock, der sich schon vor Jahren vom Terrorismus abwandte und an dessen Beispiel Justiz- und Innenminister demonstrieren wollten, daß Aussteiger einen fairen Prozeß bekommen.

Doch an Boock, den er des versuchten »vielfachen Massenmordes an der Bundesanwaltschaft« beschuldigt, hat Rebmann nun einmal seine persönliche Rechnung zu begleichen. So ließ er den Aussteiger von Hamburg, wo seine Verwandten und Anwälte leben, ohne Not in die Terroristenfestung Stammheim schaffen und verweigert ihn, dort psychotherapeutische Behandlung durch Ärzte, die »nicht das Vertrauen der Ermittlungsbehörden« genießen. Und als Boocks Anwalt Römmig Rebmann auf die Gefahr eines Selbstmords hinwies, antwortete Rebmann: Mit dieser Gefahr müsse die Bundesanwaltschaft leben.

Weiß Gott - das kann er. Sieben Monate vor diesem Gespräch beging Hans Peter Rebmann, der Sohn des Generalbundesanwaltes, Selbstmord. Er hatte das Elternhaus verlassen, weil er unter dem Ehrgeiz dieses Vaters litt. »Über den Sohn wurde nie gesprochen. Ich wußte zuerst gar nicht, daß Kurt Rebmann überhaupt noch einen Sohn hatte«, zitiert die »Welt« einen Freund des Hauses.

Dr. Kurt Rebmann. geb. 1924, Einser-Jurist, seit 1977 Generalbundesanwalt und damit höchster Strafverfolger der Republik

Konkret 04/82, S. 59

Jürgen Saupe

Konkret-Extra: Affäre Strauss

Nach den Enthüllungen des BND-Agenten Langemann

Die Herren kamen morgens um vier Drei Wochen nach dem Erscheinen des KONKRET-Artikels »Operation EVA - Ein Agent des Bundesnachrichtendienstes (BND) packt aus« schlug der Generalbundesanwalt zu. Im Münchner Millionärsviertel Grünwald wurde Hans Langemann festgenommen. Bayerns bereits suspendierter Staatsschutz-Chef erlebte selbst praktischen Staatsschutz. Spezi Franz Josef Strauß, Ministerpräsident, CSU-Chef und Möchte-Gern-Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, vermochte ihn nicht zu decken und ging auf Distanz. Publizistisches Sperrfeuer der Gebeimschutz-Presse von Springer, »Quick« bis »Bunte« nützte nichts. Langemann wird weiter verhört und KONKRET enthüllt in diesem Heft:

· Strauß und sein Freund, der Millionenbetrüger;

· Strauß und der Ost-Spitzel mit der kriminellen Vergangenheit;

· Strauß und sein Frühstücksgast, der Ex-BND-Agent mit der dunklen Vergangenheit;

· Strauß und die Entführung seines Referenten Dieter Huber;

· Strauß und das Oktoberfest-Attentat: Was die Justiz nicht wissen sollte;

· Strauß und das große Öl-Geschäft.

KONKRET enthüllt mit Dokumenten, wer Langemann gefördert hat und warum. Der Jurist war nicht nur BND-Agent in aller Weit, er hat auch von seiner BND-Zeit bis heute akribisch Akten gesammelt und Notizen gefertigt.

Sicherheitsfall Goldenberg

Bayerische Beamte haben es schwer. Einmal sind sie dem Gesetz und ihrem Beamteneid verpflichtet. Andererseits gibt es im Freistaat Bayern die seit Jahrzehnten mit großen Parlamentsmehrheiten regierende Christlich-Soziale Union und da besonders den Vorsitzenden Franz Josef Strauß.

Und wenn so ein bayerischer Beamter - zwischen Pflicht und Neigung schwankend - nicht mehr weiter weiß, dann versucht er sich Rückendeckung zu holen. Er schreibt an seinen Vorgesetzten. So ging - mit dem Eingangsstempel vom 11. Juli 1977 - ein Schreiben des Präsidenten Dr. Ziegler vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz (Az.: IV A 1 - 111 -P-060 470 - 3/77) mit dem Vermerk VS-Vertraulich beim »Herrn Staatsminister Dr. Alfred Seidl - persönlich« ein.

in der fünfseitigen Epistel erläutert Präsident Dr. Ziegler ein für ihn heikles Problem. Da ist nämlich am 1. Mai 1976, von Ostberlin kommend, in Rosenheim ein Simon Goldenberg samt Familie zugezogen. Wohnung genommen hat er zunächst im Gästehaus der Firma Gebr. März KG. Und über eben diesen Goldenberg wissen Dr. Ziegler und sein Amt nicht zuletzt durch die Zulieferung eines »befreundeten Dienstes« so allerhand. Da wird erstmal ganz detailverliebt die angeblich kriminelle Vergangenheit dieses Goldenberg, der in Konstantinopel geboren ist und später einmal kurzzeitig französischer Staatsbürger war, ausgebreitet. Dann führt der Weg des Simon Goldenberg erst nach West- und später nach Ostberlin. Dr. Ziegler wörtlich: »Seit 1956 ist Simon Goldenberg als Kontaktperson östlicher Nachrichtendienste und als Inhaber einer Ostberliner Firma bekannt, die sich u.a mit dem Handel von Embargogütern befaßte. Er gehörte zu den Geschäftspartnern des Ostberliner Schwarzhändlers polnischer Abstammung Hersz Libermann. Ferner ist er Hauptaktionär der ostdeutsch-französischen Ex- und Importfirma Tradimex mit Sitz in Paris.« Und dann verweist der Verfassungsschutzpräsident Bayerns darauf, daß der Simon noch einen Bruder Josef Goldenberg hat, der in Frankreich ein Fleischwaren-Großhändler ist, und daß dieser bei der Kripo auch kein unbeschriebenes Blatt sei: »Josef Goldenberg ist bei der Polizei in Paris ebenfalls wegen Scheckbetrug, Bankrott und wegen Rauschgiftgeschäften in Erscheinung getreten.«

Dr. Ziegler schreibt seinem Minister Seidl dann weiter, auch Angehörige des sowjetischen Nachrichtendienstes hätten den Simon Goldenberg in Ostberlin besucht. Auch soll sich Goldenberg - neben Devisenschiebungen mit gefälschten Dollars - »in den Jahren 1971 und 1974 mit dem Handel von Rauschgift« befaßt haben.

Goldenberg wurde DDR-Staatsbürger, machte gute Geschäfte und durfte mit offiziellem Ausreisevisum samt Familie die DDR verlassen. Das sei - so glaubt Ziegler zu wissen - möglich geworden, weil Goldenberg in der DDR mit »Veröffentlichungen seiner Erfahrungen aus seiner DDR-Zeit gedroht habe«.

Da wurde der Staatsschützer natürlich wach. Ziegler schreibt an Seidl: »Dieser letzte Hinweis und die beim Bayer. Landesamt für Verfassungsschutz vorliegenden Informationen über die Vergangenheit Goldenbergs machen in Zusammenhang mit seiner Wohnsitzverlegung nach Bayern und den damit verbundenen Kontakten eine Klärung

erforderlich. Darüber hinaus sind das Bundesamt für Verfassungsschutz und auch der BND an einer Befragung Goldenbergs wegen seiner engen Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen der DDR besonders interessiert.«

Hat der Dr. Ziegler mit dem zarten Hinweis auf die »Kontakte« des Simon Goldenberg schon einen kleinen Wink gegeben, so liefert er mit dem letzten Absatz seines Briefes vollends Klartext: »Im Hinblick auf die Beziehungen des Vorsitzenden der CSU, Herrn Dr. Franz Josef Strauß, zu den Gebr. März, darf ich Sie, sehr verehrter Herr Staatsminister, um Entscheidung bitten, ob und gegebenenfalls welche weiteren Klärungsmaßnahmen durchgeführt werden können.«

Das Problem des Beamten Dr. Ziegler sind also »Beziehungen des CSU-Vorsitzenden Rechnung tragen will der Beamte, statt zu tun, was seines Amtes ist und was er an sich genau weiß.

Was sind das für Beziehungen? Josef März, Komplementär (also voll haftender Gesellschafter) der Firma Gebr. März KG ist ein Intim-Freund von Franz Josef Strauß. Der führt ihm öfter Staats-Oberhäupter und Minister aus Ländern der Dritten Welt zu, und März begleitet Strauß umgekehrt auf Reisen nach Schwarzafrika. Dort gehen die Herren dann nicht nur zusammen auf Großwildjagd. Sie machen auch Geschäfte. Wurstfabriken, Rinderfarmen, Nobelrestaurants wachsen so der März-Gruppe zu. Und die ist keine Provinz-Klitsche, sondern eine Holding mit 20 Millionen Mark Stammkapital und einem Jahresumsatz (mit Tochtergesellschaften) von über einer halben Milliarde Mark.

Wenn jemand behaupten will, Strauß sei an der März KG beteiligt, dann will Josef März klagen. Eine solche Klage würde er wohl gewinnen, weil im Hause Strauß die Maxime gilt: Franz Josef beteiligt sich nicht. Aber es gilt auch: für Beteiligungen und für's Handelsregister gibt es Ehefrau Marianne Strauß, manchmal auch mit dem Mädchennamen Zwicknagel.

Wenn man dann noch weiß, daß der Unternehmer Josef März mit seinen Brüdern Andreas und Willi sein Geld mit Wurst und Fleisch, mit Käse, Sekt und Bier verdient, dann wird auch der Hinweis des Verfassungsschutz-Präsidenten Dr. Ziegler auf den Josef Goldenberg und seinen Fleischwaren-Handel in Frankreich sinnreich. Und die Unterkunft des Simon Goldenberg im Rosenheimer Gästehaus (inzwischen bewohnt Goldenberg längst einen auf seine Frau eingetragenen Bungalow in feiner Lage in Pang) bekommt auch Sinn, wenn man sich an eine Affäre des Strauß-Intimus März erinnert, die in die Jahre 1966 bis 1968 zurückreicht. Damals lieferte März aus der DDR nach Frankreich 58.000 Hammel und 12.000 Pferde, die in Frankreich aus dem EG-Land Bundesrepublik eintrafen und so die Franzosen um 25 Millionen Francs Zoll brachten. Wegen dieses Millionen-Schwindels wurde im Juni 1978 ein Gericht in Toulouse tätig und verhängte eine Geldstrafe von 25 Millionen Francs, sowie gegen den Chef der März-Gruppe eine Gefängnis-Strafe von einem Monat. Bei dieser Größenordnung von Geschäften im Umfeld des Franz Josef Strauß schien dem bayrischen Verfassungsschützer Dr. Ziegler also Vorsicht angeraten, deshalb schrieb er seinem Minister Seidl.

Ex-BND-Agent M. greift ein

Dieser Brief kam auf den Schreibtisch von Bayerns oberstem Staatsschützer, Ministerialdirigent Dr. Hans Langemann. Und dieser frühere BND-Agent, ein eingeschriebenes CSU-Mitglied, versuchte alsbald damit, Schaden von Franz Josef Strauß zu wenden.

Dazu nahm der Dr. Langemann Kontakt auf zu einem früheren operativen Agenten des »Strategischen Dienstes« des BND, der als EVA 49 geführt wurde und unter zahlreichen Decknamen - beim »Fall Hornisse« hieß er Pierre - tätig war. Nennen wir ihn »M« *, so nennt ihn gelegentlich Langemann in KONKRET vorliegenden Dokumenten.

Zu »M« hielt Langemann, obwohl er schon 1970 offiziell aus dem Bundesnachrichtendienst ausgeschieden war, »ständige Sicherheitsverbindung«. Noch im Bayerischen Innenministerium führte Langemann eine spezielle Akte über »M«. Der frühere BND-Agent habe Anfang der 60er Jahre als V-Mann-Führer, wie Langemann am 3.8.1977 in die Akten einführt, Goldenberg für den BND in Ostberlin geführt. Diesen Draht aktivierte Langemann wieder. Langemann notierte: »M. hat Goldenberg inzwischen in Pang aufgesucht und dabei die alten freundschaftlichen Beziehungen erneuert. M. will sichergestellt haben, daß Goldenberg zunächst alle ihm nd-mäßig (= nachrichtendienstlich, *d. Red.)* beachtenswert erscheinenden Vorgänge, so auch Kontaktierungsversuche deutscher oder westlicher Dienste, an seinen früheren VM-Führer meldet. Dieser berichtet hierher.«

Langemann hat also, gegen die Interessen von Verfassungsschutz und BND handelnd, den Fall an sich gezogen. Bayerns Staatsschutzchef spielt wieder Geheimdienst-Agent. Und »M« berichtet an Langemann. Am 3. August treffen sich Langemann und sein VM-Führer um 11 Uhr im Münchner Hotel »Vier Jahreszeiten«. Langemann notiert am gleichen Tag den Bericht seines Agenten: »Goldenberg hat sicherlich keinen Feindkontakt. Er ist mit Herrn März echt freundschaftlich verbunden. Er weiß aber eine Menge aus der DDR. Meiner Ansicht hat er es im Laufe der Jahre verstanden, sich materiell einige einflußreiche Leute zu verpflichten, so daß seine Absatzbewegung aus der DDR dadurch abgesichert worden ist. Er ist mir gegenüber ganz offen und vertrauensvoll.«

Und am gleichen Tag notiert Langemann in der »M«-Akte: »An M's sicherheitsmäßiger Integrität im nd-mäßigen Sinne besteht nach wie vor kein Zweifel. Wegen Herkunft und Nd-Vergangenheit wird er immer wieder mit einem relevanten Personenkreis zusammenkommen. Dieses Risikos ist er sich bewußt.«

Und so hat Langemann auch keine Zweifel, als ihm »M.« am 23. November 1977 um 12 Uhr im Hotel »Vier Jahreszeiten« meldet: »Es stehe zur Gewißheit fest, daß sich in der engeren Umgebung von Herrn Dr. Strauß eine geheimdienstliche Operation abspiele, die 'mindestens Guillaume-Charakter' hätte. Die Angelegenheit sei äußerst ernst, und er werde in der Lage sein, dazu beweiserhebliches Material zu beschaffen.« Und Langemann notiert am gleichen Tag: »M. sagte, daß er es der Entscheidung von Herrn Dr. Strauß überlasse, wie man in dem ihm bekannten Fall vorgehen solle, ob offiziell oder inoffiziell, durch private Einflußnahme oder durch exekutives Vorgehen. Alle Möglichkeiten seien noch gegeben. Er halte es daher für das beste, mich zunächst nicht mit Einzelheiten zu belasten. Das wolle er auch schon deswegen nicht, weil ich eine offizielle Sicherheitsfunktion hätte, die mich ggf. in Pflichtenkollision bringe. Ich möge ihm vielmehr die Möglichkeit verschaffen, mit Herrn Dr. Strauß unter vier Augen zu reden. Der solle entscheiden, ob er mich zuziehen wolle oder nicht.«

Langemann, der seine Vögel kennt, notierte schließlich noch: »Ich habe M. auf das eindringlichste zur Wahrheit vergattert und ihn gefragt, ob Geld im Spiel sei. Das hat er ausdrücklich verneint. Darauf habe ich gesagt, daß ich mich um die Vermittlung eines Gesprächs bei Herrn Dr. Strauß kümmern werde.«

Und das tat Bayerns Staatsschutz-Chef auch. Langemann hielt in den Akten fest: »Eine telefonische Rückfrage im Vorzimmer des Landesvorsitzenden ergab, daß dieser ab 24.11.1977 nachmittags wieder zur Verfügung stehe, daß aber ein Rücksprachetermin wegen allgemeiner Überlastung wohl kaum in absehbarer Zeit zu erwarten sei.«

Das ist Bayern, wie man es erwarten kann, wo die CSU und der Freistaat eben identisch sind. So wird aus einem Parteivorsitzenden der Landeschef.

Am 13. Dezember 1977 schrieb Langemann - auf seinem privaten Briefpapier (siehe Dokument Seite D3)- an den CSU-Chef Strauß.

Ein Ministerialdirigent im Bayerischen Innenministerium bittet um Weisungen des Partei-Chefs. Der CSU-Staat enttarnt sich. Strauß, von Langemann aufgeschreckt, hatte es plötzlich sehr eilig. Unter dem 20. Dezember 1977 notiert Langemann für seine Handakten im Innenministerium: »Am 19.12.1977 hat ein Gespräch zwischen Herrn Dr. Strauß und Herrn M. in der Wohnung des Erstgenannten in München-Sendling, Hirsch-Gereuth-Str. 28 stattgefunden. Dr. Strauß hatte M. zum Frühstück eingeladen. Bei dieser Gelegenheit hat M. vorgetragen, daß er von einem ausländischen Gegenspionageagenten mit Verbindung zum KGB (oder MfS?) konkrete Hinweise darüber erhalten habe, daß sich im näheren Umkreis des Dr. Strauß ein gefährlicher Feindagent, ggf. auch ein Agentenehepaar, befinde. Herr Dr. Strauß zeigte sich grundsätzlich nicht überrascht und bemerkte, daß ihm daran zu tun sei, diesen Fall so zügig und unauffällig wie möglich zu erledigen. Ober die Frage, was diese Operation an Kosten verursachen würde, wollte sich Herr M. nicht äußern.«

Hier hat Langemann für die Akten den Frühstücksplausch beim CSU-Boß geschönt. Als der preisbewußte Strauß M. für den Agentennamen einen Betrag von 5.000 Mark anbot, konterte der: »Ich nehme keine Taxigelder.« 100. 000 Mark, so hat KONKRET ermittelt, hat M. schon sehen wollen. *

In der Aktennotiz des Staatsschutz-Chefs heißt es schließlich: »Nach Erörterung von Einzelheiten, die der Verfestigung des Lagebildes dienten, aber noch keine Namen oder sichere Identifizierungsmerkmale des Agenten oder des Agentenehepaares erbracht haben, wurde beschlossen, die Angelegenheit zunächst einmal mit dem Unterzeichneten weiter zu erörtern. Herr Dr. Strauß behielt sich auch vor, zunächst eigene zweckdienliche Erkundigungen einzuziehen... Herr M. begleitete Herrn Dr. Strauß in dessen Dienstwagen bis zum Präsidium der CSU in der Lazarettstraße, wo er von ihm verabschiedet wurde.«

Was der christ-katholische Staatsmann und der Agent im Auto zu besprechen hatten, ist nicht überliefert. Aber was Strauß am 14. Januar 1978 Staatsschützer Langemann über M. mitteilte, hat Langemann zwei Tage später handschriftlich festgehalten. (Siehe Dokument Seite D4)

So strickt man an einer Legende. Nur der Dr. Langemann hat die Devise »Man liebt den Verrat und nicht den Verräter« nicht durchschaut. Er sorgte weiter für Klarheit in den Akten und holte einen Auszug aus dem Strafregister ein. Ergebnis: Keine Eintragung bei unbeschränkter Auskunft. So bewaffnet wagte sich Langemann wieder aus der Deckung und schrieb seinem Partei-Chef am 23. Januar 1978. (Siehe Brief Seite D5)

Welche Weisungen der damals noch ohne Staatsamt in Bayern regierende Strauß dem ihm ergebenen Langemann gab, kann aus den Langemann-Akten gefolgert werden. So finden sich im Anschluß an den Brief an Strauß vom 23. Januar 1978 zwei Lageberichte des Innenministeriums (Verschlußsache) mit handschriftlichen Vermerken von Langemann. Beide betreffen den Entführungsfall Dieter Huber. (Siehe Dokumente Seite D6)

Entführungsfall Dieter Huber

Langemanns Akten-Akribi ist verräterisch, stellt sie doch klar, daß »M« seinen alten Chef Langemann gut auf dem laufenden hielt, wo er den Spion oder gar das Agentenpaar im Umfeld von Strauß zu wissen glaubte. Schon am 23. November, bei der ersten Unterrichtung Langemanns durch »M«, hatte der Staatsschützer auf Blatt 2 seines Vermerks die Ausführungen von »M« so notiert: »Er könne sich z.Zt. noch kein Bild darüber machen, was seinen Mittelsmann, einen ehemaligen Partisanenangehörigen, der 'weit im Ausland' lebe, zu seinen Informationen veranlaßt habe. Möglicherweise stünden die Chinesen dahinter, um Strauß zu helfen.«

Und das Stichwort »China« taucht beim Entführungsfall Dieter Huber auf dem Lagebericht des Innenministeriums in der Handschrift Langemanns wieder auf: »Ehem. Konsul i. VR. China«

Dazu muß man wissen: Bevor Dieter Huber am 15. März 1976 beim CSU-Chef Strauß »Referent für Auswärtige Beziehungen« wurde, war er von 1973 bis 1975 an der Deutschen Botschaft in Peking tätig. Huber hatte sich für diesen Posten durch ein Studium der chinesischen Sprache qualifiziert. In Peking hatte er Strauß kennengelernt und war vom CSU-Chef angeworben worden. In Peking hatte Huber (er ist mit einer schwedischen Stewardess verheiratet, die fließend Russisch spricht, deshalb von der SAS häufig auf der Route Stockholm - Moskau eingesetzt wird und daher ein Dauervisum für die UdSSR besitzt) auch private Kontakte zum damaligen sowjetischen Militärattache in Peking. Nun war das dem Bonner Botschafter, Rolf Pauls, hinreichend bekannt, mag aber »den Chinesen« Indiz für eine Agententätigkeit von Huber und seiner Frau gewesen sein. Derlei im Leben von normalen Bürgern unverdächtige Bekanntschaften reichen in der Welt der Diplomaten und Agenten allemal aus, um eine »Sicherheitsfrage« aufzuwerfen.

Und »Sicherheitsfälle« - echte oder vermeintliche - werden in diesen Kreisen eben nicht in direkten Vier- oder Sechs-Augen-Gesprächen angegangen und geklärt, sondern da gibt es spezielle Methoden. in diesem Kontext muß man den Satz von »M.« an Langemann am 23. November 1977 noch einmal lesen: »... er es der Entscheidung von Herrn Dr. Strauß überlasse, wie man in dem ihm bekannten Fall vorgehen solle, ob offiziell oder inoffiziell, durch private Einflußnahme oder durch exekutives Vorgehen. Alle Möglichkeiten seien noch gegeben.«

Was sich dann am Morgen des 13. Februar 1978 in München, in der Tiefgarage der Klenzestraße 61 ereignet hat, scheint eine Art von inoffizieller Einflußnahme im Privatbereich gewesen zu sein. In den Ermittlungsakten der Münchner Kripo, die unter dem Aktenzeichen Js 201176/78 geführt wurden, kommt denn auch nicht nur Strauß mit Familie und dem gesamten CSU-Apparat vor, sondern auch Staatsschutz-Chef Hans Langemann spielt wieder einmal einen - aufschlußreichen - Part.

Doch der Reihe nach.

Gegen 6 Uhr am 13. Februar 1978 geht Dieter Huber zusammen mit seinem Hund »Ludwig« in die Tiefgarage. Sie wollen zum Morgenspaziergang ausfahren.

Kurz vor 8 Uhr trifft in der Tiefgarage, von Nachbarn alarmiert, die Polizei ein. Dieter Huber ist verschwunden. Nur sein Hut liegt in der Garage. Das Auto ist halbwegs ausgeparkt.

Die Polizei-Maschine läuft an. Staatsanwaltschaft und CSU-Landesleitung werden informiert. Die CSU hat bereits das Innenministerium, dort sitzt Langemann, und den Polizei-Chef Bayerns, den Strauß-Spezi Krampol, verständigt. Hubers Telefon soll eine Fangschaltung bekommen. Bei der CSU wird diese Möglichkeit ebenfalls geprüft. Sogar Strauß erklärt sich, »im Bedarfsfälle«, zu einer Fangschaltung an seinen beiden Geheimnummern bereit.

Die Staatsanwaltschaft (Oberstaatsanwalt Dr. Stocker) bringt in Erfahrung - und meldet das der Kripo -, daß Huber ein Spezialist für Nahostfragen ist und »sämtliche kürzliche Reisen von Dr. Franz Josef Strauß in den Nahen und Fernen Osten organisiert« habe und auch mitgefahren sei.

In der CSU herrscht zunächst ziemliche Aufregung. Vier Tonbänder sind an Telefone angeschaltet. Ein Kriminaloberkommissar macht sich auf den Weg in die Münchner Lazarettstraße, um beim Büroleiter von Strauß, Dr. Wilhelm Knittel, Auskünfte über Huber und seine Familienverhältnisse zu erfahren. Sogar der CSU-Sicherheitsbeauftragte Heinz Laermann, ein früherer Mitarbeiter des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), meldet sich bei der Kripo und bietet seine Hilfe an. Selbst Strauß meldet sich zunächst fernmündlich, um sich über den Ermittlungszustand unterrichten zu lassen. Die Kripo tappt völlig im dunkeln.

Am nächsten Morgen, den 14. Februar 1978, meldet sich bei der Polizei der Münchner Büroleiter der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Bei ihm ist ein Brief eingegangen. (Siehe Seite D7)

Klar ist nur, daß der Brief nach dem Poststempel zu einer Zeit aufgegeben wurde, in der die Öffentlichkeit noch nicht über den Fall Huber informiert war. Bisher kannten nur die Frau von Huber, einige Bekannte, die CSU und die Ermittlungsbeamten den Vorgang, der bei der Staatsanwaltschaft München inzwischen unter dem Aktenzeichen 114 AR V/42/78 geführt wurde.

Im Laufe des Tages werden Beamte vom Landeskriminalamt dem Fall zugeordnet, die sich mit Terrorismus befassen. Sie wollen sich vorsorglich einarbeiten, falls sich der Verdacht bestätigen sollte, daß hier ein Fall von Entführung durch Terroristen vorliegt. Die Kripo kommt keinen Schritt weiter. Hier waren Profis am Werk.

In der Nacht zum Mittwoch, den 15. Februar, 44 Stunden nach seinem Verschwinden, meldet sich zur Überraschung der Polizei Dieter Huber über eine Autobahnrufsäule unweit von München. Er leidet an starken Unterkühlungen, steht offenbar unter Schock und wird sofort in ein Münchner Krankenhaus gebracht. Schon anderthalb Stunden später stehen Kripo-Beamte an seinem Bett, um ihn auf Tonband zu vernehmen. Der telefonisch informierte CSU-Referent Maurus trifft in der Nacht am Krankenbett ein.

Huber war in den 44 Stunden seiner Entführung, so ist es in den Polizeiakten festgehalten, mehrfach von Kofferraum zu Kofferraum von Personenwagen umgeladen worden. Zwischendurch war er mehrfach in einem blauen VW-Kombiwagen ohne Fenster, der mit Sperrholzplatten innen verkleidet war, von drei Männern verhört worden. Zwei davon waren bewaffnet. Alle hatten hautfarbene Gesichtsmasken getragen. Er selbst war ungefesselt und ungeknebelt, trug aber über dem Kopf eine lichtundurchlässige schwarze Kapuze, die ihm keine rechte Orientierung ermöglichte. An der Entführung waren mindestens sechs Personen und sechs Wagen beteiligt.

Etwa 42 Stunden nach seiner Entführung, als im fahrenden VW-Kombiwagen nur noch einer seiner Bewacher hinten im Lastraum saß, konnte Huber diesen Mann, der kurzfristig eingenickt war, überwältigen, sprang aus dem Wagen und flüchtete durch die Winterlandschaft.

Den ganzen Tag über hat sich niemand aus der CSU nach dem zurückgekehrten Huber erkundigt. Kurz vor Dienstschluß der Kripo meldet sich dann wenigstens CSU-Referent Maurus. Er will Neuigkeiten wissen, um Parteichef Strauß, der in Bonn weilt, unterrichten zu können.

Was im Laufe des 15. Februar und in der Nacht zum 16. Februar an politischen Verbindungen zwischen der CSU, dem Innenministerium und eventuell der Staatsanwaltschaft München gespielt hat, steht naturgemäß nicht im Polizei-Tagebuch. Tatsache ist jedoch - und das steht im Polizeibericht vom 16. Februar 1978, im Ablaufkalender unter 10.00 Uhr vom protokollierenden Kriminalhauptkommissar Kesel notiert: »EKHK Fischer - Leiter Dez. 11 - teilt mit, daß nach Vereinbarung mit dem Innenministerium und der CSU Huber vom Krankenhaus - nach seiner Entlassung - heute zur hiesigen Dienststelle verbracht und hier vernommen werden soll (zunächst war von hier aus vereinbart worden - in Absprache mit der StA., Dr. Stocker - daß Huber im Krankenhaus vernommen wird). Anschließend solle Huber nach seiner Vernehmung von der CSU sofort zu einem geheimen Ort in Kurzurlaub geschickt werden. Unterzeichneter meldet Bedenken über die eigenartigen Vereinbarungen an, die ohne Absprache mit Staatsanwaltschaft oder Kriminalpolizei getroffen worden sind.«

Der Kriminalbeamte, dem die CSU da ein Entführungsopfer »entführen« will, beschwert sich beim Staatsanwalt. Der bestimmt, daß der CSU-Anwalt Ossmann, den die Partei Huber aufgezwungen hat, nur auf ausdrücklichen Wunsch von Huber bei der Vernehmung dabei sein darf.

Im Anschluß an die Vernehmung, sie findet am Nachmittag statt, will die CSU den Referenten ihres Partei-Chefs partout im Ausland - im Zillertal - unterbringen. Erst nach für einen bayerischen Beamten gegenüber der Staatspartei CSU recht massiven Einsatz vermag Kesel durchzusetzen, daß Huber »nur« in Oberbayern - im Vorgebirge - untergebracht wird. CSU-Referent Maurus mußte dafür offenbar das Plazet höherer Parteistellen einholen. Niemand erfährt, welches Interesse der CSU-Chef hat, seinen Referenten aus dem Verkehr zu ziehen. Huber landet schließlich auf einem Einöd-Hof, weitab von aller Öffentlichkeit. Anfangs erwartet er, hier vielleicht - ungestört durch Presse und andere Neugierige - seinen Chef Strauß treffen zu können. Er hätte ihm nämlich Aufschlußreiches aus seiner Entführungszeit zu vermelden. Aber Strauß läßt sich nicht blicken. Und Strauß hat bis heute nicht die Zeit gefunden, mit seinem Referenten über die Entführung, die Vernehmung Hubers durch seine Entführer und anderes mehr zu sprechen. Strauß mauert.

Und Strauß ließ noch mehr zu. Durch seinen Bürovorsteher Knittel, der heute dieses Amt in der Bayerischen Staatskanzlei weiter versieht, werden unter Münchner Journalisten und dann bald halboffiziell in Bayern Meldungen und Gerüchte verbreitet, nach denen Huber sich quasi selbst entführt habe. An diesen Gerüchten ist auch Gerold Tandler beteiligt, damals noch CSU-Generalsekretär und heute Innenminister Bayerns.

Die CSU will aber nicht nur nicht mit Dieter Huber über seine Entführung reden. In der Lazarettstraße werden auch Kripoleute abgeblockt, wenn sie Auskünfte in Sachen Huber haben wollen. Der Kriminalbeamte Kesel schrieb eine Liste von Fragen auf, die er von der CSU - den Herren Strauß und Knittel - beantwortet haben wollte:

Aus dem umfangreichen Fragenkatalog, der in einem Entführungsfall dieses Zuschnitts durchaus Sinn macht, destilliert der Oberstaatsanwalt Dr. Stocker Wochen später gerade noch vier Fragen heraus, die schon weit weniger detailgenau sind, und bekommt nach weiteren zwei Wochen von Dr. Knittel eine rechte Wischi-Waschi-Antwort. (Siehe Dokumente Seite D8 und D9). Die CSU mauert extrem und Stocker stellt wenig später - geschickterweise zu einer Zeit, als Huber in Schweden Ferien macht - das Verfahren kurzerhand ein.

Dieter Huber, von der Presse nicht nur durch offenkundig auf falsche Polizeiberichte zurückgehende Berichterstattung öffentlich desavouiert, muß sich noch heute gegen den öffentlich geäußerten Verdacht wehren, er habe seine Entführung selbst inszeniert.

Aber nach der Wahrheit forscht niemand. Entweder kennen die leitenden Herren der CSU die Wahrheit nicht, dann wäre das bei immerhin offiziell geäußertem Terrorismus-Verdacht eine für CSU-Verhältnisse bodenlose Nachlässigkeit, oder sie kennen die Wahrheit und wollen schweigen. Für diese These gibt es nicht nur Indizien, - es gibt auch Beweismaterial, das KONKRET vorliegt. Wen wundert es, daß wieder einmal alles mit Hans Langemann anfängt.

Dr. Langemann greift ein

Mitten in die Entführung von Huber, am 13. Februar 1978 um 18 Uhr, so der Zeitkalender von K 112, meldet sich telefonisch Ministerialdirigent Dr. Hans Langemann. Ohne nähere Erläuterung teilt er mit, daß ihm der Leiter des Sicherheitsdienstes der Fa. Siemens, ein Oberst a. D., davon unterrichtet habe, daß Max Strauß, der Sohn des CSU-Vorsitzenden, die Firma Siemens um einen Tonbandanschluß am Telefon angegangen habe. Siemens unterhalte in der Wohnung von Dr. Strauß eine eigene Telefonanlage. (Siehe Dokument Seite D8).

, Den Ball, den Langemann hier spielt, nimmt der Kripo-Beamte auf. Um 18.45 Uhr ruft er Strauß - den Vater - an und erfährt, der Wunsch von Sohn Max habe mit »dern derzeitigen Geschehen - Huber Dieter - laut Ausführungen Dr. Strauß, nichts zu tun. Er ist auf einen Drohanruf, der ca. 4 Wochen zurückliegt und vom Dezernat 14 bearbeitet wird, zurückzuführen«. In diesem Gespräch versucht Strauß auch Hubers Bedeutung als »Geheimnisträger« herunterzuspielen. Huber, so Strauß, habe »keine speziellen politischen Erkenntnisse gehabt«.

Immerhin geht die Kripo dem Hinweis auf den Drohanruf nach und bekommt folgendes heraus: Am 16. Januar 1978 war - trotz Geheimnummer - in der Privatwohnung von Strauß ein anonymer Anruf eingegangen, den die Haushälterin entgegengenommen habe. Im Vermerk des Kripobeamten vom 14.2.78 heißt es dann weiter wörtlich über das Gespräch mit Strauß-Büroleiter Knittel: »Der mit ausländischem Akzent sprechende Anrufer habe sinngemäß gesagt, daß er wisse, daß Herr Strauß sich heute beim Landesvorstand befinde. Zweimal sei er ihnen schon 'von der Schippe gesprungen', einmal in Ottobeuren, einmal in Damaskus. Da Herr Huber Herrn Strauß in Damaskus, in Ottobeuren und auch beim Treffen des Landesvorstandes begleitet habe, könne man evtl. Zusammenhänge sehen.«

Dieser anonyme Anruf, über den Huber weder von Strauß noch von Knittel unterrichtet worden ist, korrespondiert auf wundersame Weise mit der Vernehmung Hubers durch seine Entführer, für die sich niemand bei der CSU je interessiert hat. Und er zeugt von einem intimen Wissen des anonymen Anrufers über sicherheits-relevante Dinge in der CSU.

Der Hinweis auf Damaskus bezieht sich auf einen Vorfall im Jahre 1977, als Strauß glaubte, er könne auf eigene Faust im Nahen Osten Politik machen. Dazu unternahm der CSU-Chef insgesamt drei Nahost-Reisen. Eine nach Ägypten, eine weitere nach Saudi-Arabien und eine dritte nach Syrien und Jordanien. Bei der Reise in die saudische Hauptstadt Riad erhielten kurz vor dem Rückreise-Termin die Strauß begleitenden Sicherheitsbeamten vom Bundeskriminalamt einen Hinweis, bei dem geplanten Zwischenstopp in Damaskus sei ein Anschlag auf Strauß geplant. Genannt wurde in diesem Zusammenhang der Name von Dr. Habash, der als Führer einer militanten Palästinensergruppe gilt. Auf Grund der Warnung dirigierte Strauß die Rückreise um. Statt in Damaskus landete die Bundeswehrmaschine in Kairo.

Der Hinweis auf Ottobeuren bezieht sich auf ein großes Politspektakel der politischen Rechten anläßlich der Europa-Wahl 1977. In dieser Zeit der Schleyer-Entführung wurde in der Basilika von Ottobeuren Wahlkampf gemacht. Strauß betrat das Gotteshaus mit GSG-9-Leuten an der Seite, die mit Maschinenwaffen ausgerüstet waren. Wegen Schleyer's Entführung waren die Sicherheitsvorkehrungen bei Spitzenpolitikern wie Strauß so verschärft worden, daß Attentäter kaum eine Chance hatten.

Und sogar der Hinweis auf den CSU-Landesvorstand am 16. Januar stimmte. Huber war, was bei seinem Arbeitsgebiet selten vorkam, mit Strauß an diesem Tag im CSU-Vorstand.

Alle drei Hinweise des Anrufers lassen auf nachrichtendienstliche Ausspähung der CSU oder auf einen CSU-Insider schließen. Und Hinweise darauf gewann Huber auch bei seiner »Vernehmung« durch die Entführer im VW-Kombiwagen. Diese interessierten sich vor allem für Strauß und seine Beziehungen zu Nahost. Und sie zeigten sich äußerst wohlinformiert. Sie kannten Einzelheiten aus einem Gespräch zwischen dem damaligen ägyptischen Staatspräsidenten Sadat und Strauß, an dem nur noch ein ägyptischer Protokollant, verdeckt sitzend, und teilweise Huber teilgenommen hatten. Sie wußten auch, aber offenbar nicht ganz exakt, daß Huber für eine Blitzreise nach Saudi-Arabien vorgesehen war, in letzter Stunde aber - weil er nach Venezuela mußte - durch den Grafen Huyn ersetzt wurde. Als Huber - wahrheitsgemäß - in Abrede stellte, in Riad gewesen zu sein, wurde ihm von seinen Entführern vorgehalten, er lüge.

Warum sich für derartige Sicherheitsfragen weder Strauß noch sein Bürochef Knittel noch CSU-Generalsekretär Tandler, noch der CSU-Sicherheitsbeauftragte Laermann interessierten, das müssen sie selber wissen. Die einleuchtendste Erklärung ist, daß sie die Informationen selbst herausgegeben haben. Das machte nur einen Sinn, wenn sie die Entführung angezettelt hätten. Sowas wird im Geheimdienstmilieu schon mal gemacht in der Hoffnung, der Entführte - falls er ein Feindagent ist - verliert die Nerven und türmt.

Die nächstwahrscheinliche Erklärung ist, daß Strauß und seine Leute - wann? - erfahren haben, wer die Entführung angezettelt hat. Von Frau Marianne Strauß kam zum CSU-nahen Pressedienst »Bayern-Dienst« der Hinweis, die Entführung von Huber sei ein Werk des israelischen Geheimdienstes Mossad. Diese weitverbreitete Meldung macht Sinn, wenn man das Nahost-Interesse und die Detailkenntnis der Huber-Entführer in Rechnung stellt. Daß Israelis in Bayern über Sonderrechte verfügen, weiß man nicht erst, seit unter Staatsschützer Hans Langemann in bayerischen Gefängnissen inhaftierte Araber von Geheimdienstlern Israels vernommen werden konnten. Der von Langemann an Strauß herangeführte »M.« sagte gegenüber KONKRET, auf die Entführung angesprochen: »Warum soll ich Ihnen dazu etwas sagen!« Ein eindeutiges Dementi erfolgte nicht.

Mehr dürften inzwischen der BND in Pullach und das Bundesamt für Verfassungsschutz wissen. Wie immer sehr exakt, hat Bayerns Staatsschützer Langemann auch darüber einen Vermerk angefertigt. (Siehe Dokument Seite 1311).

Unbeschadet dessen hat Langemann sich mit »M.« weiterhin getroffen. Eine KONKRET vorliegende Gesprächsnotiz vom 22. Mai 1978 berichtet von einem Treffen um 16 Uhr im Hotel »Bayerischer Hof« in München. Dabei erzählte »M.« dem Langemann, »FJ habe ihn u.a. gefragt, ob er in BND zurück wolle. Das könne er 'leicht‘ über VP (= Vizepräsident, *d. Red.)* Blötz bewerkstelligen.«

Wollte Strauß einen Helfer, den er schon mal als Kriminellen tituliert hatte, zum BND abschieben?

Die Methode wäre für Strauß nicht neu.

Ludwig Huber - der Vielseitige

Nachdem die bundesdeutschen Zeitungen den zum »Fall Langemann« gedrehten BND-Bericht von KONKRET mit fast einer Woche Verzögerung zur Kenntnis genommen haben, wird vor allem in Bayern mit Eifer die Frage diskutiert: Wer hat den Dr. Hans Langemann auf seinen Posten als Staatsschutz-Chef im Bayerischen Staatsministerium des Inneren gesetzt?

Wenn man dabei nicht aus den Augen verliert, daß hier eigentlich nur ein Nebenkriegsschauplatz eröffnet wird, ist das eine gute Frage. Und beim Gerangel um diese »Schuldfrage« sind in München CSU-Politiker von hohem Kaliber dabei, sich gegenseitig öffentlich madig zu machen. Franz Josef Strauß, der ja immer von nichts gewußt hat, wenn mal was los ist, brüstet sich damit, er habe »geradezu mit Brachialgewalt« verhindert, daß Langemann den Posten des Verfassungsschutzpräsidenten in München bekommen hat. Wenn auch: Langemann wurde dann eben der Boß vorn Verfassungsschutzpräsidenten. Und was hat Strauß dagegen unternommen?

Dem Strauß die Sache in die Schuhe schieben will Alfons Goppel, jahrelang Ministerpräsident in Bayern und ein Mann, der überall dort einen guten Ruf hat, wo Strauß einen schlechten hat. Ihn kontert Strauß mit dem Hinweis auf Akten aus der Staatskanzlei, die Goppel vielleicht nicht mehr so im Kopf habe.

Bruno Merk, der Innenminister war, als Langemann vom Posten des Sicherheitschefs der Olympischen Spiele zu München ins Innenministerium kam, will von Anfang an Vorbehalte gehabt haben. Aber genommen hat er den Langemann doch.

Und dann ist da noch Ludwig Huber, einst CSU-Fraktionsvorsitzender, dann Kultusminister in Bayern, später auch Finanzminister und heute Präsident der Bayerischen Landesbank.

Und Ludwig Huber, der noch heute viel in aller Welt herumreist, war Langemann und seinem BND wohl nicht nur bis 1970, als Langemann in Pullach ausschied, vielfältig gefällig. Huber gehörte in BND-Kreisen so zum inneren Zirkel, daß er auch zu privaten Festivitäten geladen wurde. Und das nicht nur in München, sondern weltweit.

Sowas verbindet natürlich - wechselseitig. So kommt es, daß Langemann - als 273 A im BND mit dem Decknamen Dr. Lückrath zeichnend - am 31. Mai 1968 eine Liste seiner »Sonderverbindungen mit Klarnamen - keine Vergütung« anlegt. Dort wird an erster Stelle Staatsminister Dr. Huber, München, genannt.

Und umgekehrt setzt sich Sonderverbindung Huber in einem handschriftlichen Brief an den damaligen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger dafür ein, Hans Langemann zum Sicherheitschef der Olympischen Spiele zu machen. In diesem Brief (siehe Faksimile Seite D 13) verweist Huber seinen CDU-Freund ausdrücklich auf dessen »persönlichen Erfolg in den USA, der uns politisch von großem Nutzen sein wird« hin. Diesem »persönlichen Erfolg« Kiesingers war die BND-

Operation »Monica II« vorausgegangen, bei der über BND-Agent Emil Marquese de Mistura bei US-Präsident Richard Nixon, Kiesingers Gesprächspartner, ein operativer Agent geschaltet wurde. (KONKRET 3/82).

Wenn der Ex-Minister Dr. Ludwig Huber also inzwischen dem Bayerischen Innenminister Tandler aus Südafrika eine Stellungnahme zu Langemanns Werdegang übermittelt und darin betont, bei dem Olympia-Job des Hans Langemann habe das Organisationskomitee insgesamt, nicht Huber allein, sich für Langemann als Sicherheitsbeauftragten entschieden, so ist das eben eine typisch bayerische Wahrheit. Entschieden haben letztlich natürlich alle im Organisationskomitee, aber Huber hat sich vorher besonders für Langemann stark gemacht. Er, Huber, drängte darauf, daß Langemann dem Bundeskanzleramt zugeordnet werde. Was sollte der Ex-BND-Agent dort?

Daß Ludwig Huber seinen Agenten-Freund Hans Langemann schließlich nach den Olympischen Spielen 1972 ins Innenministerium lancierte, ist offenkundig. Nur, das wird wohl in München nicht mehr lange ein Streitpunkt zwischen Strauß und Huber sein.

Strauß und das Öl-Geschäft

Einmal werden wegen personeller Protektion im blau-weißen Postenschacher nie Konsequenzen gezogen. Zum anderen kann sich Franz Josef Strauß gerade mit Huber keinen offenen Kampf erlauben. Neben Strauß, dem CSU-Anwalt Dannecker, CSU-MdB Graf Stauffenberg und dem Industriellen Karlheinz Schreiber ist Huber in einen Erdöl-Kontrakt-Deal zwischen der CSU und Saudi-Arabien eingeweiht, der im Frühjahr 1980 anlief.

Und der Deal lief so: Der jordanische, damals in Köln lebende Kaufmann Ruhi Salem Bata, der deutsche Diplom-Volkswirt Jürgen Schröder, einst für die Waffenfirma Merex in Teheran tätig, und der Kölner Wirt und Journalist Frank Krüger kamen auf die Idee, zwischen dem saudischen Königshaus in Riad und der CSU des Franz Josef Strauß einen Öl-Kontrakt zu vermitteln und dabei zu verdienen (Schröder und Bata), sowie Strauß bloßzustellen (Krüger). Sie kontakteten dazu das CSU-Mitglied Helmut Renauer, führend tätig in der Bayerischen Pflugfabrik zu Landsberg. Der schaffte über den CSU-Geschäftsführer Ernst Müller im Bundestagswahlkreis Weilheim/Landsbe'rg (Kandidat: Franz Josef Strauß) einen Kontakt zu dem Industriellen Karlheinz Schreiber. Dieser ist nach eigenen Angaben an einem Firmen-Konsortium in Kanada führend beteiligt und zählt dort zu seinen Kompagnons auch Marianne Strauß, die Ehefrau des einschlägig bekannten Franz Josef Strauß.

Schreiber nahm sich den CSU-Bundestagsabgeordneten Graf Stauffenberg als politischen Begleitschutz und begab sich in die saudische Botschaft zu Bonn. Neben den beiden CSU-Spezis war beim Treffen mit dem saudischen Minister Mottabakani auch Frank Krüger dabei. Die Saudis waren bereit, den Bayern einen oder auch zwei leicht zu Geld zu machende Öl-Kontrakte zu geben, stellten aber die Bedingung, es müsse zu einem Treffen zwischen dem saudischen Botschafter Ibrahim - er vertritt sein Land heute in Madrid - und Franz Josef Strauß kommen. Für die Abwicklung des Geschäfts wird vereinbart: Stauffenberg hält den politischen Kontakt in Bonn, CSU-Justitiar Dannecker übernimmt die juristische Seite, Ludwig Huber, Chef der Bayerischen Landesbank, besorgt die finanzielle Abwicklung, und als privater Geschäftsmann besorgt Schreiber die politisch ja unverfängliche Abwicklung. Damit das Geschäft aber für die Saudis überhaupt einen politischen Sinn macht - es steht der geplante Kauf von Panzern in der BRD an, und schließlich will man sich auf der arabischen Seite wohl auch für den Fall eines politischen Umsturzes im eigenen Land ein Refugium mit einflußreichen Fürsprechern sichern - muß noch ein Treffen des Botschafters mit Strauß arrangiert werden.

Dieses Treffen hat stattgefunden. Und zwar am Aschermittwoch 1980 anläßlich der traditionellen Strauß-Rede im niederbayerischen Passau.

Der Deal zwischen den Saudis und den Bayern mit Franz Josef Strauß ist ein Millionen-, wenn nicht auf Sicht sogar Milliarden-Geschäft. Die Saudis verkaufen solche Öl-Kontrakte zum Preis von (damals) 26 Dollar pro Barrel Öl bei einem Öl-Markt-Preis (OPEC-Kartell) von ca. 30 Dollar. Das Liefervolumen liegt in Größenordnungen bis zu 500.000 Barrel am Tag bei Laufzeiten der Verträge von einem bis zu fünf Jahren. Der Öl-Kontrakt ist eine Liefergarantie der Saudis, die man auf dem Öl-Markt zum Tagespreis verkaufen kann.

Die Bayern haben damals die Auslöser des Handels aus dem Geschäft gedrängt. Bata hat sich mit einer billigen Abfindung in den Nahen Osten zurückgezogen. Schröder bekam, damals arbeitslos, einen neuen Job. Krüger wurde inzwischen mit einem Prozeß wegen Verwendung der Tonbandmitschnitte überzogen. Vielleicht hat nun die Opposition in Bayern - SPD und FDP - ein Interesse daran, das Ölgeschäft aufzuklären.

Sicher ist nur, daß dieses Geschäft in dieser Größenordnung die Herren Ludwig Huber und Franz Josef Strauß zu einer gewissen Solidarität bringt. Und wie weit Hans Langemann über dieses Öl-Geschäft informiert ist, darüber kann Franz Josef Strauß seinen Parteifreund Ludwig Huber ja mal befragen, wenn sie beide wieder einmal gleichzeitig in München sind. Denn es wird ja wohl einen Grund geben, warum Langemann gern sagt: »Ich bin Bayerns stärkster Mann. Ich habe in

meinem Ärmel viele Asse.«

Die CSU schützt Langemann

Wie sie dahinkommen, die Asse und wie der Geheimdienst Routinier Hans Langemann sie zu spielen vermag, das beweist die Posse, die um die »Affäre Langemann« in der vorletzten Woche in München aufgeführt wurde.

Ein Blick zurück: Am Mittwoch, dem 24. Februar 1982 wird Hans Langemann in Le Lavandou bei Nizza in seiner Villa angerufen. Am Apparat der Bonner WDR-Korrespondent Jürgen Kramer. Der hat ein März-Heft von KONKRET zur Hand und fragt Langemann, ob die darin gemeldeten Geschichten aus dem BND stimmen und was Langemann dazu sage. Der Kommentar des Staatsschützers: Die KONKRET-Meldungen seien sachlich richtig. Auch könne er sich in den wörtlichen Zitaten erkennen. Der WDR sendet das Interview in seiner Sendung »Echo des Tages« zwischen 18.30 und 19 Uhr.

· Am Donnerstag, dem 25. Februar, erscheint KONKRET am Kiosk.

· Am Freitag und Samstag Schweigen im deutschen Blätterwald.

· Am Montag, dem 1. März 1982, kauft jemand aus dem Münchner Innenministerium - ein KONKRET-Leser hatte angerufen - »das Schmierblatt«, so Minister-Sprecher Metzger.

· Am Dienstag, dem 2. März, wird Hans Langemann auf eigenen Wunsche vom Dienst suspendiert.

· Am Samstag, dem 6. März 1982, schließlich findet bei Langemann in seinem Münchner Haus eine Hausdurchsuchung statt.

Die Herren Staatsanwälte ließen sich reichlich Zeit, bevor sie ihrem Kollegen vom Staatsschutz auf die Pelle rückten Der hatte also gut anderthalb Wochen Zeit, um seine Aktenschränke im Ministerium und in seinem Münchner Haus in einen Zustand zu bringen, der dem Beamtenrecht genügt. Und wenn nun doch mal etwas an Dokumenten in der Öffentlichkeit auf ihn deuten sollte, dann hat sich der gewitzte Geheimdienstler von einst einen hübschen Notausgang geschaffen. In der Öffentlichkeit erzählte er, in seinem Haus in Südfrankreich sei eingebrochen worden. Dort seien Tonbänder gestohlen worden. Davon, daß auch Akten verschwunden sind, hat er bisher öffentlich noch nichts gesagt.

· Am Montag, dem 8. März, weigert sich das Innenministerium noch immer, eine Erklärung zu Langemann abzugeben. Zwischenzeitlich ermittelt nicht nur der Generalbundesanwalt gegen Langemann wegen Landesverrats, auch die Staatsanwaltschaft in München ermittelt wegen des Verdachts der Verletzung des Dienstgeheimnisses. Es waren angebliche Geheimdokumente aufgetaucht - KONKRET veröffentlicht Teile davon in diesem Heft - über den Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest 1980, die von Langemann stammen sollen, der sie dem Journalisten Frank P Heigl zugespielt haben soll. Und immer noch schweigen die Herren Tandler, Innenminister in Bayern und Dienstvorgesetzter Langemanns, sowie natürlich Franz Josef Strauß.

· Dienstag, 9. März: Kabinettssitzung in München. Strauß komplimentiert, ein höchst ungewöhnlicher Vorgang, alle Beamten aus der Kabinetts-Runde. Die Minister beraten nur unter sich. Die CSU-Spezis trauen sich anschließend nicht, eine bereits angekündigte Presse-Konferenz abzuhalten. Offenbar weiß man nicht, was Langemann alles weiß und was davon der Presse zugänglich ist.

· Freitag, 12. März: Innenminister Tandler steht in öffentlicher Sitzung dem Sicherheitsausschuß des Bayerischen Landtags Rede und Antwort. Die Fragen stellt im wesentlichen der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Karl-Heinz Hiersemann. Ausgerechnet mit ihm hatte sich mehr als eine Woche vorher der bereits vom Dienst suspendierte Langemann vertraulich getroffen. Und nun fragte der SPD-Politiker Sachen, die in den Tresoren des Innenministeriums am Münchner Odeonsplatz und im Landesamt für Verfassungsschutz wohl verwahrt ruhen sollten.

Die »Süddeutsche Zeitung« überschreibt ihren Bericht von dieser Ausschußsitzung mit »Tandler stellt sich vor Langemann« und meldet dann, Informationen zu haben über auf dem Pressemarkt aufgetauchte Verschlußsachen des Innenministeriums. Es handelt sich um Langemanns Aufzeichnungen über das Treffen von »M« mit Strauß. Alg der bei Strauß plazierte Ost-Agent wird - ohne Namensnennung - auf Simon Goldenberg verwiesen. Diese bei der »Süddeutschen Zeitung« gelandete Desinformation soll falsche Spuren legen. Wäre die »SZ«-Meldung richtig, so wäre der Auftritt von »M« bei Strauß in der Nähe einer Erpressung und Staatsschützer Langemann, der das Treffen arrangierte, in der Nähe der Mitwisserschaft. Immerhin gibt die Erwähnung dieses Treffens von Strauß mit dem BND-Mitarbeiter dem Innenminister Tandler die Chance, seinen Herrn und Meister Strauß auf Distanz zu Langemann zu rücken. Strauß - so Tandler vor dem Sicherheitsausschuß im Landtag - sei von Langemann »enttäuscht« gewesen. Wie gut, daß die Herren schon vor Jahren rechtzeitig die Legende gestrickt haben (»Wen haben sie mir nur ins Haus gebracht«).

Tandler selbst aber hat sich vor Langemann gestellt. Warum wohl? Zwar ist heute der Innenminister der Dienstvorgesetzte von Langemann, aber erst seit 1978. Was also aus Langemanns Jobs vor dieser Zeit hochkocht, kann Bayerns

Innenminister relativ gleichgültig sein. Er hat Langemann vorgefunden.

Aber einmal war Tandler in der Zeit der Huber-Entführung CSU-Generalsekretär und über alle Umstände der Affäre wohl bestens im Bild. Zum zweiten fällt in Tandlers Dienstzeit als Innenminister das Attentat auf das Münchner Oktoberfest am 26. September 1980. Und da weiß Herr Tandler, was er seinem Langemann verdankt. Das verpflichtet. Solange dies nicht bekannt ist, kann er sich gefahrlos vor Langemann stellen. Deshalb soll auch dazu einiges bekanntgemacht werden. Die KONKRET dazu vorliegenden Akten stammen aus Tandlers Ministerium.

Das Oktoberfest-Attentat

as Attentat auf das Münchner Oktoberfest ereignete sich am 26. September 1980 um 22.20 Uhr. Nach dem Stand der polizeilichen Ermittlung am Morgen des 27. September um 7 Uhr gab es zu dieser Zeit 12 Tote und 141 Verletzte.

Im Einsatz-Tagebuch der Polizei taucht am 27. September der Name von Dr. Langemann um 8.27 Uhr auf. Auf Blatt 13 ist da vermerkt: »MDirig Dr. Langemann trifft im LZBy (Lagezentrum Bayern, d. Red.) ein und nimmt Einsicht in das Einsatztagebuch.«

Um 9.20 Uhr ist klar, wer der Tote auf dem Oktoberfest ist, dem bei der Explosion beide Hände abgerissen wurden: Gundolf Köhler. Schon um 9.35 Uhr, vermerkt das Einsatz-Tagebuch auf Blatt 15, veranlaßt Langemann eine Nadis-Überprüfung (Nadis = Nachrichtendienstliches Informationssystem) von Köhler beim Verfassungsschutzamt.

Während die Beamten noch auf eine Antwort warten, ruft im Lagezentrum Frau Strauß, Ehefrau des Ministerpräsidenten Franz-Josef, an und will wissen, ob unter den Toten ein Christian Hartmann ist. Er ist nicht. Was man mit dem Familiennamen Strauß in Bayern alles erreichen kann, wird im Einsatz-Tagebuch noch einmal deutlich. Schon um 8.20 Uhr, so ist festgehalten, ist »der Sohn d. Für. Ministerpräsidenten, Max Strauß, über den neuesten Sachstand informiert« worden. Bayern, ein Strauß'sches Familienunternehmen auch im Sicherheitsbereich.

Um 10.03 Uhr erfährt Langemann aus NADIS, daß Köhler zur Wehrsportgruppe Hoffmann gehörte. Fünf Minuten später hat er seinen Minister Tandler informiert und weitere Erkundigungen über Köhler beim Bundesamt für Verfassungsschutz sowie bei den Verfassungsschützern in Baden-Württemberg veranlaßt. Über die Wehrsportgruppe Hoffmann - längst will die Polizei gegen die WSG einen Einsatz starten - werden von ihm vorerst noch keine weiteren Erkenntnisse abgerufen. Zwischenzeitlich ist Bayerns Polizei-Chef Krampol zu Ministerpräsident Strauß gefahren. Um 11.35 Uhr ergeht die Aufforderung, die Justiz nicht über geplante Aktionen gegen die Wehrsportgruppe zu unterrichten**. Erst um 11.30 Uhr wird Langemann gebeten, »alle Wohnanschriften der in Bayern lebenden WSG-Angehörigen zu beschaffen«.

Aus Gründen, die er selbst am besten weiß, hat Langemann aber schon um 10.34 Uhr im Lagezentrum für den Rechts-Extremisten Hoffmann ein Alibi abgeliefert. Der rechte Staatsschützer teilt dem Lagezentrum mit, Hoffmann sei zur Tatzeit in Neuburg/Donau gewesen. Man habe ihn observiert. Derzeit befinde sich Hoffmann im Raum Chiemsee.

Offenbar dämmerte einigen bayerischen Kriminalbeamten - nicht alle sind ja CSU-Mitglieder, und nicht alle holen ihre Befehle aus der CSU-Zentrale in der Lazarettstraße ab -, daß hier gegen die Rechtsextremisten um Karl-Heinz Hoffmann vorgegangen werden sollte. Um 12.01 Uhr laufen die Vorbereitungen für eine umfangreiche Aktion gegen die Hoffmann-Gruppe an. Um 12.22 Uhr sind die Einsatzweisungen für zwei Hundertschaften der Bereitschaftspolizei genehmigt. Um 12.35 Uhr wird der Grenzpolizei mitgeteilt, die in Richtung Österreich fahrende Hoffmann-Gruppe (drei Unimog-Fahrzeuge mit Zoll-Kennzeichen beladen mit je einem VW-Kübelwagen mit Zoll-Kennzeichen) und einem Schäferhund an der Grenze festzuhalten. Um 14.20 Uhr melden die bayerischen Polizeipräsidien Vollzugsbereitschaft: Exakt fünf Stunden, nachdem die Leiche von Köhler identifiziert wurde. Auf einem KONKRET vorliegenden Dokument hat ein Beamter etwas resignierend vermerkt: »GBA (= Generalbundesanwalt, d. *Red.)* zögerte Einsatz bis 17.00 h hinaus.« (Siehe Faksimile).

Dieser Hinweis mag gut erst nachträglich hinzugefügt worden sein, denn um die Frage, ob man sich gegenüber den Rechts-Terroristen der Hoffmann-Gruppe angemessen verhalten habe, kam es zum Streit zwischen Bayerns Innenminister Tandler und Bundeskanzler Schmidt in Bonn. Und hier sprang Langemann für seinen Minister Tandler vehement in die Bresche. Einmal wurde in der Staatsschutzabteilung des Innenministeriums von Dr. Beck (I F 1 - 2026 - 12 /) schon am 29. September ein Papier erstellt, das Tandler und sein Verhältnis zur WSG Hoffmann ins rechte Licht rücken sollte, zum anderen griff Langemann selbst in die Tasten.

Er fertigte für seinen Minister Tandler eine »Eidesstattliche Versicherung« zur Vorlage bei Gericht, die für Tandler einen Persilschein in Sachen Hoffmann ausstellt.

So viel Einsatz des CSU-Staatsschützers Hans Langemann für den CSU-Minister Gerold Tandler rechtfertigt schon, daß sich der Minister im Landtag vor seinen Beamten stellt. Und so ist es nur konsequent, wenn die für Sicherheit in Bayern verantwortlichen Tandler und Langemann sich nicht öffentlich in die Haare geraten. Da wird zwar schon mal dem in seiner Verzweiflung über die ungewohnte Publizität etwas nervösen Langemann ministeriell angeraten, den Mund zu halten. Aber

der Tandler glaubt noch immer dem Langemann, wenn der behauptet, von ihm seien keine Akten an die Öffentlichkeit gekommen. Unter Christenmenschen herrscht eben Vertrauen. Oder hat er Angst, der Gerold Tandler, vor einem der Asse im Ärmel des Hans Langemann?

P.S.

Inzwischen ist KONKRET eine einstweilige Verfügung zugestellt worden, mit der CSU-Mitglied Hans Langemann die Veröffentlichung seiner Gespräche mit dem Journalisten Frank P. Heigl untersagen lassen will. Verstoßen wir gegen diese Verfügung, so kostet dies bis zu einer halben Million Mark und/oder bis zu einem halben Jahr Haft. KONKRET hat Widerspruch eingelegt. So müssen die Leser eben noch ein bißchen warten, bis sie weitere Details erfahren. Beispielsweise wie viel Steuergelder es gekostet hat, damit eine eng unter Franz Josef Strauß tätige »femme fatale« aus dem Verkehr gezogen und beim BND zunächst als »Versorgungsfall« untergebracht werden konnte. Es gibt noch mehr mit Dokumenten zu belegen; Schlaglichter von unserer Rechtsstaatlichkeit, auf die die Staatsschützer beim BND und im Innenministerium tiefe Schatten werfen. KONKRET möchte gerne wissen, wie weit die Kumpanei zwischen Geheimdienstlern und Politikern ungestraft gehen darf beim Unterdrücken der Wahrheit. Spätestens vor dem Untersuchungsausschuß des bayerischen Landtags, Herr Strauß, Herr Huber, Herr Tandler, Herr Langemann, muß geschworen werden.

---

* Der Klarname und die Anschrift des Agenten liegen KONKRET vor. Wir haben mit ihm gesprochen und seine Aussagen und Unterlagen sind bei einem Rechtsanwalt hinterlegt.

** Strauß läßt hier ein ähnliches Verfahren praktizieren, wie 1962 in der »Spiegel«-Affäre. Damals - er war Bundesverteidigungsminister - überging er in Bonn den Bundesjustizminister bei der Verhaftung des Redakteurs Ahlers in Spanien. Was schließlich zur Entlassung von Strauß aus der Regierung Adenauer führte.

Konkret 04/82, S. 77

Gerhard Amendt

Vom Beicht- zum Gynäkologenstuhl

Frauenheilkunde ist zum Kontrolleur weiblicher Sexualität geworden: Eine Rolle, die sie von der Kirche übernommen hat. Nur weitreichende Eingriffe in ihr Terrain können die Gynäkologie wieder in heilende Medizin zurückverwandeln.

Die biologische Fähigkeit der Frau, Kinder zu gebären, ist immer ein Politikum gewesen. Bevölkerungspolitik hieß und heißt deshalb auch immer: Kontrolle des weiblichen Sexualverhaltens. Weil sie ein Machtpotential darstellt, ist die Entscheidung »Gebären - ja oder nein« den Frauen bisher stets streitig gemacht worden.

In der Vergangenheit war es die Kirche, die mit ihren Moralvorschriften für die Einhaltung gesellschaftlich wünschenswerter Sexualnormen sorgte. Doch da ihr Einfluß schwindet, hat eine andere, »moderne« Institution bei uns die Rolle des Kontrolleurs weiblicher Sexualität übernommen: Die Gynäkologie.

Eine medizinische Fachrichtung, die auch nur annähernd so erfolgreich den Körper und die Psyche von Männern überwacht, gibt es nicht. Und natürlich ist das kein Zufall.

Der Übergang von der katholischen Bevölkerungsmoral zur gynäkologischen konnte deshalb so reibungslos verlaufen, weil beide ein einheitliches Bild vom Wesen der Frau hatten: Während der Mann sich durch produktive Arbeit nützlich macht, definiert die Frau sich nicht durch ihre eigene, sondern durch die Aktivität ihrer Eierstöcke. Und wie diese zu funktionieren haben, das entscheidet heute der Gynäkologe, nicht mehr der Pfarrer.

In dem Maße, wie der Sexualmoral und Familienpolitik der Kirchen die Gefolgschaft verweigert wird, tritt die Medizin mit wissenschaftlichen Meinungen auf, um die alte Moral wieder aufzurichten. Was früher »sündig« war, ist heute »ungesund«, »unnormal«; der Gynäkologenstuhl ist an die Stelle des Beichtstuhls getreten.

Mit politischer Unterstützung und gegen den offenen Widerstand der Frauenbewegung hat sich die Gynäkologie mittlerweile ein riesiges Terrain in den Lebenszusammenhängen von Frauen angeeignet. Unter allen Fachrichtungen der Medizin ist sie die expansionistischste und ragt weit in den Alltag aller Frauen hinein.

Sie fühlt sich zuständig für alles: Für die Verhütung, für die Wahl der Methode, für die Methodenpausen, für die Bestimmung von sicheren und unsicheren Methoden, für den Beginn der Verhütung und für deren Ende. Sie entscheidet, ob Sexualität in der Schwangerschaft zu- oder abträglich ist, ob sie notfalls statthaft ist und wann sie nach der Geburt wieder aufgenommen werden darf; sie legt fest, ob Geburten sanft oder unsanft, zuhause oder in der Klinik, unter Narkose oder bei Bewußtsein, spontan oder programmiert stattfinden: sie bestimmt, ob die Brust ganz oder teilweise angenommen wird, ob dies ein psychisches Problem ist oder keines, ob die Gebärmutter entfernt, die Vagina verjüngt, die Blase gehoben wird; sie entscheidet, ob eine unerwünschte Schwangerschaft abgetrieben wird oder nicht, ob der Eingriff schonend oder schmerzhaft, ambulant oder stationär, auf Krankenschein oder Privatrechnung, in der Legalität oder Illegalität vorgenommen wird. Sie verwandelt die Wechseljahre der Frau in einen anerkannten Krankheitszustand, der der gynäkologischen Aufsicht bedarf (während der Alterungsprozeß bei Männern als natürliches und unproblematisches Phänomen angesehen wird). Gemeinsam mit der pharmazeutischen Industrie verherrlicht sie die hormonelle Steuerung der Gebärfähigkeit. Und sie beschließt, ihr Betätigungsfeld immer weiter auszudehnen: Angeblich brauchen wir jetzt schon eine Kindergynäkologie, weil frühe sexuelle Aktivitäten von Mädchen (nicht etwa Knaben) sie krebsanfällig machen. Als beste Medizin gegen die Krebsgefährdung wird sexuelle Enthaltsamkeit und das Warten auf die Ehe empfohlen. Nicht nur hier ersetzt der Krebs den unwirksam gewordenen Zeigefinger Gottes.

Wie übt die Gynäkologie ihre Funktion als Stellvertreter des HERRN und der HERRschenden Moral aus?

1. Schwangerschaftsabbruch

Seit der Änderung des § 218 im Jahr 1976 ist die unmittelbare Strafdrohung für Frauen weitgehend abgeschafft. Aber ihr Selbstbestimmungsrecht ist deshalb noch lange nicht zugelassen. Denn die Indikationsstellung für eine legale Abtreibung hat der Gesetzgeber den *Gynäkologen* und anderen Ärzten zugewiesen. Diese Regelung ist absurd:

Mediziner, Angehörige einer extrem gutverdienenden Berufsgruppe mit einem jährlichen Durchschnittseinkommen von 150.000 Mark, sollen darüber entscheiden, ob eine soziale Notlage so schwerwiegend ist, daß sie einer schwangeren Frau zugemutet werden soll oder nicht. In aller Regel wissen die Gynäkologen nichts über die Lebensbedingungen ihrer Patientinnen. Sie kennen deren Krankenversicherung und wissen, was die bezahlen.

Die Anerkennung einer Notlage der Frau bleibt ein Gnadenakt des Gynäkologen: Der HERR hat's gegeben, der HERR hat's genommen.

Daß die Ärzteschaft der Liberalisierung der Abtreibung in unserem Land mehrheitlich ablehnend gegenübersteht, ist bekannt. Und im Prinzip verblüffend: Mußten nicht gerade die Gynäkologen die Legalisierung begrüßen, weil sie straffrei

machte, was vorher verboten war und von ihnen selbst betrieben wurde? Daß sie es nicht taten, läßt nur einen Schluß zu: Die Neufassung des Gesetzes hat den Frauen ein RECHT auf das gegeben, was sie früher erbetteln mußten. Damit ist ein Stück gynäkologischer Allmacht verlorengegangen.

Doch wenn die Frauen nach der biblischen Weisheit nicht mehr »in Schmerzen gebären« wollen, so sollen sie wenigstens unter Schmerzen abtreiben: in keinem anderen Land werden so viele Schwangerschaftsabbrüche mit dem schmerzhaften Wehenmittel Prostagadin (Nalador der Firma Schering und Minprostin der Firma Upjohn) durchgeführt wie in der Bundesrepublik. Obwohl der Abbruch schonend und weitgehend schmerzfrei möglich ist, ziehen es viele Gynäkologen vor, aus dunklen Motiven Frauen zu malträtieren. Eine unnötige Quälerei, gegen die Frauengruppen bislang vergebens protestierten.

2. Sterilisation

Nach unserer Verfassung können Frauen autonom über ihre Gebärfähigkeit verfügen. Es gibt keine Vorschriften, die sie zur Geburt von Kindern zwingen, noch den Arzt anhalten, darauf zu dringen. Jeder Mediziner kann ohne strafrechtliche Folgen Sterilisationen auf Wunsch der Frauen durchführen. In der Bundesrepublik gibt es heute zwei Arten von Sterilisationen:

Das ~ ist einmal die Sterilisation, die die Frau wünscht. Sie wird wohl deshalb von vielen Gynäkologen abgelehnt, weil der Frau das Recht abgesprochen wird, selbständig über ihre Gebärfähigkeit zu entscheiden. Deshalb muß sie ihren Wunsch rechtfertigen und sich einer Gewissensprüfung unterziehen, der Ehegatte muß schriftlich seine Einwilligung zur Sterilisation der Frau erteilen. Es wird auch geprüft, ob das Paar seine »Familienplanung« abgeschlossen hat: Die Idealvorstellung - der Gynäkologen, nicht etwa der Frauen - ist die Familie mit zwei oder drei Kindern. Erfüllt die Frau diese Voraussetzung nicht, so wird ihr die Sterilisation verweigert, was dazu führt, daß viele Frauen heute zur Sterilisation nach Holland fahren wie früher zum Schwangerschaftsabbruch.

Zum anderen gibt es die Sterilisation, die der Gynäkologe wünscht und die in dem schwerwiegenden Verdacht steht, gegen den Willen der Frauen zu erfolgen. Die Vermutung, daß Frauenärzte nach Schwangerschaftsabbrüchen Frauen zur Bestrafung sterilisieren, ist keineswegs abwegig. Einige Zahlen: Auf dem Deutschen Gynäkologentag 1978 wurde bekannt, daß an der Universitäts-Frauenklinik Tübingen bei 27 Prozent der dort durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche gleichzeitig die Frauen sterilisiert wurden.

In der Städtischen Klinik Darmstadt werden 38 Prozent der Frauen sterilisiert. In einer Klinik bei Wuppertal sind es sogar 50 Prozent.

An der Universitätsklinik Essen wird der Schwangerschaftsabbruch zum Anlaß genommen, jeder vierten Frau die Gebärmutter zu entfernen - »unter Abwägung psychischer Momente zur Vermeidung wiederholter Schwangerschaftsabbrüche ... !«

Interessant sind die Vergleichszahlen zu anderen Ländern: USA 37 Prozent, England und Wales 8,2 Prozent.

Es ist wohl keine Übertreibung, die Unfruchtbarmachungen in Verbindung mit dem Schwangerschaftsabbruch als größtenteils verkappte Zwangssterilisationen zu bezeichnen. Solche gynäkologischen Handlungen sind nur verstehbar, wenn eine sadistische Motivation gegenüber abtreibenden Frauen unterstellt wird.

3. Verhütung

Die Ausbildung von Gynäkologen für die Verhütungsberatung ist mangelhaft und einseitig. Ihre Vorliebe gilt den Verhütungsmethoden, die folgenreich in die Körperlichkeit und Psyche von Frauen eingreifen: Sie begeistern sich für hochtechnologische Methoden wie die »Pille«, die Dreimonatsspritze und die Spiralen, Methoden, die einen grundlegenden Eingriff in die Lebensprozesse des weiblichen Körpers darstellen.

Die Begeisterung für das Komplizierte und Unbegriffene und die Abneigung gegen das Einfache und Ungefährliche wird schon in der Ausbildung zum Gynäkologen gefördert. Als unsicher gelten, unter Gynäkologen alle Methoden, für die sie selbst nicht die Verantwortung übernehmen, sondern sie bei der Frau belassen müssen: Diaphragma, Temperaturmessung, Beobachtung des Gebärmutterschleims und samentötende Schaumzäpfchen.

Gefördert wird diese Einstellung durch die Forschungs- und Investitionspolitik der pharmazeutischen Industrie: Alle langfristigen Forschungsstrategien sind auf Eingriffe in den weiblichen Körper abgestellt.

Deshalb ist die Empfehlung »hochtechnologischer« Verhütungsmethoden für Gynäkologen in mehrfacher Hinsicht vorteilhaft:

· Pille und Spirale erfordern keine zeitaufwendigen Gespräche mit den Frauen und lassen sich daher reibungslos in das Prinzip »Fünf Minuten pro Patient« einordnen. Die zügige Durchschleusung des »Patientenguts« wirkt sich günstig auf das

ärztliche Einkommen aus.

· Pille und Spirale lassen sich wie jede andere Medikamentenversorgung oder jeder andere kleine Eingriff in der Sprechstunde abwickeln. Der Gynäkologe wird nicht gezwungen, sich mit den sexuellen Gewohnheiten der Frauen auseinandersetzen zu müssen, wie dies zum Beispiel beim Anpassen eines Diaphragmas der Fall wäre. Er bleibt deshalb Herr der Lage und die weibliche Sexualität verunsichert ihn nicht - die Frau bleibt passiv auf den Gynäkologenstuhl verbannt.

· Pille und Spirale sind in große Forschungsprojekte und Investitionsprogramme der Pharmazeutischen Industrie eingebunden. Sie bieten langfristige Möglichkeiten für die wissenschaftliche Profilierung.

Nur so läßt sich das Desinteresse der Gynäkologen erklären, was die Nebenwirkungen und Risiken dieser Verhütungsmittel betrifft. Gerade bei der Pille zeigt es sich, daß Gynäkologen keine Verhütungs-Experten sind, sondern mehr oder weniger willkürlich Verteiler pharmazeutischer Produkte.

Von gynäkologischer Verhütungsberatung im Interesse der Frauen kann daher nicht die Rede sein.

4. Operationen

In der Bundesrepublik gibt es so gut wie keine systematische Statistik über ärztliche Eingriffe und somit keine Möglichkeit, besonders schneidefreudige Ärzte und Kliniken zu identifizieren. Es fehlt damit eine Grundlage, um ärztliche Entscheidungen für Operationen zu überprüfen oder auch einer Qualitätskontrolle zu unterziehen. Und kommen kritische Fragen von außerhalb der Gynäkologie, dann weigert sich so mancher Ordinarius, Rede und Antwort zu stehen, zu dem, was in »seiner« Klinik geschieht. Die Frage, ob das »wilde Schneiden« willkürlich und abträglich ist, ob es human gegenüber den Frauen ist, wird dann zu einer medizinischen Fachfrage, die Nichtmediziner nicht beantworten können.

Aber was für eine Art von Gynäkologie haben wir denn in der Zwischenzeit, wenn sie die Frage ihrer Humanität, ihre Operationsgründe und Motive nicht mehr in der Öffentlichkeit diskutieren will, sondern sie in die Enklave der heimlichen Diskussionen von gynäkologischen Standeszirkeln verbannt, von denen bekannt ist, daß sie nach außen hermetisch abgeschlossen sind wie Taucherglocken?

Ob die Humanmedizin human ist, das kann nur öffentlich diskutiert werden. Ob Brustamputationen überflüssig sind wie Gebärmutterentfernungen, muß letztlich am Recht der Frauen nach körperlicher Unversehrtheit entschieden werden.

Von den USA wissen wir, daß die Gebärmutterentfernungen üblich geworden sind. Mittlerweile ist jede zweite Amerikanerin über 40 Jahren »totaloperiert«.

Es sieht so aus, als ob die Gebärmutterentfernung auch bei uns immer mehr in Mode kommt. Und der Verdacht liegt nahe, daß dieser Trend von sehr unmedizinischen Uberlegungen getragen wird: Nach einer Studie aus Detroit / USA waren 90 Prozent von 6.431 Frauen, an denen diese Operation vorgenommen wurde, Privatpatientinnen.

Also Patientinnen, die besonders hohe Arzthonorare zahlen müssen.

Steigt die Zahl der Gebärmutterentfernungen in unserem Lande etwa, um die Auslastung der Klinikbetten sicherzustellen? Da Frauen weder die Einkommensinteressen der Gynäkologen, noch die Auslastung von Klinikbetten sich zu eigen machen, muß ihre Zustimmung zu den Operationen notwendigerweise durch Falschinformation und mangelhafte Aufklärung erreicht werden. Das Vertrauen, das Frauen in den behandelnden Gynäkologen haben, wird unter diesen Voraussetzungen zur Bedingung ihrer ökonomischen Ausbeutbarkeit und Manipulation.

Als weiteren Grund für ungerechtfertigte Gebärmutterentfernung nennen die Gynäkologen die steigende Zahl der Medizinstudenten und Ärzte in der Facharztausbildung: Zum Erwerb der fachärztlichen Qualifikation gehört eine festgesetzte Zahl von möglichst erfolgreich durchgeführten Operationen. Das heißt, daß Gebärmutterentfernungen den Ausbildungsplänen angepaßt werden und nicht mehr den Heilungserwartungen tatsächlich kranker Frauen. Es wird in solchen Fällen nicht mehr operiert, um zu heilen, sondern um Fachärzte zu qualifizieren, Forschungsprojekte durchzuziehen, privates Einkommen zu steigern und Bettenkapazitäten auszulasten. Die Gynäkologie schafft sich die Krankheiten, die sie braucht.

Wer kontrolliert die Kontrolleure?

Wie alle niedergelassenen Ärzte sind auch die Gynäkologen Kleinunternehmer, die bei Praxiseröffnung je nach Größe und Ausstattung eine halbe Million Mark und mehr in ihr Unternehmen investieren. Als Kleinunternehmer organisieren sie ihren Praxisablauf möglichst kostensparend und einkommensgünstig: Ihre Therapien und Krankheitsdiagnosen wie auch ihre Gesprächsbereitschaft werden weitgehend von unternehmerischen Überlegungen bestimmt.

Ein Gynäkologe, der beispielsweise ein Ultraschallgerät anschafft, das in einfacher Ausführung ca. 40.000 Mark kostet, will das Gerät so oft wie möglich anwenden, da der Maschineneinsatz von den Krankenversicherungen höher bezahlt wird als ein Gespräch mit den Klientinnen. Der Eigentümer des Ultraschallgerätes wird dann schon öfters Komplikationen während der Schwangerschaft entdecken, die den Geräteinsatz zulassen, als der Kollege, der nicht über das Gerät verfügt. Dieses untemehmerische Kalkül gilt zum Beispiel auch für Laboruntersuchungen.

Ob der Gynäkologe daher bei seinen Behandlungen das Interesse der Frau an Heilung verfolgt oder sein eigenes an hohem Einkommen, ist schwer auszumachen. Für seine Patientinnen - die möglicherweise gar keine sind und sich auch gar nicht krank fühlen - bedeutet das: Solange sie sich nicht als Opfer kleinunternehmerischer Absatzstrategien begreifen, was sicher im Widerspruch zu dem geforderten »Vertrauensverhältnis« steht, müssen sie sich im Extremfall zu eingebildeten Kranken machen, die dem Gynäkologe zuliebe an sich alle möglich Symptome entdecken.

Die unternehmerische Seite der Gynäkologie einerseits und die dort vorherrschende Vorstellung vom Wesen der Frau als Gebär-Mutter andererseits ergänzen sich zu einem Arzt-Patient-Verhältnis, in dem die Interessen der Frauen untergehen und die Kosten der gynäkologischen Versorgung in keinem vertretbaren Verhältnis zu sinnvollen Leistungen mehr stehen.

Dieses Arzt-Patient-Verhältnis stellt die »unmündige Patientin« her; auf weite Strecken muß sogar davon ausgegangen werden, daß die unmündige Patientin eine Voraussetzung - und zwar eine unerläßliche - für das Funktionieren einer an möglichst vielen Erkrankungen interessierten Gynäkologie ist. »Uns kontrolliert doch keiner«, sagte mir ein niedergelassener Gynäkologe.

Nur weitreichende Eingriffe in das Terrain der Gynäkologie können sie wieder in eine heilende Medizin verwandeln, die von der Kontrolle weiblicher Sexualität und Gebärfähigkeit abgekoppelt ist.

Daß Gynäkologen selbst ihre Tätigkeit einer radikalen Selbstkritik unterziehen und sie entsprechend ändern, ist sehr unwahrscheinlich: Die niedergelassenen Gynäkologen können ihre kleinunternehmerische Mentalität nicht abstreifen, weil sie Kleinuntemehmer auch dann noch bleiben, wenn sie es selbst nicht sein wollen. Auch die extrem große und persönliche Distanz der klinisch tätigen Gynäkologen zu den Frauen läßt keine nennenswerten Veränderungen erwarten: Die frauenheilkundliche Technologie, wie sie sich in der Medikamenten- und Maschinen-betriebenen Geburt dokumentiert, ist das Ergebnis einer gewinnträchtigen Kooperation mit Pharmaindustrie und Geräteherstellern.

Was muß geändert werden, und wer muß die Änderungen herbeiführen?

Das Versorgungsmonopol, über das die Gynäkologen verfügen, ist weder human noch sonderlich erfolgreich. Es diskriminiert die Frauen, ist für die Versicherten zu teuer und bisher nicht kontrollierbar.

Zu fordern ist daher:

· Die Arbeitsweise der Gynäkologie muß überprüfbar gemacht werden. Wir brauchen eine öffentliche Diskussion über Art und Umfang gynäkologischer Versorgung.

· Es müssen wirksame Kontrollen in das Arzt-Patienten-Verhältnis eingebaut werden, die in der Sprechstunde stattfinden. So sollten die gynäkologischen Leistungen von der Kundin abgezeichnet werden, damit sie weiß, was sie gekauft hat und was abgerechnet werden kann. Ein Vertrauensverhältnis ist erst dann möglich, wenn die Gynäkologen das Recht der Frauen nach Kontrolle ihrer Arbeit anerkennen.

· Ganze Versorgungsbereiche müssen aus der alleinigen Beherrschung und Monopolisierung durch die Gynäkologie ausgegliedert werden: Der medizinische Fortschritt muß zu den Frauen kommen und nicht umgekehrt.

· Die aktive Gesundheitserhaltung durch Selbsthilfe muß gefördert weiden. Was die Gynäkologen den Frauen genommen haben, und was die Frauen an Selbstkontrolle aufgegeben haben, müssen sie zurückerobern. Ein erster Schritt wäre die Ausgliederung der gesamten Verhütungsberatung aus der Gynäkologie, die dem Bereich in der längsten Zeit ihrer Existenz feindlich und ablehnend gegenüberstand und die sie in nennenswertem Umfang erst seit der Einführung von Pille und Spirale als ertragreiche Verteilung betreibt.

· Auch die Sterilisation der Frau, die nichts mit Krankheit oder Störung zu tun hat, sondern einen autonomen Lebensentscheid darstellt, muß aus der klinischen Atmosphäre und gynäkologischer Herrschaftsausübung herausgenommen werden.
Sterilisationstechniken sind heute so vereinfacht, daß sie in aller Regel des klinischen Hintergrundes nicht mehr bedürfen. Sie sollten in Einrichtungen vorgenommen werden, wo hoch motivierte Ärzte und Ärztinnen arbeiten, die weder von Bestrafungs- noch Einkommensinteressen beim Arbeiten beeinträchtigt werden.

· Das gleiche gilt auch für den Schwangerschaftsabbruch. Straf- und Einkommensinteressen von Gynäkologen stellen für Frauen eine Quelle von Gesundheitsgefährdung und Bedrohung dar.

· Ebenso müssen aus den bedrückenden Erfahrungen, die viele Frauen mit der Geburt in den Kliniken machen, Konsequenzen gezogen werden. Die Geburt zu Hause oder in stadtteilnahen, nicht-klinischen Räumen muß die Geburt der Zukunft sein. Dies bedeutet keinen Verzicht auf Sicherheit, sondern nur den Schritt weg von medikamentös-instrumentellem Geburtsmanagement hin zu moderner Geburtshilfe, die die Gebärfähigkeit der Frauen wieder anerkennt und die männlich-gynäkologische Verdrängungskonkurrenz ausschließt.

Die außerhalb der Gynäkologie öffentlich formulierte Kritik an der Verhütungsberatung, dem Schwangerschaftsabbruch, der Sterilisation und der Geburt ist in vielen Ländern bereits so weit fortgeschritten, daß sich dort in Ansätzen eine neue Form der Gesundheitserhaltung und Krankheitsheilung abzeichnet. Das hat meine Untersuchung für die WHO gezeigt.

Allerdings kann der Sinn der Rückeroberung von Lebensbereichen, die sich jetzt noch im Terrain der Gynäkologie befinden, nicht darin bestehen, daß neue Institutionen geschaffen werden, auch wenn deren Arbeit gegenüber der Gynäkologie noch so viele Vorteile aufweist. Wie die Erfahrungen der Frauenbewegung und der alternativen Medizin in den USA und in Ansätzen auch bei uns zeigen, ist die Auseinandersetzung mit der etablierten Gynäkologie nur dann sinnvoll, wenn die Bedürfnisse von Frauen aktiv formuliert werden und sie die kritisierten Verhältnisse nach eigenen Interessen neu aufbauen.

Die Selbsthilfe der Frauen macht die kontrollierende Hilfe der Gynäkologie auf weite Strecken überflüssig und trägt damit auch zur Humanisierung der gynäkologischen Humanmedizin bei.

Selbstverständlich wird eine politische Bewegung der selbsttätigen Gesundheitserhaltung auch Gynäkologen und andere Fachmediziner mit einschließen. Aber diese Gynäkologie hilft, sie kontrolliert nicht mehr. Eine solche Entwicklung kann nur stattfinden, wenn die Frauen sich zurückholen, was ihnen weggenommen wurde.

---

*Gerhard Amendt ist Medizinsoziologe und Leiter der Familienberatungsstelle Pro Familia in Bremen. Er hat im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation WHO eine Untersuchung über Familienplanung in den europäischen Mitgliedsländern der WHO gemacht.

Kasten Seite 81

Wehrt Euch!

Gewalt gegen Frauen - nirgendwo wird sie so unbehelligt ausgeübt wie in den Sprechzimmern von Gynäkologen. Bevormundung, demütigende Behandlung, Menschenversuche, unnötige Operationen, Zwangssterilisation bei Abtreibungen: Solche Falle müssen öffentlich gemacht werden, solche Praktiken bekämpft werden. Seit dem KONKRET - Bericht in Heft 3/82 (»Gewalt auf Krankenschein«) haben uns schon viele Frauen über ihre übten Erfahrungen mit Gynäkologen berichtet. Wir wieder holen unsere Bitte. Schreibt Eure Erlebnisse mit Frauenärzten auf und schickt sie uns zum -

Stichwort GYNÄKOLOGIE-

Sabine Rosenbladt

Neuer Konkret Verlag

Osterstr, 124

2000 Hamburg 19

Konkret 04/82, S. 82

Norbert Klugmann

Ein Chaot mit 135 Millionen

In Kreuzberg leitet der Alternative Werner Orlowsky als Baustadtrat eine Behörde mit 450 Mitarbeitern

Um 17 Uhr 10 steht der soziale Friede in Kreuzberg auf der Kippe. Die Mitglieder und Gäste des »Sonderausschusses zur Lösung des Wohnungskonflikts mit politischen Mitteln« nehmen betroffen eine Gerichtsentscheidung zur Kenntnis. Eigentümer Gertig, Besitzer des Hauses Fraenkelufer 30, ist mit seiner Räumungsklage durchgekommen. Wenn er will, kann er jetzt die Polizei rufen. Baustadtrat Werner Orlowsky bleibt äußerlich ganz ruhig: »Dieses Urteil ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die immer noch eine Entwicklungsfähigkeit unserer Gesellschaft auch in juristischer Hinsicht unterstellen.«

Die Atmosphäre im Saal 2051 des Bezirksamts Kreuzberg ist gereizt. Der mühsam errungene Waffenstillstand zwischen Politikern und Hauseigentümern scheint bedroht. Seit Herbst 1981 gilt ein Moratorium: Bis Ostern 1982 keine Räumungen, und damit Ruhe in den 150 besetzten Häusern, von denen 82 in Kreuzberg liegen.

Einen Tag später. Im Sitzungssaal des Rathauses Kreuzberg finden sich 45 Mandatsträger zur 16. Ordentlichen Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ein. Bei den Fraktionen - SPD 19, CDU 19, Alternative Liste 7 Abgeordnete - herrscht Einigkeit, daß Eigentümer Gertig jahrelang Wohnraum rechtswidrig leerstehen ließ. Er stopfte einzelne Wohnungen und den Hof mit Sperrmüll, Sofas, Badewannen und Öfen voll, nach amtlicher Schätzung 130 Kubikmeter. Die BVV beschließt, das Bezirksamt solle prüfen, »ob die Kriterien für die Einleitung eines Enteignungsverfahrens gegeben sind«.

Baustadtrat Orlowsky (Amtskürzel: BzStR) schildert im weiteren Verlauf der Sitzung Kreuzberger Alltag. Das Haus Wrangelstraße 83 ließ der Besitzer systematisch verrotten. Die »Verfahrensstatistik« für drei ihm gehörende Häuser: knapp 160 amtliche Verfahren. Bewirkt haben sie nichts. Orlowskys Fazit: »Gesetzliche Bestimmungen reichen nicht aus, um dem Recht Genüge zu tun - von der Gerechtigkeit ganz zu schweigen.«

Am 1. Juli 1981 trat Werner Orlowsky das Amt als Baustadtrat von Kreuzberg an. »Am 30. Juni habe ich um 15 Uhr meine Drogerie abgesperrt. Um 20 Uhr war ich gewählt. Am nächsten Tag stand ich um 8 Uhr in meinem Büro. In demselben Büro, in dem ich seinerzeit dem damaligen Baustadtrat die Bittschrift der Gewerbetreibenden der Dresdener Straße übergeben habe und abgespeist wurde. Jetzt saß ich auf der anderen Seite des Schreibtischs.«

Nach der Berliner Wahl vom Mai 1981, in der die Mitglieder des Abgeordnetenhauses und die Verordneten der 12 Bezirke gewählt wurden, hatte die Alternative Liste (AL) in Kreuzberg und in drei weiteren Bezirken das Recht, einen Stadtrat zu stellen. In Kreuzberg waren die drei letzten Baustadträte CDU-Leute gewesen. Die SPD, bis Mai 1981 stärkste Partei, wollte sich mit dem undankbaren Amt nicht belasten und reservierte sich publikumswirksame Stadtratsposten wie »Jugend und Sport«, »Volksbildung« und »Soziales«. Zwischen der Kreuzberger SPD und der AL kam es vor der Wahl der sieben Stadträte zu einer Absprache, die bei AL-Vertretern der reinen Linie »Ausschlag bei der bloßen Vorstellung hervorrief, daß die AL mit der SPD einen Kuhhandel macht«, so Volker Härtig, AL-Mitglied und Berater von Werner Orlowsky. Die traditionell links stehende Kreuzberger SPD und die AL garantierten sich gegenseitige Unterstützung bei der Wahl der Stadträte. Die CDU sprach aufgeregt von beginnender »Volksfront«.

Seitdem ist Werner Orlowsky, der kein AL-Mitglied ist, als Baustadtrat Leiter einer Behörde mit 450 Mitarbeitern und einem Jahresetat von 135 Millionen Mark. Zur Abteilung Bauwesen gehören sechs Ämter: Stadtplanungsamt, Bau- und Wohnungsaufsichtsamt, Hochbauamt, Tiefbauamt, Gartenbauamt und das Wohngeldamt mit der Preisstelle für Mieten.

Berliner Stadträte sind von ihrer Funktion her Zwitter. Sie sind verantwortlich für die Verwaltung und für die politische Arbeit in ihren Bereichen. Diese Doppelrolle macht »vieles möglich«, sagt Werner Orlowsky, der Chef einer als konservativ bekannten Behörde wurde. Seine Kompetenz umfaßt die »bezirkseigenen Aufgaben«. So ist sein Ressort zum Beispiel zuständig für die Genehmigung von Neubauten und Abriß. »Das ist das eigentliche Steuerungsinstrument, das man hier hat.« Allerdings kann sich der Berliner Senat jederzeit in die »übertragenen Vorbehaltsaufgaben« einmischen und sie an sich ziehen, riskiert dabei jedoch einen politischen Konflikt mit dem Bezirk.

Kreuzberg ist der einzige Berliner Bezirk, in dem SPD und AL die Mehrheit haben. Einschätzungen wie »Links-Kartell«, »rot-grünes Kartell« und »AL/SPD-Block« kennzeichnen die Verbitterung der Kreuzberger CDU.

Werner Orlowsky wurde 1980 bundesweit bekannt als Sprecher der Betroffenen-Vertretung im Sanierungsbereich Kreuzberg. Der »Drogist aus Kreuzberg«, Jahrgang 1928, betrieb 20 Jahre sein Geschäft in der Dresdener Straße. Im Verlauf der Auseinandersetzungen um die Sanierung hat er sich »politisch reaktiviert« und damit eine zwei Jahrzehnte dauernde biographische Pause beendet. Orlowsky begann 1947 ein Studium der Geschichte und Philosophie an der Humboldt-Universität, wechselte dann an die Freie Universität (FU) über und schrieb an einer Doktorarbeit über den

Spanischen Bürgerkrieg. Seit 1953 war er Mitglied im Colloquium-Club der FU, einem linksliberalen Debattierzirkel nach angelsächsischem Vorbild. Zu diesem Club gehörten damals Ernst Benda (später CDU-Bundesinnenminister und heute Präsident des Bundesverfassungsgerichts), Gerhard Löwenthal (früher Journalist, heute »ZDF-Magazin«) und Peter Lorenz (CDU). Zwei Jahre war Orlowsky geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bundes demokratischer Studentenvereinigungen, einer Organisation, die aus Colloquium-Club-ähnlichen Kreisen im Bundesgebiet hervorging.

Die Doktorarbeit hat Orlowsky nie beendet. Er heiratete, wurde Vater und faßte einen Entschluß: »Ich habe gedacht, jetzt steigst du mal auf besondere Weise aus. Ich habe günstig eine Drogerie erwischt. Die habe ich wie in einer dicken, langen Pause betrieben.« Ein geruhsames Leben schien vorgezeichnet. Der umgängliche Drogist wurde zum gern aufgesuchten Partner für Klönschnacks über die Ladentheke. »Da kamen die Omas noch aus Spandau angefahren und haben sich bei Orlowsky ihr Eau de Cologne gekauft«, erinnert sich ein Mitarbeiter.

1963 wurde Kreuzberg Sanierungsgebiet. Wohnungsbaugesellschaften kauften mit öffentlichen Geldern reihenweise Häuserblocks auf, die Kahlschlagsanierung begann. Was nicht gleich abgerissen wurde, wurde »entmietet«, stand leer und verfiel. Drogist Orlowsky erlebte, wie in seiner Nachbarschaft ein Laden nach dem anderen zumachte. Alte Kreuzberger zogen fort, junge Leute und Ausländer rückten nach. Vor Orlowskys Nase entstand Anfang der siebziger Jahre das »Neue Kreuzberger Zentrum« und riegelte die Dresdener Straße ab. Orlowsky erlebte die Umstrukturierung seines Stadtteils und die »hohle Phrasenhaftigkeit offizieller Erklärungen« mit. Nach einigem Zögern ging er in eine Mieterinitiative, wurde zum Sprecher der Gruppe der Geweibetreibenden gewählt. »Ich kam in die Rolle, vielleicht weil ich älter und integrationsfähiger war, daß ich nicht nur der Sprecher der eigenen Gruppe war, sondern der gesamten Betroffenen-Vertretung.«

Der Bezirk Kreuzberg hat 145.000 Einwohner. Ein Drittel sind Türken, deren Anteil an der Bevölkerung in den Sanierungsgebieten bis auf 60 Prozent steigt. Über 60 Prozent aller Wohnungen wurden vor 1900 gebaut.

Der »Integrations-Opa« Orlowsky beendete eine zwanzigjährige Phase seines Lebens. »Bring's noch mal. Unterschwellig ist es vielleicht auch der Kitzel, die zweite Jugend zu erleben.« Mit steigender Verbitterung verfolgte Orlowsky die hochnäsige Politik des SPD-Senats: »Vertrauen, Leute, wir machen das schon. Wir sehen das im Überblick, ihr seht das aus eurer Froschperspektive.« Die ersten Häuser wurden besetzt. Als ein ZDF-Fernsehteam anreiste, baten AL-Leute aus der Mieterinitiative Orlowsky, in ihrem Namen einige Sätze zur Wohnungssituation in Kreuzberg zu sagen. »Da wurde es parteipolitisch.«

Nach den Straßenschlachten im Dezember 1980 boten sich die Betroffenen-Vertretungen in einem Offenen Brief dem Senat als Vermittler an: »Die Instandbesetzungen als Folge vieler bisheriger Versäumnisse in der Sanierungs-, Wohnungsbau-, Jugend- und Sozial-, Ausbildungs-Arbeitsmarkt- und Ausländerpolitik sind zu einem wichtigen realen Bestandteil des Geschehens geworden, der sich nun nicht mehr wegdiskutieren, wegwischen oder wegknüppeln läßt.« Werner Orlowsky war einer der wenigen, die noch mit dem Senat *und* den Besetzern reden konnten. Bald war der Drogist eine Figur des öffentlichen Interesses. Journalisten aus ganz Westeuropa baten um Termine. »In drei Monaten war ich bekannt wie ein bunter Hund. Das hat auch Spaß gemacht. Ich habe gedacht: Du redest, wie du denkst und machst keine Kompromisse.«

Im Wahlkampf 1981 warb Orlowsky für die AL: »Ich sehe keine andere Chance als die AL. Ohne demokratische Radikalität ist nichts mehr zu bewegen.« Nach der Wahl zog die AL mit neun Abgeordneten in das Rathaus Schöneberg und in 11 der 12 BVV ein. Ergebnis in Kreuzberg: CDU 39,6, SPD 37,8, AL 15,8 Prozent.

In Kreuzberg besteht ein enges Netz von Bürgerinitiativen und Mieterläden. Aus diesen Gruppen rekrutiert sich ein großer Teil der AL-Kreuzberg. Deshalb lag es für die AL nahe, den Posten des Baustadtrats zu verlangen. Anfangs standen zwei andere Kandidaten zur Wahl. Nach ihrem Ausscheiden rückte Orlowsky in den Vordergrund.

Seit seinem Amtsantritt arbeitet der Baustadtrat rund 70 Stunden in der Woche - meistens am Schreibtisch und in Gremien. »Im ersten halben Jahr habe ich hier wie die Spinne im Netz gesessen und war darauf angewiesen, daß mal eine Fliege reingeflogen kam.« Orlowsky, der Behörden bis dahin stets als schwerfällige und bürgerferne Institutionen erlebt hatte, stand nun einer solchen Behörde vor. Es gab Scheu auf seiner Seite und Mißtrauen bis Abneigung bei vielen Mitarbeitern: »Viele dachten, nun kommt der Häuptling der Besetzer hier rein. Da müssen wir abschotten und streng nach dem Buchstaben des Gesetzes arbeiten.«

Gesetzestreue allerdings ist häufig nichts weiter als Routine. Orlowsky: »Ich verlange ja von niemandem etwas Ungesetzliches. Ich versuche, die Leute zu motivieren und ihnen klarzumachen, daß der Satz 'Das haben wir immer so gemacht' kein Argument ist.«

Im Oktober 1981 bekam der Stadtrat einen soliden fachlichen Unterbau mit der Stadtplanerin Gudrun Chatterjee und dem Architekten Eckhardt Bock. Die beiden Zu-Arbeiter versorgen Orlowsky und Fraktion mit Informationen und Argumentationen. Freitags tagt die Bau-Arbeitsgruppe der AL. Hier werden Initiativen gestartet und Anträge formuliert.

Drei der sieben AL-Fraktionsmitglieder sitzen in den BVV-Ausschüssen »Bau« und »Planung«. »Es ist soviel im Detail zu tun, daß wir noch zu wenig dazu kommen, Konzeptionen zu entwickeln«, sagt Annette Ahme von der AL-Fraktion.

Bauausschuß und Planungsausschuß sind für Orlowsky Pflichttermine. Immer wenn in einem anderen Ausschuß Baufragen auf der Tagesordnung stehen, ist der Stadtrat anwesend, montags im Ausschuß für Sport und Bäderwesen, wo es um das geplante Schwimmbad am Görlitzer Bahnhof geht. Der Stadtrat spricht mit Bauinteressenten, Architektenteams, mit der Fraktion und jeden Morgen mit seinen Beratern. Orlowsky hat Kontakt zu Initiativgruppen und Betroffenen-Vertretungen. »Die sagen: Das ist ein Bürgerstadtrat, an den können wir uns direkt wenden und müssen nicht über den Dienstweg gehen. Die kommen zum Teil unangemeldet.« Zwischendurch beantwortet der Baustadtrat schriftliche Anfragen von Bezirksverordneten. Einmal in der Woche ist Bezirksamtssitzung mit den sieben Stadträten.

Einmal im Monat tagt die Bezirksverordnetenversammlung. Da die Baupolitik in Kreuzberg ein dominierendes Thema ist, muß Orlowsky häufig »in die Bütt«. Er scheut sich nicht, einem CDU-Mitglied freundlich zu danken, daß der ihm in der Einschätzung eines unsozialen Hausbesitzers zustimmt. Er nimmt es gelassen hin, wenn ein junger CDU-Dynamiker als praktizierte Sozialpolitik verkaufen will, daß seine Partei ausgepowerten Mietern zwei Radiatoren zur Verfügung stellt. Oder er sagt den Verordneten Sätze wie: »Hier müßte vielleicht mal die Polizei Besetzer spielen - oder die Besetzer Polizei.«

Regelmäßige Termine für den Baustadtrat sind die Sitzungen des »Sonderausschusses zur Lösung des Wohnungskonflikts mit politischen Mitteln« . Hier versuchen Kreuzbergs Bezirkspolitiker, den dünnen Gesprächsfaden zu den Instandbesetzern nicht abreißen zu lassen. Der Ausschuß lehnt es ab ' Einzelgespräche mit Besetzern zu führen, um nicht spalterisch zu wirken. Die Sitzungen des Ausschusses sind, öffentlich. In einer Sitzungspause wird Werner Orlowsky von jugendlichen Instandbesetzern umlagert. Zwei Schritte daneben sagt einer zum anderen: »Macht ihr auch einen ersten Versuch heute?« »Ja«. »Ist wohl auch der letzte, was?« Der Junge antwortet nicht. Dafür staunt er: »Ist ja eine richtig familiäre Atmosphäre hier.«

Jedenfalls zwischen SPD und AL. Die CDU-Mitglieder des Sonderausschusses, nach mehrmonatiger Verweigerung wieder anwesend, erleben wie sich SPD und AL wieder einmal näherkommen. Die SPD zu einem AL-Papier: »Das ist schon lange Meinung der SPD.«

Die AL stimmt einem gemeinsamen Vorgehen zu, »wenn es der Besetzer-Bewegung hilft«. Werner Orlowsky bittet ums Wort-. »Herr Vorsitzender, wenn ich dazu was sagen darf.« Der Vorsitzende: »Sie dürfen immer.«

Orlowsky berichtet von zwei Veranstaltungen. Am Wochenende haben Vertreter von 20 besetzten Häusern getagt. Orlowsky war in der Runde »geduldet und gelitten«. Es ging um die Frage, ob mit den Eigentümern über Mietverträge verhandelt werden soll oder nicht. Die Szene ist da gespalten. Aber jetzt scheint es doch eine Entspannung zu geben. Die Mehrheit will verhandlungswilligen Besetzern freistellen, mit den Eigentümern oder »mit Senatens« zu reden. Der Kreuzberger Besetzerrat: Wer will, soll bis zur Vertragsreife verhandeln, nur unterschrieben wird im Alleingang nichts. Zwei grundsätzliche Forderungen bleiben bestehen: Das Räumungs-Moratorium wird auf ein Jahr ausgedehnt; Amnestie für alle, die im Zusammenhang mit Instandbesetzungen unter Anklage stehen.

In dieser neuen Lage sehen AL und SPD den Ansatz zu einer friedlichen Lösung. Sie sind auch bereit, im Sonderausschuß eine Stellungnahme zu erarbeiten, die ein Teil der Instandbesetzer verlangt. Die CDU opponiert: »Dann müssen wir ja jedesmal eine Entschließung fassen, wenn ein Besetzer-Gremium an uns herantritt.« Heiterkeit bei AL und SPD: »Das ist eben Pluralismus.« Werner Orlowsky sagt über die Instandbesetzer: »Ohne Leerstand keine Hausbesetzungen. Wir müssen anerkennen, was die Besetzer geleistet haben. Das Potential der Besetzer muß für die Wohnungspolitik nutzbar gemacht werden, als Selbsthilfegruppen.«

Die Internationale Bauausstellung (IBA) ist ein Dauerbrenner auf Werner Orlowskys Terminkalender. 1984 soll der Welt im Rahmen einer riesigen Ausstellung in Berlin vorgeführt werden, was moderne Architektur und Stadtplanung zum Thema »Innenstadt als Wohnraum« zu leisten vermögen. Ein Wirkungsfeld der IBA sind Kreuzbergs Sanierungsgebiete. Die bisherige Planung der IBA ist ins Gerede gekommen, besonders die des Architekturprofessors Josef Paul Kleihues. Kleihues ist Planungsdirektor für den Bereich der Neubauten (»IBA reich«). Der Architekt Hardt-Waltherr Hämer leitet die Altbauerneuerung (»IBA arm«).

Neubau - das ist in Kreuzberg die südliche Friedrichstadt. Altbau - das sind die Sanierungsgebiete Kottbusser Tor und Kreuzberg Süd. Der »poetische , Rationalist« (Selbsteinschätzung) Kleihues strebt eine Orgie in Stadt-Design an und hat dafür von Fachleuten vernichtende Urteile erhalten (»trostlose, nekrophile Kästen«, »Gag-Architektur«). Die Kreuzberger Bezirkspolitiker erfuhren erst aus der Zeitung, daß Kleihues ein »Ensemble von Architektur, aber eigentlich keine Stadtplanung« (Orlowsky) erstellen wollte. Das Stadtplanungsamt legte Nachtschichten ein, um Alternativ-Vorstellungen zum Kleihues-Plan zu entwickeln: 18.000 Einwohner in der südlichen Friedrichstadt statt 22.000, Infrastruktureinrichtungen wie Schulen, Kindertagesstätten und Seniorenheime, Freiflächen und Unterstützung der

Bürgerbeteiligung.

Sehr viel zufriedenstellender verläuft die Zusammenarbeit mit der IBA-Alt. Architekt Hämer vermied eine »abgelöste ästhetische« (die FAZ über die Kleihues-Pläne) Konzeption, Hämers Ziel-. behutsame Stadtreparatur und Erneuerung in kleinen Schritten, eng verzahnt mit den Betroffenen und ohne Verdrängung. Die IBA-Alt bezahlt Mieterberater und Mieterbetreuer, sie hat stets Hausversammlungen akzeptiert. Orlowsky zu Hämers Konzept: »Ich sehe im IBA-Bereich Hämer den einzigen wirklichen Verbündeten für die Politik, die ich machen will.«

Der Baustadtrat Orlowsky produziert Erwartungshaltungen. Ein bedrängter Mieter erscheint unangemeldet, Orlowsky diktiert schnell einen Brief, der dem Mieter weiterhilft. Sein »Adjutant« Volker Härtig kennt keine Basisgruppe, die gesagt hat: Wir finden einen AL-Baustadtrat nicht gut.«

Manchmal wird Werner Orlowsky zur letzten Rettung selbst für konservative Journalisten. Ein Fernsehteam der SFB-»Abendschau« wollte das verlotterte Haus Wrangelstraße filmen und stand fassungslos vor dem heruntergekommenen Gebäude: »Sowas gibt's doch nicht.« Anschließend ein Anruf beim Baustadtrat: »Herr Orlowsky, kommen Sie doch mal, und sagen Sie was dazu.« Orlowsky kam und sagte: »Da bleibt nur noch Enteignung.« So ging es über den Sender.

Mit den Konservativen im Amt und im Bezirk hat er umgehen gelernt. Das Verhältnis zu seinem Amtsvorgänger Krüger (CDU), der heute Stadtrat für Wirtschaft und Finanzen ist, beschreibt er als »vernünftig und pragmatisch«. Im Januar vertrat er Krüger, als der Urlaub machte. Den CDU-Bezirksbürgermeister Funk nennt er einen »noblen und korrekten Mann«. Aber das führt nicht zur Kumpanei. Orlowsky hat angesichts freundlicher CDU-Vereinnahmungsversuche kurz nach Amtsantritt (»Wenn Sie mal Schwierigkeiten haben, wir sind ja auch noch da(o deutlich gesagt: »Aus dem Herzen keine Mördergrube, und Prinzipien verraten gibt's nicht.«

In der täglichen Arbeit im Amt nimmt Orlowsky seine Kompetenzen wahr. Bau- und Abrißgenehmigungen gehen generell über seinen Tisch. »Da muß in jedem Einzelfall gekämpft werden.« Orlowsky ist nicht an die Vorgabe der leitenden Fachbeamten gebunden. Er kann sich den Fall vortragen lassen und bestimmen: »Bitte anders machen.«

Orlowsky ist für vier Jahre gewählt. Er konnte es sich leisten, die AL-Linie des 1800-Mark-Entgelts für Mandatsträger nicht anzuerkennen. Er behält von seinem Gehalt rund 3000 Mark für sich. Vom restlichen Tausender werden die AL-Berater bezahlt.

Die Zusammenarbeit von AL und SPD in Kreuzberg hält Orlowsky für notwendig. »Um die verkrusteten Strukturen aufzuknacken, muß die AL zwar Opposition machen. Sie muß aber auch die Chance der vier Stadträte in Berlin von oben ausnutzen. Das muß wie eine Zange wirken.«

Und Mitarbeiter Volker Härtig sieht darin ein Modell: »Kreuzberg ist der Prüfstein einer möglichen Zusammenarbeit zwischen AL und SPD.«

Konkret 04/82, S. 88

Sabine Rosenbladt

Schöne Geschäfte

Wenn es um Schönheit geht, schrecken wir vor nichts zurück. Die Industrie macht Milliarden-Umsätze. Mit Cadmium in Lidschatten, Arsen in Lippenstiften, »Seveso«-Gift in Aknemitteln, Bräune aus der Steckdose

Die Mäuse sind nackt. Eine Spezialzüchtung für die Pharma-Industrie, haarlos geboren. In der Hautklinik des Uni-Krankenhauses Hamburg hocken sie unter der Höhensonne und holen sich stellvertretend für Solarien-Fans Hautkrebs: Dermatologe Prof. Dr. Wiskemann testet an ihnen die Spätwirkungen der braunmachenden UV-A-Strahlen.

Im Vergleich zu anderen lebenden Versuchsobjekten sind die FKK-Mäuse noch gut dran. In den toxikologischen Labors großer Kosmetik-Firmen sitzen Ratten und Meerschweinchen 14 Tage lang in »Inhalationskammern« und atmen ununterbrochen Haarsprays, Deodorants, Parfums oder Feinpuder ein, bevor sie umgebracht werden. Kaninchen bekommen 48 Stunden lang Haarshampoos, Mascara, Eyeliner in die Augen gespritzt, Mäuse, Ratten und Katzen werden solange mit Badeschaumzusätzen vollgepumpt, bis sie qualvoll verenden.

Tierquälerei im Dienst der Schönheit. In den USA, schätzen Experten, verbraucht die kosmetische Industrie jährlich 6 bis 8 Millionen Versuchstiere für die toxikologischen Tests ihrer diversen Mittelchen. Die Bundesrepublik, zweitgrößter

Kosmetik-Verbraucher unter den Industrie-Nationen, verfügt zwar mal wieder über kein geeignetes Zahlenmaterial über Tierversuche; aber die berüchtigten LD 50-Tests (Letale Dosis 50: Versuche mit Dosierungen, die bei 50% der beteiligten Versuchstiere zum Tode führen) sind auch bei uns für Kosmetika gesetzlich vorgeschrieben.

Was Mäuse, Meerschweinchen und Kaninchen umbringt, soll uns jünger, gesünder und attraktiver machen. Das jedenfalls behauptet die Kosmetik-Werbung; 650 Millionen Mark gibt sie hierzulande jährlich aus, um Deos und Duftwässerchen, Cremes und Sprays, Puder und Pülverchen verkaufsfördernd zu bejubeln.

Mit der »wilden Frische der Natur« ist es dabei allerdings nicht weit her. Die Körperpflege- und Waschmittelindustrie- ist nach den Pharma-Herstellern der wichtigste Konsumgüterzweig der *Chemie* in der Bundesrepublik. Sie erwirtschaftet, so eine Broschüre des IKW (Industrieverband Körperpflege und Waschmittel) »mit über 50.000 Arbeitnehmern ca. 7 Prozent der wertmäßigen Gesamtproduktion von chemischen Erzeugnissen in der Bundesrepublik.« Ein vielversprechender Wachstumssektor der Chemie-Branche noch dazu: Die Produktionszahlen haben sich von 1960 bis 1979 nahezu verfünffacht.

Beim Mischen neuer Schönheitstinkturen langen die Kosmetik-Hersteller dabei auch gerne mal in den Giftschrank. Als die Stiftung WARENTEST eine Schwerpunkt-Untersuchung über Kosmetika vorbereitete, stießen die Tester nicht nur auf atemberaubende Preisunterschiede (z.B. bei Schaumbädern, die je 500 Milliliter zwischen 70 Pfennig und 17 Mark kosteten), sondern sie entdeckten Alarmierendes:

· Krebserregende Schwermetalle in Lidschatten und Wimperntusche. So überschritten Produkte der Firma Revlon, Avon, Ellen Betrix, Elisabeth Arden, Lancaster und Margaret Astor die nach der neuen Kosmetik-Verordnung vom 1. Januar 1978 zulässigen Grenzwerte an Blei und Arsen um ein beträchtliches, einige dieser Produkte enthielten sogar 500 Prozent mehr als erlaubt.

· Gifte und Schwermetalle in Lippenstiften. Zwölf von 28 getesteten Fabrikaten enthielten Spuren von giftigem salzsäurelöslichem Barium, 22 außerdem Blei, Arsen oder beides.

Potentiell giftige Substanzen stecken aber auch in: Deos und Deo-Seifen, Aknemitteln, Zahnpasten, Shampoos und Haarfärbemitteln, Hautcremes.

So ist zum Beispiel Formaldehyd in der Bundesrepublik als Konservierungsstoff in Shampoos und Cremes immer noch erlaubt und in Konzentraten unter 0,2 % noch nicht einmal deklarierungspflichtig, obwohl es in Langzeitversuchen mit Ratten schon in sehr geringen Konzentrationen Tumore der Nasenschleimhaut auslöst. Hexachlorophen ist bei uns nur für Erzeugnisse der Kinderpflege und Intimhygiene verboten; In den Aknepräparaten (Clearasil, Stepin), Deos und Deoseifen darf Hexachlorophen, das immer Spuren des »Seveso«Giftes TCDD enthält, weiterhin enthalten sein. Hexachlorophen in Babypuder führte vor einigen Jahren in Frankreich zum Tod von 30 Säuglingen; in Schweden brachten Krankenschwestern, die mit der als Desinfektionsmittel benutzten Substanz in Berührung kamen, mißgebildete Kinder zur Welt.

Haarfärbemittel enthalten z.B. Resorcin, das durch die Haut aufgenommen wird und Vergiftungserscheinungen hervorrufen kann. Und in seinem Buch »Krebswelt« verweist der Biochemiker Egmont R. Koch auf einen US-Test von 1975: Von 169

Haarfärbemitteln erwiesen sich 150 als »mutagen«, d.h. erbschädigend. Für die Benutzer von Haarfarben und Berufsgruppen, die regelmäßig mit solchen Stoffen umgehen (Friseure etwa) wurde ein erhöhtes Krebsrisiko festgestellt.

Farbsubstanz Diaminoanisol, bei der auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft »ein krebserzeugendes Potential« vermutet, darf bei uns noch bis zum 31.7.1982 in Haarfärbemitteln enthalten sein. Dr. Vivell vom Bundesgesundheitsamt: »Die Industrie braucht es dringend. Sonst kriegen die kein sattes Schwarz hin. « Auf der Liste der nur noch befristet zugelassenen Stoffe stehen auch Fluoride, als »Karieshemmer« in Zahnpasten eingesetzt. Dazu die Verbraucherzentrale Hamburg in ihrer 1981 veröffentlichten Broschüre »Umweltfreundliche Produkte«:

»Es ist bekannt, daß man durch regelmäßiges Zähneputzen Karies weitgehend verhindern kann. Die im Handel erhältlichen Zahncremes bestehen meist aus 15-50 Prozent Poliermittel, 30-40 Prozent Wasser, 0,5-3 Prozent schäumenden Zusätzen, Konservierungsmitteln, Aromastoffen, Farbstoffen und Süßstoffen. Die Wirkung des Poliermittels liegt darin, den Zeitaufwand für die Entfernung des Zahnbelages zu verkürzen; schäumende Zusätze können die Reinigungswirkung verbessern.«

»Bei *allen* anderen Zusätzen«, so die Verbraucherzentrale weiter, »die vorbeugend gegen Karies und Parodontose wirken sollen, fehlt der wissenschaftliche Beweis für irgendeine Wirkung.«

Fluorverbindungen sind sogar in Verdacht geraten, die sogenannte »Stewardessen-Krankheit« auszulösen. Einen Pickel-Ausschlag im Gesicht, der häufig bei Personen auftritt, die sich besonders stark schminken. Nach Untersuchungen des Berliner Dermatologen Prof. Dr. Nürnberger ging der Ausschlag beim Absetzen von Fluorpräparaten zurück.

Eigentlich sollten Fluoride und einige andere chemische Stoffe (Phenolquecksilber etwa) seit dem 31. Dezember 1981 in Kosmetika verboten sein. Jetzt hat das Gesundheitsministerium das Verbot bis Ende 1982 aufgeschoben; denn, so Staatssekretär Fülgraff , »diese Stoffe werden zum Teil schon seit vielen Jahren in kosmetischen Mitteln verwendet. Es liegen keine Anhaltspunkte darüber vor, daß sie unter den vorgesehenen Einschränkungen gesundheitliche Schäden hervorrufen.«

Falldaten über Vergiftungen, Hautschäden oder allergische Reaktionen auf Kosmetika liegen aber in der Bundesrepublik vor allem deshalb nicht vor, weil sie nirgends zentral gesammelt werden. Deshalb forderte die Verbraucher-Zentrale Hamburg im Februar 1982, daß »gesundheitsbedenkliche Stoffe nicht mehr eingesetzt werden« sollten. Denn vielen Konsumenten sei nicht bewußt, »daß sie bei kosmetischen Produkten mit einer Vielzahl von chemischen Stoffen in Berührung kommen, deren Wirkung und möglicherweise Nebenwirkung sie nicht kennen«. Zudem werde »in kaum einem anderen Konsumgütersektor in der Werbung so übertrieben und irregeführt wie im Kosmetikbereich«.

Mit ihrer Forderung nach genereller Angabe aller bei Kosmetika verwendeten Inhaltsstoffe auf den Packungen stieß die Verbraucher-Zentrale jedoch beim Gesundheitsministerium auf Granit. Dies, so Staatssekretär Fülgraff, könne nur zur »Verunsicherung« beitragen, »weil der Verbraucher dann die eigentlichen, für ihn möglicherweise risikoreichen einzelnen Bestandteile nicht mehr herausfindet«.

So werden bei uns Verbraucher-Interessen vertreten. Auch die toxikologische Überprüfung der Chemie in Kosmetika überläßt das Ministerium der Industrie selbst; die Kosmetik-Kommission, die zweimal jährlich tagt, »kann nur beurteilen, was auf den Tisch kommt«, so Dr. Vivell vom Bundesgesundheitsamt. Eine Kontrollinstanz, die den Produzenten in die Mischtiegel schaut, gibt es nicht.

Das Geschäft mit der Schönheit lohnt sich. Mehr als sechs Milliarden Mark geben Bundesbürger jährlich für Körperpflege aus; eine Summe, von der 2,2 Millionen Menschen ein ganzes Jahr lang leben müssen: Deutschlands Sozialhilfeempfänger.

Der expandierende Markt hat auch eine neue Zielgruppe entdeckt, die Männer. Während altmodischere Vertreter wie Ulrich Greiner in der »Zeit« noch listig von der Möglichkeit schwärmen, »die Frauen haben: Macht durch Schönheit auszuüben«, fangen seine eigenen Geschlechtsgenossen an, verschämt nach solcher Macht zu schielen.

Plötzlich duften sie um die Wette. Die Kosmetikindustrie verzeichnet entzückt ein 66prozentiges Umsatz-Plus auf dem Sektor »Herrenpflege«. »Brut« und »Eau Sauvage« heißen die maskulinen Riechstoffe, »Antaeus« gar wie der wilde Kerl aus der griechischen Mythologie, der löwenfleischfressend in einer Höhle wohnt und sich mit Herakles prügelt.

Da müssen dann Kraftbubis wie Franz Beckenbauer her, um »Brut«-parfümiert die neue Männlichkeit vorzuturnen. Und im Werbefernsehen sind immer häufiger Herren bei der Morgentoilette zu sehen, wie sie sich gutgelaunt, ein Liedchen auf den Lippen, Kosmetika applizieren.

Bei der Chemie in der Flasche sollten sie vielleicht »Spiel mir das Lied vom Tod« pfeifen...

Zur Verkaufsförderung ihrer Produkte greift die Werbewirtschaft jedoch immer noch am liebsten auf apartes Frauenfleisch zurück. Perfekte weibliche Schönheiten lächeln von Anzeigenflächen und Illustrierten-Titelbildern. Makelloses Edelmaß, faltenfreie Haut, strahlende Jugend werden dem unvollkommenen Normalbürger allenthalben präsentiert.

Wer sind diese vielen schönen Menschen? Rund 15.000 »Models« haben beispielsweise New Yorker Modellagenturen in ihren Karteien aufgelistet, mit sämtlichen erforderlichen Vermessungsangaben. Davon genügen rund 60 Spitzen-Stars allen Perfektionsansprüchen. Diese »Personalities« sind Top-Verdiener mit stets ausgebuchten Terminkalendern. Sie bestimmen hauptsächlich das Bild der schönen neuen Werbe-Welt.

Der Rest ernährt sich bescheiden vom Vermarkten irgendeines attraktiven Körperteils: Als Hand-, Fuß-, Bein- oder Busen-Model.

Manche Beauties werden auch erst entdeckt, nachdem sie der Natur kräftig nachgeholfen haben. Jerry Hall etwa, 22jährige Texanerin, fiel bei ihrem ersten Besuch in Pariser Model-Agencies nicht durch besondere Schönheit auf. Jerry fuhr nach Texas zurück, ließ sich die Zähne richten und die abgekauten Fingernägel durch Plastik-Attrappen ersetzen und schaffte den Durchbruch im zweiten Anlauf. Heute ist sie »Personality« und Beischläferin von Mick Jagger.

Mittlerweile sind den US-Trendsettern aber auch Frauen schon nicht mehr schön genug. Gefragt sind jetzt »Baby-Models« wie Tamara Jones, elf Jahre. Sie verdrängt derzeit, so der »Spiegel«, »die allmählich alternde Brooke Shields, 16, mit der die Mode der Baby-Vamps begann, von den Titel- und Anzeigenseiten der Modemagazine und Illustrierten«. Tamara, auf Femme Fatale geschminkt, verdient mit Modellstehen umgerechnet 2.000 Mark pro Tag.

Der Zwang zur Schönheit treibt aber noch ganz andere Blüten. Denn wo die normgerechte Paßform flöten gegangen ist, da muß heutzutage der Schönheitschirurg ran. Daß Ronald Reagan das Bedürfnis nach operativer Verschönerung hatte, mag dabei noch verständlich sein (wie muß der denn erst vorher ausgesehen haben), aber auch Menschen wie du und ich sehnen sich verstärkt nach maßgeschneiderten Körperformen.

Da werden Wangen hochgezurrt und Ohren angelegt, Abnäher in zu weit gewordene Hautpartien gestichelt, Bäuche ein- und Nasen ausgebeult. »Bild« veröffentlichte kürzlich sogar eine Preisliste:

· *Knitterfalten wegbügeln: 4. 000 Mark*

· *Bauch straffen: 6. 000 Mark*

· *Busen vergrößern: 4.000-6. 000 Mark*

· *Stirn entrunzeln: 5. 000 Mark*

· *Fliehendes Kinn unterspritzen: 2.500 Mark*

· *Waden auspolstern: 8. 000 Mark*

· *Schlaffe Oberschenkel raffen: 3. 000 Mark*

· *Fettpolster absaugen: 3. 000- 5. 000 Mark*

Daß solche Raff- und Polster-Aktionen auch gefährlich danebengehen können, verrät »Bild« allerdings nicht. Der Leser muß sich dann schon die Mühe machen, medizinische Fachpublikationen zu studieren.

Wohin eine Schönheitsoperation führen kann, schilderte die Frauenzeitschrift »Courage«. Dort beschreibt eine Frau ihre Brustverkleinerung: Ihr Fazit: »Mikrokalkfelder, Zysten in der Brust, als Knoten zu spüren, Narbenreaktionen. Jede Frau, die sich solch eine Operation überlegt, sollte sich überlegen, ob sie den 'großen Preis' zahlen will. Es ist ein Wahnsinnseingriff, die Situation demütigend, das Resultat nach herrschenden Schönheitsnormen selten befriedigend, die körperliche Belastbarkeit dauernd eingeschränkt ... «

Künstlich vergrößerte Brüste können plötzlich hart wie ein Tennisball werden: Um das implantierte Kunststoffkissen bildet sich eine Grenzmembran, in Fachkreisen »derbe Kapselfibrose« genannt. Paraffinöl-Injektionen, vor 20 Jahren in den USA große Mode, zeigten nach Jahren tumorartige Veränderungen, an den unterspritzten Stellen bildeten sich girlandenartig Knödel, die wie dunkelblaue Weintrauben aussahen. Und direkt in die Haut gespritztes Silikonöl (eine heute noch praktizierte Methode) hat in den USA schon einige Todesopfer gefordert; in harmloseren Fällen wurden Augenbrauen plötzlich pelzig-dick, entrunzelte Oberlippen blähten sich orang-utan-artig auf und hingen fortan über die Unterlippe - ein irreparabler Schaden.

Dagegen mutet es nachgerade harmlos an, was Bundesbürger sonst noch so mit sich anstellen, um schlank, schön, braun und dynamisch zu sein.

In 2.000 professionellen Sonnen-Studios schwitzen sie unter der Kunststoffsonne. Mehr als 100.000 Heimbräuner stehen für den Do-it-yourself-Sonnenbrand zuhause bereit. Wie schädlich die UV-Strahlen nun tatsächlich sind, ist unter

Dermatologen immer noch umstritten. Nur eins steht fest: Seit Anfang der Sechziger Jahre hat sich die Hautkrebs-Rate in unseren Breiten schlicht verdoppelt.

Das hängt natürlich auch damit zusammen, daß die Ozonschicht der Erde, die 95 Prozent der ultravioletten Sonnenstrahlung schluckt, langsam aber sicher kaputtgemacht wird: Durch Fluorkohlenwasserstoffe, vorwiegend eingesetzt als Treibgase in Spraydosen. In den USA, Schweden, Kanada und Norwegen ist die Verwendung von Fluorkohlenwasserstoffen als Treibmittel mittlerweile verboten: In den EG-Ländern gibt es lediglich Einschränkungsbestimmungen, wobei in der Bundesrepublik die Industrie einer »freiwilligen Selbstkontrolle« unterliegt.

Auch hier spielen Kosmetika als Umweltvergifter eine Rolle: »Unter allen Aerosolpackungen«, so der Industrieverband Körperpflege- und Waschmittel, »nehmen Kosmetiksprays einen Anteil von ca. 60 Prozent ein. Die wichtigsten Produkte sind Haarsprays und Deodorants bzw. Anti-Transpirantien.«

Da die zivilisierte Weltbevölkerung sich chronisch überfrißt, verspricht das Geschäft mit der Schlankheit ebenfalls einträgliche Einnahmen. Immerhin nehmen die Deutschen regelmäßig allein über die Weihnachtsfeiertage ungefähr 110 Millionen Kilogramm zu. Den Rest des Jahres verbringen sie dann mit mehr oder weniger verzweifelten Versuchen, das Fett wieder loszuwerden.

Hierbei bieten sich dann vielfältige Möglichkeiten, ihnen das Geld aus der Tasche zu ziehen. Der amerikanische Ketchup- und Mayonnaise-Fabrikant Heinz (»Heinz Tomato Ketchup«) erkannte seine Marktchance: Er beteiligte sich an den »Weight Watchers« (»Gewichtswächter«), einem mittlerweile weltweit arbeitenden Abspeck-Unternehmen. Sowas nennt sich dann »optimal erweiterte Produktpalette«.

Geradezu plump - wenngleich auch nicht ganz mißlungen - mutet da der Versuch der Firma Slendertone an, für 1.000 Mark und mehr Schlankheit aus der Steckdose zu verkaufen: Verbrauchertests ergaben, daß die sogenannten Reizstromgeräte weder Fett abbauen noch die Haut straffen können. In den USA ist der Verkauf solcher Geräte an Laien verboten; bei uns darf Slendertone weiterhin reizströmen. Nur die Werbebehauptung »Durch passive Gymnastik in Top-Form« wurde gerichtlich untersagt. Der neue Slogan lautet »Der erfolgreiche Weg zur Wunschfigur: Automatische Gymnastik plus Ernährungskontrolle«. Und auch damit klappt der Kundenfang.

Etwas Hübsches haben sich Pharma-Konzerne zum Thema Abnehmen einfallen lassen. So verkauft etwa die Firma Merck in Apotheken voluminöse Pappkartons mit kleinen Tüten, die jeweils etliche Gramm einer »vollwertigen Schlankheitsdiät« in Pulverform enthalten. »Bio-Norm« heißt dieses unglaublich gesunde Produkt, erhältlich als »Eiweiß-Lecithin-Granulat«, »Eiweiß-Müsli«, »Eiweiß-Vielkem« oder »Eiweiß-Drink« in den Geschmacksrichtungen Vanille, Banane, Schoko und Mokka.

Wer nun pro Tag ausschließlich den Inhalt dreier solcher Tütchen zu sich nimmt (was ihn rund sieben Mark kostet), der nimmt ab. Erstaunlich ist das nicht: Auch wer am Tag nur drei Löffel Kaba ißt, wird ganz zweifellos dabei schlanker werden.

There is eben no biz like show biz. Offenbar kann kein Werbeversprechen blöd genug sein; je absurder das Produkt, desto gläubiger die Käuferschaft.

Obwohl sich inzwischen herumgesprochen haben sollte, daß Kosmetika weder die Haut »verjüngen« noch »Haarausfall stoppen« können, werden sie gekauft. Bundesbürger waschen sich mit aggressiven Shampoos die Haare vom Kopf, baden in Schaumbädern, die gleichzeitig den Schmutzrand der Badewanne wegfressen und sich daher besser zur Kloreinigung eignen, und schmieren sich - völlig unnütz - Vitamine ins Gesicht, anstatt sie zu essen.

Der Internist Dr. Norbert Gerlich über solche »Kannibalenmethoden«: »Ich lege mir ja auch das Frühstück nicht auf den Bauch, um es einwirken zu lassen und damit satt zu werden.«

Konkret 04/82, S. 100

Hartmut Schulze

Bitte fühlen Sie sich provoziert!

Zwei neue Filme von Werner Schroeter jetzt im Kino

Dieser Film braucht Spießer. Dieses »Liebeskonzil« von Oskar Panizza braucht, jedenfalls so, wie es Werner Schroeter auf die Leinwand gebracht hat, unbedingt einen Skandal. Um Panizzas Willen.

Als man noch um seine Sprengkraft wußte, gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts, da hat dieses Stück seinen durchaus verdienten Skandal bereits bekommen: Oskar Panizza wurde 1895 wegen Gotteslästerung in 95 Fällen mit Gefängnis bestraft. Aber heute, dreizehn Jahre nach der Abschaffung des einschlägigen Strafgesetzbuch-Paragraphen, heute, wo etliche Kinobesucher (wenn überhaupt) aufgeklärten Religionsunterricht genossen haben - heute muß bei einer »Liebeskonzil«-Inszenierung klar werden, daß es da nicht (nur) um Blasphemie, sondern um die »Besudelung jedes irdischen Autoritätsglaubens überhaupt« geht. So jedenfalls hat der Schriftsteller Walter Mehring (1896-1981) Panizzas Stück gelesen, und wenn man es so liest, gibt es kaum noch einen Grund, es aus der Vergessenheit zu holen.

»Doch«, widerspricht Werner Schroeter im Gespräch mit KONKRET, »ich hab den Film gedreht, weil es mir Spaß gemacht hat - ein in Deutschland weithin ungebräuchliches Vergnügen.«

Was da an Farben, Kulisse und Kostümen von der Bildfläche knallt, ist wirklich eine Augenpracht, und doch läßt dieses Spektakel sein Publikum unbeteiligt. Dabei hat in dieser Inszenierung die ganze Phantasie von römischen Theaterleuten gesprudelt. Dort, im Altstadtviertel Trastevere, hat Werner Schroeter eine »Liebeskonzil«Aufführung der kleinen Tournee-Bühne »Teatro Belli« weitgehend abgefilmt: Im Himmel brabbelt ein gar nicht lieber seniler Gott dummes Zeug, zur rechten ein schwindsüchtig dreinblickender Christus (dessen Part an eine weitere Panizza-Schrift erinnert: an seinen Aufsatz »Transvestitentum und Effeminismus im Messiaskult«) und zur linken eine lüsterne Jungfrau Maria, und der Heilige Geist kommt als weiße Taube angeflattert. Das debile Trio hält Ratschlag über die verruchte Menschheit, besonders über die Sippe um den Papst Alexander VI., der sich - so ums Jahr 1500 - mehr um Kopulation als um Absolution sorgt. Von einer Vernichtung der Menschen raten die Engel ab, aber Strafe soll sein. Weil dem Himmelskonzil nichts Rechtes einfallen will, wird der »vielliebe Vetter« aus der Hölle dazugebeten. Der Teufel erfindet als Fluch die Liebesseuche, die in Gestalt der schönen Tochter von Satan und Salome auf die Erde geschickt wird. (Tatsächlich soll die Syphilis danach zum ersten Mal in Italien aufgetreten sein.)

Weil er wohl der »Teatro Belli«-Inszenierung dieser kargen Handlung selbst nicht zutraut, daß sie in deutschen Kinos ähnlich aufregt wie vielleicht im Schatten von Vatikan-Mauern, und weil Panizzas »verquasterte Jahrhundertwend-Sprache« (Schroeter) aktuelle Bezüge nicht gerade erleichtert, bekommt das Stück im Film noch einen dramaturgischen Rahmen: die Verhandlung des königlich bayerischen Schwurgerichts gegen Oskar Panizza. Das Drehbuch stützt sich hier weitgehend auf die originalen Gerichtsakten, bietet also eine ähnlich verquasterte Sprache. Und wo ein aktueller Bezug durch Fremdkörper-Vokabeln wie »Grundgesetz« herbeigezwungen werden muß, kann das Vertrauen in die Aussagekraft der eigenen Inszenierung nicht allzu groß sein.

Bei Werner Schroeter jedenfalls bleibt vom »frechsten und kühnsten, geistreichsten und revolutionärsten Propheten seines Landes« (Kurt Tucholsky über Panizza) nur der bloße Spaß des Regisseurs und ein Achselzucken beim Zuschauer.

Da hilft auch nicht die reißerische Überschrift im Presseheft des Filmverleihs: »Liebeskonzil beschlagnahmt!« Erzählt wird dort die Geschichte des jungen Verlegers Petersen, dem ein Staatsanwalt im Jahre 1962 im holsteinischen Glücksburg 300 Buchausgaben der »Himmelstragödie« (so der Untertitel) beschlagnahmte.

Ja sicher, Panizza, der von sich sagte »Ich bin ein Anarchist«, wurde verfolgt und totgeschwiegen. Die wilhelminischen Literaturgeschichten kannten ihn so wenig wie die des Adenauer-Staates, und wenn es seine Bücher im Nazi-Reich gegeben hätte, wären sie verbrannt worden. Ja sicher, es ist ehrenvoll, daß Schroeter diesen Text hervorgeholt hat (dessen Lektüre* mehr lohnt als der Film): zwanzig Jahre nach der zweiten deutschen Polizeiaktion gegen Panizza und zwanzig Jahre, nachdem er, wiederentdeckt von dem Surrealisten Andre Breton, in Frankreich gefeiert wurde. Ehrenvoll ist Schroeters Film allerdings vor allem, weil er Gelegenheit bietet, auf die anderen, für hier und heute sicher wichtigeren Bücher von Oskar Panizza hinzuweisen, die jetzt nach und nach im Verlag Matthes & Seitz erscheinen«. Der Dramatiker Heiner Müller über Panizza: »Wer kein Deutscher werden will, sollte ihn lesen.«

Ihn lesen, ja. Aber nicht, ihn als hübsche, unanständige Operette inszenieren.

Schroeter erzählt, daß er Mühe gehabt habe, das »Liebeskonzil« beim Atlas-Filmverleih unterzubringen. Nach der Premiere auf der Berlinale gab es eine kleine Feier. Die Gäste bemühten sich, ihre Enttäuschung über den Film (von dem sie einen Höhepunkt dieses langweiligen Festivals erhofften) zu überspielen. Nur einer freute sich richtig, Atlas-Chef Ekkelkamp: »Eigentlich wollte ich heute abend gar nicht hierher kommen, meine Damen und Herren. Ich bin nämlich streng katholisch.

Aber nachdem ich den Film gesehen habe, möchte ich Sie doch ganz herzlich begrüßen, denn was Werner Schroeter gemacht hat, ist brillant.«

Da ist zu befürchten, daß nicht einmal die Bischöfe über dieses »Liebeskonzil« böse werden und Schroeters Kalkül nicht aufgeht: »Wenn es Ärger gibt, ist es nur recht.«

Zwar hat es in den letzten Monaten wieder einige Prozesse wegen Religionsbeschimpfung gegeben, etwa gegen die Zeitschrift »Pardon« oder die Kabarett-Truppe »Die 3 Tornados«. Aber das weiß auch Werner Schroeter: »Die Toleranzschwelle hat sich verschoben.« Wäre es dann nicht seine Aufgabe gewesen, diese Toleranz als Pseudotoleranz zu denunzieren, anstatt mit buntem Klamauk zu überdecken, daß es um mehr geht als um die Verhöhnung klerikaler Macht? Schroeter: »Das Stück ist aber wie es ist.« Und wie zur Entschuldigung dafür, daß er seinen Film eben hauptsächlich aus Spaß am Drehen gemacht hat, wird der Regisseur nicht müde zu beteuern, das Stück sei bisher in Deutschland nie gespielt worden (eine Behauptung, mit der auch der Verleih wirbt). Schroeter: »Jede Aufführung ist bisher verhindert worden. Und das nicht etwa, weil der Text verstaubt oder langweilig ist, sondern weil immer irgendein Staatsanwalt eingeschritten ist.«

Schroeter, seine Produzenten und Presseleute haben schlecht recherchiert. Schade, denn was nicht verboten ist, das macht uns weniger scharf. Anfang der siebziger Jahre ist das »Liebeskonzil« ein paarmal aufgeführt worden, und zwar nicht nur auf Kleinbühnen wie in Stuttgart (Theater der Altstadt) oder Reutlingen (Theater in der Tonne), sondern auch im Hamburger Ernst Deutsch-Theater und in einer Gast-Inszenierung im Hamburger Schauspielhaus.

Schroeters »Liebeskonzil«, so vom Blatt gespielt, kokettiert mit der Subversivität. Und diese vermeintliche Subversivität, die um Ablehnung buhlt, um sich zu bestätigen, soll dann Rechtfertigung sein für einen ganz konventionellen, linear erzählenden Film. Einer, der mit experimentellen Schmalfilmen als enfant terrible des jungen deutschen Films angefangen hatte und inzwischen mit mehreren Monografien geadelt wurde, einer, der sich zum Ausgleich dafür mit einem »Weißwurst-Bömbchen«Zitat gegen Franz Josef Strauß einen schönen Skandal machen konnte - so einer hat ja schließlich einen Ruf zu wahren.

Schroeter: »Deshalb hat es mir noch mehr Spaß gemacht, den Film zu drehen, weil ich an die Vorgänge von 1980 anläßlich der geplanten 'Salome'-Inszenierung in Augsburg (die aus »moralischen« Bedenken verhindert wurde - Red.) denken mußte. Abgesehen davon gleicht sich das Material - wenn man diese Hunderte von Seiten Kommentare und Landtagsprotokolle von der 'Salome'-Geschichte liest, wie ein Ei dem anderen, obwohl mein Fall wesentlich, nämlich 85 Jahre später stattgefunden hat. Von der bayrischen Regierung wurden ja auch Ausdrücke wie 'entartete Kunst' und 'entarteter Künstler' über mich in Umlauf gebracht.«

Natürlich, das war schlimm. Und doch gleicht der Fall Schroeter dem Fall Panizza - wenn schon Eier - wie das Straußen- dem Schlangenei. Der eine konnte sich, auch im Jahr des »Salome«-Skandals, auf der Berlinale einen »Bären« abholen (für »Palermo oder Wolfsburg«), der andere wurde verfolgt und verurteilt.

Nachdem er seine Höchststrafe, ein Jahr Gefängnis, verbüßt hat, geht Panizza ins Exil. Von Zürich und Paris aus spottet er weiter: gegen Gott und Vaterland - und Kaiser. (Zum Beispiel über Wilhelm II: »Ihr habt 'nen Gott mit richtigen Därmen / und Euer Gott, der macht Kaka«.)

1901 kehrt der inzwischen steckbrieflich gesuchte »Spaltpilz und Nestbeschmutzer, Gotteslästerer und Staatsfeind« (Heiner Müller) freiwillig in seine verhaßte Heimatstadt München zurück und stellt sich. Wegen Majestätsbeleidigung sitzt er vier Monate lang ein. Schließlich flüchtet sich Panizza in die Geisteskrankheit.

Ob der Doktor der Medizin und zeitweilige Nervenarzt Panizza tatsächlich krank oder »nur« irre war an einer Gesellschaft und ihrer Herrschaft, die ihn für verrückt erklärte, ist nie endgültig geklärt worden. Wahrscheinlich ist, daß er sich aus freien Stücken entmündigen ließ und im Jahre 1905 seine Einlieferung in ein Irrenhaus selbst provozierte. Nach sechzehn Jahren in der Bayreuther Anstalt stirbt Oskar Panizza 1921.

So grundverschieden beide Filme sind - nicht nur dieser Lebenslauf des Oskar Panizza zeigt eine Parallele zu Werner Schroeters zweiter Produktion, zum fast gleichzeitig anlaufenden »Tag der Idioten«.

Dessen Hauptfigur Carol Schneider (faszinierend gespielt von Carole Bouquet, die besser durch diese Rolle international bekannt geworden wäre als durch ihren Part in der letzten James Bond-Plotte), diese Carol will dem sie umgebenden Wahnsinn entfliehen, indem sie sich in eine Irrenanstalt einliefern läßt.

»Der Wahnsinn, wenn er epidemisch wird, heißt Vernunft«, schreibt Oskar Panizza (und die angeblich Neuen Philosophen aus Frankreich sind inzwischen auch drauf gekommen). Umgekehrt fühlt sich Carol in der Klinik unter lauter Irren wohler.

Das Unnormale ist normal und das Normale unnormal. Ist das die wohl reichlich banale Aussage von »Tag der Idioten?« Werner Schroeter kuschelt sich während des KONKRET-Interviews in Uterus-Haltung im »Interconti«-Bett, nuckelt am

Laken und nöhlt: »Ja, aber das ist eh klar ... « Und warum wird es dann gesagt? Oder willst du mehr mit diesem Film? Schroeter: »Weiß ich nicht. Ein Film drückt sich in sich selbst aus. Es ist das. was es ist ... «

Wer will da widersprechen. Manche Kritiker hat der »Tag der Idioten« ziemlich ratlos gelassen. Einer meinte, man könne die Film-Spulen vertauschen, und niemand würde es merken. Werner Schroeter kann darin keinen Vorwurf sehen.

Zwar gab es ein Drehbuch, das auf einer Erzählung der tschechoslowakischen Schriftstellerin Dana Horakova basiert, aber dann haben die Schauspieler - und vor allem die Schauspielerinnen - »ihre Phantasie spielen lassen«, wie Schroeter doppelsinnig sagt. Da wird die erzählte Handlung fast unwichtig: Carols Liebe zu ihrem Alexander wird nicht erwidert, sie fühlt sich isoliert und bedroht. Willkürlich denunziert sie unbekannte Bürger bei der Polizei, die als Terroristen verhaftet werden, bis Carol selbst festgenommen und in eine Nervenheilanstalt eingeliefert wird. Als sich dort eine der Patientinnen das Leben nimmt, verläßt Carol die Klinik wieder, zur Erleichterung der Anstaltsärztin, die sie von Anfang an für »normal« hielt. Aber von neuem wird Carol von Alexander abgewiesen, sie kehrt zurück ins Irrenhaus. Bevor der Wahn, in den sie sich hineinsteigert, wirkliche Krankheit zu werden droht, wird Carol von der Ärztin (gespielt von Ingrid Caven) rausgewiesen. Draußen in der Freiheit, die bei den Patientinnen »Gefängnis« heißt, stürzt (sich) Carol vor ein Auto.

Der Film wurde in Prag gedreht. Warum eigentlich? Schroeter: »Weil ich mal sehen wollte, wie das ist, in einem sozialistischen Land zu drehen.« Und wie war es? »Mit den Pragern zu arbeiten, war ein absoluter Genuß, der Einsatz war toll.«

So diszipliniert die Dreharbeiten waren, so exzessiv geriet der Film. Schroeter: »Ich finde, man sollte keine Angst vor Übertreibungen formaler oder sinnlicher Art im Kino haben.« Resultat dieser Furchtlosigkeit sind Bilder, die sich ganz tief eingraben im Gehirn. Und Töne. Carols Hand streicht in Großaufnahme über den Tonarm eines Plattenspielers, hält ihn unendlich lange fest, wenn sie ihn fallenläßt, tut das weh. »In einem Meer von Liebe ... « Ein Xylophon, ein irgendwie obszönes Instrument, taucht immer wieder auf, auch in Großaufnahmen; oder in der Totalen, dann sieht man, wie nach seiner Musik in einem riesigen Ballsaal Formationstanz geübt wird. Beklemmende Ikonen, irritierende und irrisierende Fetzen aus der Realität, harte Schnitte und dann wieder eine ruhige Kamera, die lange und gespannt wie ein Voyeur das tolle Treiben im Irrenhaus aufnimmt.

Es ist alles andere als eine sozialkritische Reflexion über Nervenheilanstalten in einer repressiven Gesellschaft. Die Patientinnen präsentieren sich wie im Irrenwitz, die Heilanstalt und ihr Ambiente wie in der Karikatur. Karikatur und Metapher. Gegen Ende des Films läßt Schroeter die Kulissen des Irrenhauses zusammenstürzen.

Ist bei diesen (und anderen) Bildern die Metapher nicht ein bißchen platt? Schroeter nöhlt wieder unter seiner Bettdecke (Interviews im Bett zu geben, ist nicht nur bequem, sondern auch gut für's Image): »Ach, die einstürzenden Kulissen, ja, das ist schön, das mag ich gern.« Und ich muß zugeben, daß solch schnöder Einwand bei diesem Film einfach nicht angebracht ist, - bei einem Film, dessen poetische Kraft und manchmal auch Brutalität mich vier Wochen nach dem ersten Betrachten immer noch davon abhalten, ihn mir ein zweites Mal anzusehen. Ich möchte gerne; aber ich hab das erste Mal noch nicht verarbeitet und habe Angst, daß beim zweiten zu viel Neues dazukommt.

Wer sich seinen Kopf nicht derart durcheinanderbringen lassen will, verläßt das Kino schnell, entnervt vom Quietschen der Bettgestelle, auf denen die Patientinnen nicht aufhören wollen zu wippen. Das frühe Rausgehen erspart dem Betrachter manchen Schock. Schließlich bekommt man nicht alle Tage zu sehen, wie eine nackte Frau breitbeinig drauflospinkelt. Und unter ihr kraucht eine andere hervor und läßt sich wohlig vollaufen. Pervers jedoch wirkt da gar nichts, und wenn Schroeter vom Zustandekommen dieser Szene erzählt, dann redet er so wie von seinem Besuch in der jüdischen Altstadt von Prag: »Nichts war geplant, dieser Wasserfall war echt, die Ellen Umlauf und die anderen Schauspielerinnen haben sich da so in ihre Rollen hineingespielt, daß sich das eben so ergeben hat.«

Und so ist diese Szene auch keine Provokation, der »Tag der Idioten« hat keine Provokation nötig - der ganze Film provoziert. Weil er sein Publikum aufregt, hält Schroeter den »Tag der Idioten« auch für »viel politischer als das 'Liebeskonzil', auch in seinen formalen Mitteln«. Natürlich versteht er »politisch« anders als die Video-Agitatoren von der Startbahn West. Für so etwas fühlt sich Schroeter dem Anarchisten Panizza zu verwandt, auch als ästhetischer Anarchist (ein bürgerlicher, der sich. an der Callas verzehren kann und am liebsten italienische Opern inszeniert).

Im letzten Jahr, bei den Hofer Filmtagen, hat Schroeter seine Position ganz klar gemacht: »Es gibt so viele emsige Lieschen, die Filme machen, so tolle Analysen liefern theoretischer Art. Das machen ganz viele Leute in Deutschland, das finde ich schön, aber das brauche ich nicht zu machen.« Er will dagegen sein Publikum »nur emotionell überfordern«. Und das, in der Tat, kann kaum einer so gut wie Werner Schroeter.

---

*) Das Liebeskonzil, Sammlung Luchterhand. 9,80 Mark

**) Die kriminelle Psychose, 12,80 Mark , Der Korsettenfritz, Gesammelte Geschichten, 39,80 Mark, Aus dem Tagebuch eines Hundes, 12,80 Mark - Dialoge im Geiste Huttens, 19,80 Mark

Kasten 104

Aus dem Prozeß um Panizzas »Liebeskonzil«

Liebe Münchner Metzger

Antonio Salines in der Doppelrolle des Teufels und des verteufelten Schriftstellers (auf dem Szenenfoto mit Susanna Goihl als Salome), spricht Oskar Panizzas Schlußrede im » Liebeskonzil «-Prozeß: Auszüge:

Das sollte zum letzten Wort gehören, das ich weiterhin in Anspruch nehme, daß »der grüne Junge«, wie ich seine Majestät tituliere, nicht der Grund ist, mich als unangenehmen Menschen auszuschalten. Der Gotteslästerungsparagraph ist dann immer das einfachste für die Staatsanwälte.

Liebe Münchner, wir wollen noch ein bißchen Konzil halten; ein süß-vertrauliches, liebes Konzil. Ihr sollt nicht lediglich mit Alkohol und Biersuden in der geistigen Geschichte Europas stehen. Lauschet! Wir wollen Deutsch reden. Noch heute besteht Eure Stadt aus zwei Drittel Metzgern. Die Fleischer-Innung ist bei Euch die vornehmste. Und Eure Schlachthäuser sind mustergültig. Aber wehe, wer Euch und Euren Fleischermessern mit andern Dingen, als mit Rostbeefs und Kuttelfleck in die Quere kommt! Wehe, wer Euch zumutet, Gedanken zu verdauen! Ihr zerhackt und zermetzgert ihn in der entsetzlichsten Weise. Bluttriefend muß derjenige von Euch sich zurückziehen, der die frevelhafte Zumutung an Eure Gehirnchen gestellt hatte. Und Eure Rache ist komplett.

0 geht mir, die Ihr immer in den Geburtsteilen Eurer Maria wühlt und stundenlang ein und dieselbe sexuelle Phrase litaneit, bis dem Zuhörer Übelkeit ankommt. Durch Strafgesetz sind Unsittlichkeiten und Obszönitäten, auf Erregung der Geschlechtslust berechnete Worte und Vorträge verboten. Aber ihr holt es in Eurer Kirche nach, und mit Euren vor dem Strafrichter sicheren Litaneien stopft Ihr Euch durch stundenlange Übung mit geschlechtlichen Erregungen toll und voll.

Kommt ein neues Theater und bittet Euch um das feinste Lauschen Eurer Seele, reißt ihr die Mäuler auf. Eure Witzblätter und Staatsanwälte nennen die »Modernen« »Schweine«. Und Ihr speit Gift und Galle auf das, was Ihr wohl wißt, hundertfach über Euch und Euren trübäugigen Katholizismus erhaben ist. - Mein Konzil ist zu Ende. Vielleicht kommt einmal einer nach mir, der wiederum mit Euch Konzil abhält, aber weniger konziliant verfährt. Adieu, meine lieben Münchener!

Konkret 04/82, S. 109

Wolf Donner

Ein Monat aus Hollywood

Das Hollywoodkino Anfang der 80er Jahre ist konservativ wie seit langem nicht mehr: ästhetisch, ideologisch und in seinen ökonomischen Praktiken. Das zufällige US-Filmangebot im April im westdeutschen Kino illustriert die Krise.

Kleinmut und Ratlosigkeit beherrschen das Bild, das Liebäugeln mit den neuen Medien, d.h. neuen Märkten (Video, Pay-TV) bestimmt schon die Stoffwahl; die Regisseure werden degradiert zu brillanten Computer-Technikern vom Typ Lukas, Spielberg, de Palma und die alten Studios zu weisungsgebundenen Nebenzweigen allgegenwärtiger Multis; Projekte werden stranguliert durch das Diktat unsicherer, an Scheinerfolgen orientierter Produzenten und durch die Vergötzung angeblich sicherer Rezepte (Stars, Serien wie James Bond oder Star Wars, Trends wie Horror oder Militärklamotten); und als weltanschaulicher Zuckerguß über allem, immer unverhohlener, das neue Sendungsbewußtsein aus Washington.

Erstes Beispiel, ein Problemfilmchen. Brian Clarks Theaterstück *»Ist dies nicht mein Le*ben?« plädiert für das Recht eines nach einem Unfall gelähmten Bildhauers, sich selbst das Leben zu nehmen. Erfolgsregisseur John Badham (»Saturday Night Fever«) und Erfolgsstar Richard Dreyfuss (wie immer hysterisch überzogen) liefern nichtssagend abgefilmtes Theater, das mit Sex, Komik und optischem Firlefanz krampfhaft und grobschlächtig aufgemöbelt wurde. Besonders enttäuschend ist John Cassavetes als faustisch-grimmiger Halbgott im Kittel.

Stars. Ernest Thompsons Theaterstück »Ain *goldenen* See« ist wie der Titel und versammelt zwei schrullige »Ohnsorg«-Alte mit etwas Anhang im Landhaus am See; der Sonnenuntergang spiegelt ihren Lebensabend wider und ein Perlhuhn-Paar ihren wackeren Optimismus. Katherine Hepburn, 73, outriert schrill und schrecklich ihre Manierismen, das Monument Henry Fonda, 77, adelt den sentimentalen Kitsch durch seine bloße Präsenz, Tochter Jane absolviert mit angehaltenem Atem Form und Disziplin und einen Auftritt. Mark Rydell hat keinen Film inszeniert, sondern eine alberne Altstar-Gedenkfeier.

Politik. Ein altes Schlachtroß und Boß einer Militärakademie (George C. Scott in seinem Standard-Part) röhrt Sprüche über Ehre, Pflicht, Vaterland, Tapferkeit usw. doch als er plötzlich aus dem Verkehr gezogen wird und seine anachronistische Kaderschmiede geschlossen werden soll, verteidigen die fehlgeleiteten Eleven ihre Schule mit geübtem Drill bis zum blutigen Ende. Harold Beckers *»Die Kadetten von Bunker Hill«* ist holperig konstruiert und steril gemacht, bleibt scheinbar unentschieden in der Wertung zwischen der Außenwelt und den Kadetten zwischen 8 und 18, glorifiziert aber indirekt die uniformierten Rebellen als Helden und das Militär als Hort pubertärer Knabenträume.

Ulk. Die TV-Scherzartikel Dan Aykroyd und John Belushi (»Blues Brothers«) brauchen nur ihre stereotypen Gesichter vorzuzeigen, Aykroyd wilde Grimassen und Belushi (vor kurzem ist er gestorben) starre Duldermienen, und das amerikanische Publikum johlt. John Avildsens *»Die verrückten Nachbarn«* sollte wohl amerikanische Spießer und Nachbarschafts-Rituale und Familienideologie parodieren, aber die zwei Mimen verkleistern den kritischen Ansatz zu banalem Leerlauf: »Polyester« für ältere, noch simplere Gemüter.

Noch ein Ulk. Billy Wilder, 73, hat das Remake einer Farce von Edouard Molinaro mit Lino Ventura und Jacques Brel fabriziert, *»Buddy Buddy«.* Nun ist Walter Matthau der bullige Killer und Jack Lemmon der sabbel-selige Neurotiker, der ihn nicht zum Killen kommen läßt: zwei Komiker, die vor keiner Fratze und keiner Affigkeit zurückschrecken, in einem gar nicht komischen Film, dessen Nebenhandlung in einer Sexklinik (mit dem armen Klaus Kinski) das dümmste ist, was Wilder je inszeniert hat.

Fünf Filme, fünfmal keimfreies Samstag-Nachmittag-Entertaimnent für die ganze Familie, per Vorabkauf an Kabel, Kassette, Bildplatte und Network automatisch rentabel und risikolos, per Oscar-Segen, wenn irgend möglich, zusätzlich aufgepäppelt fürs internationale Kinoabspiel. Hollywoodfilme Anfang der 80er Jahre.

Aber Unterhaltung made in Hollywood geht auch anders. *»Melvin und Howard«* von Jonathan Demme basiert auf einer wahren Geschichte, einem 1976 gefundenen Testament, in dem Howard Hughes einem unbekannten Tankstellenbesitzer gut 150 Millionen Dollar vermachte. Dessen Geschichte erzählt der Film: ein naiver all American boy, der den meschuggenen Milliardär einmal in der Wüste aufgegabelt, nach Las Vegas zurückgefahren und mit seinem unverwüstlichen Charme zum Singen verleitet hatte, der wie ein Taugenichts durch Ehen und Berufe stolpert und dem am Ende wichtiger als die Niederlage gegen die Hughes-Erben sein Triumph ist, daß der große Howard einmal sein Lied gesungen hat.

Ein lustiger Film, liebenswürdig, wirr, von leiser Ironie und mit herrlichen Schauspielern.

Im April läuft auch Arthur Penns Amerika-Saga » Vier *Freunde«,* eine Elegie über Einwanderer-Illusionen, über Freundschaft und Familie, arm und reich, das Erwachsen-Werden und über die 60er Jahre mit ihren politischen Attentaten, Drogen, Popmusik-Stars, Campus-Unruhen und der Anti-Vietnam-Bewegung.

Penn verfolgt den jugoslawischen Immigranten Danilo (Craig Wasson) vom Stahlwerk in Ost-Chicago, wo sein Vater arbeitet (»Ich bin müde und gehe zur Arbeit: Das ist Amerika«), über Schulzeit, Universität, eine Fast-Millionärsehe in Long Island und Aushilfsjobs im hippiesken New York bis zur Jugendliebe zurück nach Chikago: eine schelmische Legende über den amerikanischen Traum.

Penn ist vertraut mit US-Mythen und dein US-Mythos (»Bonnie und Clyde«, »Little Big Man«, »Alice's Restaurant«), er versteht sich auf glamourös-melancholische Nachtszenen und nostalgische Elia-Kazan-Atmosphären, und er liebt spürbar jede seiner Figuren. Dafür nimmt man in Kauf, daß der Film viel zu lang ist, episodisch überwuchert wie ein erinnerter Traum, eine Fabel gegen alle Gesetze der Filmdramaturgie und doch ganz versiert und sympathisch.

Jonathan Demme hatte Etatprobleme, gilt als schwierig, hat nur wenige und nie sehr erfolgreiche Filme gemacht. Arthur Penn, der immer gegen Hollywoods Starsystem, Produzentenherrschaft und »Erfolgssyndrome« kämpfte, kann fast nur noch am Theater arbeiten und wurde erst kürzlich aus dem Projekt »Altered States« gefeuert und durch Ken Russell ersetzt. Auch das gehört zum neuen Hollywood: Konformismus als Berufskodex und Außenseiter als die letzten menschlichen Störfaktoren, die noch Neues bringen.

Konkret 04/82, S. 112

Walter Boehlich

Des Kanzlers Kunst

Über Helmut Schmidt und seine neue Liebe zur Kultur

Der erste deutsche Kanzler war ein ziemlich gebildeter Mann mit den schlechten Manieren pommerscher Gutsbesitzer, aber ein glänzender Redner. Ich mag ihn nicht. Der bisher letzte deutsche Kanzler ist ein schlechter Redner. Der erste hat trotz seiner Bildung nicht eine einzige Rede über Fragen der Kultur gehalten. Der letzte redet immer lieber über Kultur.

Als Laie, versteht sich, wenn auch als praktizierender. Er spielt nämlich nicht nur Orgel, sondern auch Klavier, und lieber als der Weltökonom wäre er Architekt geworden. Was des Kanzlers Kulturreden so liebenswert macht, ist seine Bescheidenheit, bis auf einen Punkt. Daran, daß er ein Intellektueller sei oder sich wenigstens für einen solchen hält, läßt er keinen Zweifel. Schließlich hat er als junger Mann Kant gelesen. Seitdem denkt er, ohne freilich »die Funktion eines Vorphilosophierers für die deutsche Gegenwartsgesellschaft«übernehmen zu wollen. Das ist schön von ihm. Macher allerdings, nichts als Macher, das will er ebenfalls nicht sein: »Das verbitte ich mir, hingestellt zu werden als eine mindere Kategorie, als bloßer Macher des Praktischen.« Danach wird man begierig, endlich zu erfahren, was dieser »engagierte und interessierte Laie« (Schmidt) zur Kunst zu sagen weiß. Man soll die Laien ja nicht unterschätzen, denn sie können den Vorzug besitzen, spontan auf das zu reagieren, was kaum allein für die Kenner gemacht worden ist.

Einer, der zwar nicht gelehrt ist, aber naiv genug, frei von der Leber weg, den anderen, womöglich gelehrteren, zu erzählen, warum ihn etwas begeistert und was ihn begeistert, ohne jede Rücksicht darauf, was herrschende Meinung ist, kann erfrischend wirken. Aber die erfrischendste Wirkung des Kanzlers läßt eher an Coca-Cola denken: »Ich bin, hingerissen, und ich nehme an, das wird bei vielen von ihnen auch so sein.« Ja, da muß man sich doch einfach hinlegen.

Das muß man auch dann, wenn der Kanzler zu scherzen beliebt. Dolbin*, erklärt er, sei von vielen mit Döblin verwechselt worden: »So falsch lagen übrigens diejenigen gar nicht, die hier die beiden so ähnlich klingenden Namen miteinander verwechselt haben. Für beide, für Döblin wie für Dolbin, hat Berlin eine wichtige Rolle gespielt.« Wunderbar. Und nun versteht man endlich, was den Kanzler so interessiert und engagiert. Die Verwandtschaft von Pettenkofer und Patentkoffer oder Gustav und Gasthof.

So einer kann gar nicht genug Ausstellungen eröffnen. Auf neun hat er es immerhin schon gebracht, und sollte er noch länger Kanzler bleiben, wird er auch noch die zehnte und elfte und zwölfte eröffnen. Das rechte Wort steht ihm allemal zur Verfügung. Beim bloßen Wort »Worpswede« geht ihm wie uns das Herz auf und läßt ihn schwärmen von seiner Bindung an die Worpsweder »und übrigens an die Landschaft, die Hamme- und Wümmelandschaft, Fischerhude noch stärker als Worpswede.«

Kunst ist eben nur Kunst, die Landschaft dagegen... die bindet. Nicht nur sie jedoch: »Aber wenn ich zufällig das Glück gehabt hätte, einmal in meinem Leben eine Barlach-Ausstellung oder eine Kollwitz-Ausstellung oder eine Nolde-Ausstellung eröffnen zu dürfen, dann hätten Sie ähnlich starke Bindungen gespürt.« Ein paar Monate später hat er zufällig das Glück gehabt und seinen Zuhörern erklären dürfen, daß die Expressionisten »suchende Menschen« waren, »aber zugleich strahlten ihre Bilder Einfachheit und Kraft aus«. Das kommt, weil Nolde »seinen Weg nicht über die Theorie gesucht« hat, wie so viele vor ihm, vom Mittelalter bis zur Renaissance. Man kann von Laien manches lernen.

Vor allem, wie man auf Werke der darstellenden Kunst reagiert: »Die Bilder haben mich stark berührt. Sie werden ebenso berührt sein.« Ein paar Sätze später: »Diese Bilder haben mit Recht viele Menschen bewegt und bewegen sie noch. Ich bin überzeugt, daß sie in Zukunft noch viel mehr Menschen bewegen werden.« Hat noch einer Zweifel, daß der Kanzler der geborene Festredner ist? Vordenker hin, Nachdenker her, Hauptsache Denker.

Wenn man die Theorie aus dunklen Gründen nicht schätzt, muß man halt von seiner Bewegung sprechen, oder doch wenigstens sagen, daß man bewegt worden sei. Die Kinder, sie hören es gerne. Der Kanzler verlangt ja nicht zu viel von ihnen. Nolde und Barlach und die Kollwitz, wer wird sich denen versperren? Nach ihnen scheint für den Kanzler nichts Nennenswertes mehr gekommen zu sein, weil ja bekanntlich nicht alles, was neu ist, deswegen auch wertvoll ist. Man muß nur ein halbes Jahrhundert warten; die Toten sind immer besser als die Lebenden - in der Kunst.

Für die Lebenden kann man durch die Steuergesetzgebung etwas tun, wenn man so Fachmann ist wie der Kanzler. Fester Ladenpreis, halbe Mehrwertsteuer usw. usw. Auf jeden Fall kann man an ihnen nichts wiedergutmachen. Das könnten erst die nächsten Generationen. Der Kanzler dagegen ist fasziniert von der Idee »geistiger Wiedergutmachung«, von der zu reden er nicht müde wird. Kulturpflege, die ihm von den Ländern nach Kräften verboten wird, ist ihm vor allem dies. Und für den Notfall, wenn wirklich einmal ein Lebender genannt werden muß, bleibt ihm immer Siegfried Lenz, dem es, wie der Zufall so spielt, ebenfalls Nolde angetan hat und die Landschaft da oben, wo sich die späten Nebel drehn.

Neben Lenz Grass. Und neben Grass Arno Schmidt. Der paßt nicht gut in diese Gesellschaft, hat den Kanzler aber zu einem tiefsinnigen Satz über ein Literaturwerk bewogen. »Ich spreche«, hat er gesagt, »von Arno Schmidt und seinem

'Abend mit Goldrand'(Evening Edged in Gold), einem dicken, komplizierten und teuren Buch, das in den USA gut angekommen ist.« Man sieht, nicht nur die Latinität, auch die Literatur tut Wunderwirkungen. Sie bewegt auch dort noch, wo sie dick, kompliziert und teuer ist, denn der Kanzler weiß seit seiner Jugendzeit, daß Literatur und Lesen Bildung ist!« Was den Vorteil hat, daß einer, der belesen ist, auch gebildet ist, bloß so durch die Bewegtheit. Mehr nämlich kann einer, dem »dazu die literarhistorische Bildung fehlt«, über das, was er an den von ihm geschätzten Büchern »findet«, nicht sagen. Das aber immerhin, genug für einen interessierten und engagierten Laien offenbar.

Bilder- und Büchergeben nicht viel her für einen, der nur des Nachts allenfalls eine halbe Stunde Zeit zum Lesen hat und geschüttelt wird von der Angst vor einem neuen Analphabetismus - nichts Konkretes jedenfalls, bloß Stoff für öffentliche Reden, die das Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung auf unser aller Kosten und zu unser aller Erbauung brav abdruckt, um uns zu beweisen, daß wir einen kunstliebenden Kanzler besitzen, der sehr viel mehr ist als ein Macher.

Zum Beispiel ein Denker, dem deutscher Tiefsinn nicht fremd ist: »Erwarten Sie also von mir bitte, daß ich mir meine Gedanken mache: Warum Schreiben und Lesen einerseits und Tun und Lassen andererseits vielfältig auseinanderklaffen.« Und so einer will kein Vordenker der Nation sein? Warum denn nicht? Er hats doch dazu. Wer sich zu solchen Abgründen vortastet, vor denen unsereiner schlicht die Augen schlösse, den müssen wir öfter hören, den können wir gar nicht oft genug hören.

Seine große Stunde wird kommen, wenn er in diesem Herbst die Frankfurter Buchmesse eröffnet. Wetten, daß er uns wieder erzählt, wie seine trefflichen Lehrer ihm mitten in der Barbarei des Nazismus das rechte Lesen beigebracht hätten und wie ihm schon als kleinem Jungen klar geworden sei, »daß die Führung dieses Staates geistig nicht intakt sein konnte«, wogegen wir heute in einer freien Gesellschaft lebten, in der alles gedruckt und gelesen werden dürfe, in der Buchhandel und Verlagswesen blühten, bloß die jungen Leute wollten nicht mehr so lesen wie er damals, weil im »Kursbuch« der Tod der Literatur mitgeteilt worden sei, von Leuten offensichtlich, die nicht einmal die halbe tägliche Stunde zur Lektüre aufbringen wollten, die selbst dem vielbeschäftigten Kanzler immerhin noch zur Verfügung steht.

Ja, früher als es noch die Arbeiterbildungsvereine gegeben habe und keine alternativen Kommunen, als die Sozialdemokraten noch wußten, daß Wissen Macht sei und niemand etwas von der großen Verweigerung gehört hatte, da war die Welt noch heil, da konnte noch gehandelt werden, denn »es ist unsere Meinungsführerschaft gefragt und nicht das endlose Gesabbel«. Oder doch nicht, denn das war aus einer anderen Rede. In Frankfurt wird er im Goethejahr lieber vom »Faust« sprechen und bemerken, daß der Satz »Der Worte sind genug gewechselt« verräterisch oft bei uns gebraucht werde, nicht natürlich bei den Sozialdemokraten, denn »die Sozialdemokratie war immer eine Partei, in der heftig diskutiert wurde«. Diskussionsfeindschaft gebe es überhaupt nur bei den Konservativen, und bei denen natürlich auch Kunst- und Literaturfeindschaft, während die Sozialdemokratie immer allem Neuen und Fortschrittlichen offen gewesen sei, wofür, wenn sonst schon keiner so doch er bürge. Von ihm wisse man, welche bedeutenden Folgen die Liebe zur Kunst und die Liebe zur Literatur haben könne, wo er doch keine Gelegenheit vorbeigehen lasse, ohne dem Prado einen Halbstundenbesuch abzustatten, und so gern eine Kunsthalle in Bonn sähe, mit einer »repräsentativen Darbietung dessen, was wir an bildender Kunst hervorgebracht haben im Laufe des deutschen Lebens«.

So oder so ähnlich werden wir ihn in ein paar Monaten hören können, gebannt von seiner laienhaften Kennerschaft und seiner Bewegtheit, ergriffen von seiner unleugbaren Liebe zur Kunst und zu Künstlern, unter denen Ernst Barlach besondere Bedeutung zukommt. Oder haben wir etwa schon vergessen, daß dieser kunstkennende und kunstliebende Kanzler es war, der bei seinem Besuch in der DDR darauf bestand, einen Abstecher nach Güstrow zu machen, um endlich das Original des Barlachschen Engels sehen zu können? So etwas wäre weder Adenauer noch Erhardt, noch Kiesinger oder Brandt je eingefallen, weil sie alle nicht auf die Lichtwark-Schule gegangen waren, wo man dergleichen lernen konnte. Auch ich bin nicht auf diese Schule gegangen; ich kann mich täuschen, ich dachte nämlich, die Nazis hätten den Engel in Güstrow zerstört, Barlach aber habe 1938 einen Zweitguß gemacht, den man noch heute, eine halbe Autostunde von des Kanzlers Amtssitz entfernt, in der Kölner Antoniterkirche sehen kann. Was man dagegen in Güstrow sehen kann, ist alles andere als ein Original, es ist eine Replik.

---

*) Dolbin (Benedikt Fred Pollack), österreichischer Zeichner (1883 - 1971)

Konkret 04/82, S. 118

Martin Buchholz

Mensch ihr Affen!

Vor hundert Jahren starb Charles Darwin. Er bewies, daß Mensch und Affe gemeinsame Urahnen haben. Dennoch ist der Kampf Adam gegen Affe noch immer nicht entschieden.

Für jeden Dummkopf stand schon immer fest: Es sind die anderen, die vom Affen abstammen. »Ein einheitlicher Typus, verblüffend ausgeprägt. Ein beinahe einheitlicher Schnitt der Gesichter, zumindest ein die Physiognomien überlagernder kollektiver Ausdruck.., Die Haltung der Körper: ein leicht vorgeneigter, in gekrümmten Schultern schwingender, unfreier Gang.«

So hat der Chefredakteur vom »Capital« die 300.000 Bonner Friedensgorillas beschrieben. Dennoch ist zum Beispiel Ludolf Herrmann ganz gewiß ein »Darwinist«: Stets wird er das Recht des Stärkeren im Dschungel seiner capitalen Marktwirtschaft verteidigen. »Survival of the Fittest«: Darwins Grundgesetz. Der Philosoph Theodor W. Adorno hat sich schon früher mal gewundert: »Sie lieben das Raubtier.... sie glauben an das Überleben des Tauglichsten, an die Auslese der Natur, aber sie hassen den Gedanken, ihre Vorfahren könnten an die der Affen erinnern. Widersprüche dieser Art sind typisch für die gesamte faschistische Einstellung.«

100 Jahre ist Darwin nun schon tot. Und dennoch ist der Kampf Adam contra Affe noch in vollem Gange, besonders in den USA. Dort soll die biblische Schöpfungsgeschichte (Genesis) plötzlich wissenschaftlichen Rang erhalten - und im Biologie-Unterricht den gleichen Stellenwert, also die gleiche Lehrzeit bekommen wie die Evolutionstheorie. In den US-Staaten Arkansas und Louisiana wurde diese Regelung schon Gesetz. In 15 weiteren Bundesstaaten liegen ähnliche Gesetzentwürfe vor. Immerhin hat kürzlich ein Gericht in Little Rock (Arkansas) entschieden, daß die Genesis Glaubenssache sei und damit nicht zum Lehrstoff an den Schulen werden dürfe. Eine Runde ging also an den Affen. Doch Adams »wissenschaftliche« Jünger, die sich in den USA »Kreationisten« nennen, kämpfen weiter - »mit Gottes Hilfe«.

Auch in der Bundesrepublik sind einige bibelfeste Hochschullehrer auf Adams Seite. Allerdings eine hoffnungslos radikale Minderheit. Immerhin hatte ein Anti-Darwin-Seminar des Braunschweiger Informatikers Prof . Wolfgang Gitt im Oktober letzten Jahres »großen Zulauf«, wie der Professor stolz bekundet. Dieses Seminar wurde übrigens an der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt mit finanzieller Unterstützung des Helmholtz-Fond veranstaltet. Die Vorträge wurden als offizielle Broschüre der Bundesanstalt herausgegeben.

In den USA aber ist sogar der Eingeborene Ronald Reagan hochoffiziell der Meinung, daß er nicht vom Affen abstammt. Und seine »wissenschaftlichen Berater« beweisen in diesem Sinne denn auch ganz ernsthaft, daß unser Universum aufgrund biblischer Mathematik nach Adam Reagan höchstens 6.000 bis 10.000 Jahre alt sein kann.

Das hatte schon 1850 der englische Erzbischof James Usher aufgrund der im Alten Testament aufgeführten Geschlechterfolge und anhand anderer Bibelangaben berechnet: Der liebe Gott begann mit der Schöpfung genau im Jahre 4004 vor Christi Geburt. Ein Theologie Professor rechnete noch genauer nach: Das Universum wurde demnach in jenem Jahre am 23. Oktober um 9 Uhr früh erschaffen. Danach folgte eine arbeitsintensive Sechs-Tage-Woche, weil der Herrgott - Dickkopf, der er nun mal ist - unbedingt jede Art original und separat schöpfen mußte.

Das also sind auch heute noch »wissenschaftliche« Erkenntnisse aus einem Land, das im letzten Jahr von den acht Nobelpreisen sechs abkassierte. Der britischen Zeitschrift »New Scientist« stellt sich da eine neue Frage zur Fossil-Kunde: »Wie überlebten die Kreationisten?«

Allerdings ist das mit den Fossilien auch bei überzeugten Darwinisten so eine Sache. Um die alten Knochen streiten sich nämlich die Forscher. Die Paläontologen haben sich schon lange darüber gewundert, daß zwar von vielen nah oder entfernt miteinander verwandten Arten Überreste aus grauen Vorzeiten gefunden wurden, aber anhand dieser Funde nicht die von Darwin behauptete kontinuierliche Entwicklung dieser Arten dokumentiert werden konnte. Wobei Kontinuität für Paläontologen einen Zeitraum von Jahrmillionen umfaßt.

Warum eine Art plötzlich aus der Art schlägt

Zwei amerikanische Wissenschaftler, Dr. Stephen Jay Gould und Nils Elredge, erklärten, daß es eine kontinuierliche Evolution gar nicht gebe, sondern sich die Entwicklungsgeschichte nach langen Zwischenräumen des Stillstands plötzlich und sprunghaft weiterbewege. Man könne deshalb lange nach den fehlenden Zwischenstücken, den »missing links« in der Entwicklung einzelner Arten suchen: Es gebe sie gar nicht.

Damit schlugen sie eine Art Quantentheorie in der Evolution vor. Auch in der Naturgeschichte soll es nun Quantensprünge geben, also Hopser von einer Entwicklungsebene auf die nächste - ohne Übergang.

Genetisch ist das - neuesten Forschungsergebnissen zufolge - schon möglich: In der Abfolge der kodierten Erbinformationen (Gene) im Zellkern werden längst nicht alle Informationen für den jeweiligen Organismus gebraucht. Einige von den Gen-Codes liegen auf Reserve; oft sind es Kopien der Original-Codierungen, die offenbar zur Sicherheit angelegt sind. »Stumme Gene« also, deren verschlüsselte Bau-Anweisungen für die Zusammensetzung der Eiweißstoffe (Proteine) nicht ausgeführt werden. Wenn an diesen »stummen Genen« nun Veränderungen auftreten (Mutationen), ist das für den jeweiligen Organismus nicht weiter wichtig, denn nach dem auf diese Weise veränderten Bauplan wird ja nicht gebaut. Bei den »aktiven« Genen, deren Botschaften aktuell in die Tat umgesetzt werden, sind solche Veränderungen dem erbarmungslosen Test auf ihre Brauchbarkeit für das Lebewesen in seinem Lebenskampf unterworfen. Nur in wenigen Fällen setzen sich solche Neuerungen erfolgreich durch.

Bei den »stummen Genen« können nun Erb-Informationen im Lauf der Zeit radikal umgebaut werden, ohne daß irgendein Schaden oder ein Nutzen angerichtet wird. Wenn aber diese total veränderten Gen-Informationen plötzlich doch aktiviert werden (wie das geschieht, ist noch völlig unklar) - dann ist die daraus entstehende Mutation des Organismus eine radikale. Vergleicht man gewöhnliche Mutationen in einem Gen-Code mit einem einfachen Tipp-Fehler (wo plötzlich aus einem OK ein KO wird), dann wäre eine radikale Mutation ein ganz neuer Satz, der sich unversehens in ein Manuskript schmuggelt. Natürlich liebe ich Dich, wen denn sonst. Im Zusammenhang gibt das meist keinen Sinn. Aber manchmal eben doch.

Ein Satz ins Ungewisse also, eine Ad-hoc-Mutation aufs Geratewohl, im besten Falle ein »hopeful monster« (wie's die Forscher selbst nannten): Ist der Mensch vielleicht auch so eine hoffnungsvolle Ungeheuerlichkeit, die sich die Natur geleistet hat, ein genetisches Hoppla-jetzt-komm-ich mit ganz neuen Möglichkeiten zur Selbstentwicklung im Verein mit anderen?

Ein englischer Biologie-Professor schlug sofort Alarm: die Theorie sei marxistisch, da werde mit dialektischer Hinterlist aus der Evolution eine Revolution gemacht, ein Umschlag aus der Quantität zur neuen Qualität...

Den traditionellen Darwin-Anhängern, die sich wissenschaftlich durch die neue biologische Quantentheorie auf die Füße getreten fühlten, sollte bald Trost widerfahren. Im Oktober letzten Jahres meldete die Fachpresse, daß sich die Evolution eben doch im Schneckentempo bewege - und dabei sogar eine deutliche Spur hinterlassen habe. An den Ufern des Turkana Sees in Kenia, wo schon wichtige Knochen von unseren Vorfahren gefunden worden waren, entdeckte ein Forscher Überreste von 19 verschiedenen Schnecken-Arten, die sich dort im Laufe einiger Millionen Jahre entwickelt hatten. »Eine unzensierte Seite im Geschichtsbuch der Fossilien«, freute sich die Zeitschrift »Nature«.

Doch der Streit der Gelehrten ging jetzt erst los. Ausgerechnet der Entdecker dieser Schnecken-Spur der Evolution, Dr. Peter Williamson, interpretiert die Funde ganz anders als die Traditionalisten. Die Schnecken-Entwicklung zeige, daß die meisten Arten über Millionen von Jahren ungeändert blieben, um dann plötzlich (für Evolutionisten ist das ein Zeitraum zwischen 5.000 und 50.000 Jahren) eine ganz neue Spezies entstehen zu lassen (die zum Beispiel die asexuelle Fortplanzung durch sexuelle ersetze). Allerdings gab es in diesem Zeitraum von 50.000 Jahren zwischen Versuche zwischen den alten und den neuen Arten, die schnell verdrängt wurden durch die bald entstandene und dann wieder für lange Zeit »endgültige« Spezies.

Für heillose Aufregung unter den gestandenen, also gesetzten Darwinisten sorgten im letzten Jahr auch ein paar Mäuse, die durch die gute Stube der Evolutionstheorie huschten. Und die brachten einen Gruß vom Chevalier de Lamarck vorbei. Der hatte zu Beginn des 18. Jahrhunderts einige evolutionäre Gedanken vorweggenommen und im Gegensatz zur Bibel behauptet, daß der liebe Gott nicht jede Art einzeln geschaffen habe, sondern daß die verschiedenen Kreaturen einen gemeinsamen Ursprung hätten. Ein mutiger Mann, der in der Wissenschaftsgeschichte auch heute noch so ein bißchen lächerlich gemacht wird. Weil: Er hatte erklärt, daß erworbene Eigenschaften bei der Anpassung an die Umwelt von der Elterngeneration direkt an ihre Nachkommen vererbt werden. Die ursprünglich kurznackigen Giraffen hätten ihre Hälse so sehr nach dem Laub in den Baumwipfeln gestreckt, daß sie auf diese Weise lange Hälse bekamen. Und ihre Jungen erbten dann gleich diesen Umwelt-Vorteil, das Futter aus Höhen zu ergattern, wo keine Konkurrenz war. Diese Theorie nennt man Lamarckismus.

Wie sich Stalin in die Evolution einmischte

Darwin akzeptierte diese Gedanken übrigens, meinte aber, daß direkte Vererbung der von den Eltern erworbenen oder erlernten Umwelt-Vorteile auf die Kinder eher die Ausnahme als die Regel sei. Freud und Jung haben Lamarcksche Erläuterungen in ihre psychologischen Theorien in Form vererbter Erinnerungen übernommen.

Zur Katastrophe wurde der Lamarckismus in der Sowjetunion. Der von Stalin gestützte Zar der Biologie, Trofim Denisovich Lysenko, machte daraus ein Vererbungs-Dogma: Seine Getreidezucht-Versuche brachten ein landwirtschaftliches, damit ökonomisches Desaster. Schlimmer: Die Wissenschaft in der Sowjetunion wurde um

‚Jahrzehnte zurückgeworfen, denn jede genetische Forschung war durch Lysenko verboten worden. Viele Wissenschaftler verschwanden als konterrevolutionäre Elemente in Gefängnissen und Lagern.

Für westliche Wissenschaftler war Lamarck schon seit den zwanziger Jahren kein Thema mehr. Damals hatte der österreichische Wissenschaftler Paul Kammerer versucht, landlebenden Kröten über mehrere Generationen hinweg Brunftschwielen anzuzüchten, wie sie männliche Wasserkröten haben. Im glitschigen Element halten die Wasserkröten damit die Krötinnen beim Kröteln (oder wie sagt man da?) von hinten fest. Nachdem die Landkröten einige Zeit in feuchter Umgebung gehalten worden waren, gelang das Experiment: Großes Aufsehen in Biologen-Kreisen! Anerkennung für Paul Kammerer! Ein paar Jahre später, als Kammerer schon nicht mehr in Wien arbeitete, kam eine englische Zoologen-Kommission an die Donau, um die präparierten Kröten mit ihren Brunftschwielen noch einmal zu untersuchen. Sie schnitten die Schwielen an: Heraus floß Tusche. Die Schwielen waren aufgeklebt. Kammerer bestritt jeden Betrugsversuch. Vergebens. Dann erschoß er sich. Das war auch das Ende des Lamarckismus.

Und plötzlich ließen nun im letzten Jahr ein australischer und ein englischer Wissenschaftler ihre Mäuse los. Sie hatten männlichen Mäusen in den ersten Tagen ihres Lebens fremdes Mäusegewebe eingespritzt. Diese Gewebe wurde vom Körper toleriert, obwohl es normalerweise durch die Immunabwehr sofort abgestoßen wird (ein Problem bei Transplantationen jeder Art). Da die Mäuse jedoch noch sehr jung waren, war das Immunsystem noch nicht ganz intakt. Soweit, so gut. Doch auch der Nachwuchs dieser Mäuse stieß das fremde Gewebe nicht ab. Eine vererbte Toleranz des Immunsystems also. Und das konnte eigentlich nicht mehr sein. Sofort wurde an anderen Institutionen versucht, diesen Versuch zu wiederholen. Es gelang nicht. Ein Papierkrieg entbrannte in englischen und amerikanischen Fach-Zeitschriften: Jede Seite warf der anderen vor, geschludert oder gefälscht zu haben. Dieser Streit ist noch in vollem Gange. Ich wage jedoch die Voraussage, daß die Immunabwehr der Darwinisten stark genug ist, jeden Lamarckschen Gedanken sofort wieder abzustoßen. Darin sind sich auch die verzankten Lager der Evolutions-Forscher einig.

Und so bleibt ihnen als einziger und gefährlichster gemeinsamer Gegner der alte Adam - zumindest in den USA, dem Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten.

Wie reagieren nun die Darwinisten auf diese Bedrohung der Wissenschafts- und Lehrfreiheit durch religiöse Dogmen? Meist nicht anders als ihre Kontrahenten: Sie reagieren dogmatisch, als hätten auch sie in einem heiligen Krieg einen Glauben zu verteidigen.

Und so seltsam das klingen mag: das haben viele auch wirklich. Sie verteidigen einen Mythos. Der Schlagabtausch zwischen beiden Seiten sieht etwa so aus:

»Evolution ist eine Theorie, mehr nicht. Daneben müssen auch andere Erklärungen dieser Welt wissenschaftlich gelten, wie etwa die Schöpfungsgeschichte.« So das Argument der Kreationisten, das viele Amerikaner (nach einer Umfrage: über 70 Prozent) deshalb überzeugt, weil es so »fair« klingt.

Dagegen die Wissenschaftler: »Nein! Evolution ist eine unumstößliche Wahrheit. Eine ewig wahre Tatsache.« Sie behaupten, daß die Evolution selbst eine Evolution durchgemacht habe, denn: »Die Evolution hat sich längst über das Stadium der Theorie hinausentwickelt.« So schreibt es der US-Wissenschafts-Großvater Lewis Thomas im Magazin »Discover«.

Warum sich in der Wirklichkeit nichts feststellen läßt

Und hier hört die Wissenschaft auf. Das Dogma beginnt. Denn natürlich ist die Evolutionstheorie »nur« eine Theorie, die etwas zu beschreiben versucht, was im Rahmen dieser Theorie eben »Evolution« genannt wird. Es ist ein Erklärungsversuch, mehr nicht, allerdings der bislang haltbarste und bestmögliche. Eine Unmenge von Indizien sprechen dafür. Deshalb müßte sich ein halbwegs einsichtiger Mensch eigentlich davon überzeugen lassen, daß es damit seine Richtigkeit hat. Zweifel allerdings müssen immer erlaubt sein. Der Natur sind unsere Theorien und Naturgesetze ohnehin egal. Sie funktioniert auch so. Und immer, wenn wir meinen, ihr auf die Schliche gekommen zu sein, werden wir feststellen, daß wir mit unseren Feststellungen erst einen Zipfel der Wirklichkeit erhascht haben. Die Wirklichkeit bewegt sich nämlich weiter - in fortwährender Entwicklung. Das Bewegte ist nicht festzunageln, festzustellen, festzuhalten.

Erstarrte Festlegungen, festgemauerte Theoriegebäude (auch Paradigmen genannt) stehen jeder Wissenschaft schließlich selbst im Weg. Darwin hat eine solche Situation einmal als junger Forscher erlebt. Er war mit einem damals berühmten Geologen im Landesinnern von England unterwegs, als er dort das Fossil eines Meerestieres fand. Wenn aber an jenem Ort jemals Meerestiere gelebt hatten, mußte die ganze damalige Sicht- und Erklärungsweise der Erdgeschichte falsch gewesen sein (was sie auch war). Darwin zeigte seinen Fund aufgeregt seinem Begleiter, dem Geologen. Der reagierte säuerlich: »0, laß uns hoffen, daß das nicht stimmt!« Es soll nicht sein, was nicht sein darf.

Ähnlich reagierte die Gattin des anglikanischen Bischofs von Worcester, als sie an einem Junitag im Jahre 1860 von Darwins Behauptungen hörte: »Du meine Güte! Wir sollen vom Affen abstammen? Wir wollen hoffen daß das nicht stimmt, aber wenn es wahr ist, dann wollen wir beten, daß es nicht bekannt wird.«

So erweisen sich vergangene Paradigmen nachträglich immer wieder als Mythen. Auch die Evolutionstheorie ist - wenn auch aus anderen Gründen - vielfach zu einem Mythos verkommen. Da wird von der Evolution geredet, als sei sie selbst etwas Göttliches, Allmächtiges. Lauschen wir zum Beispiel dem Fernseh-Hohepriester Hoimar von Ditfurth. In seinem Super-Seller »Der Geist fiel nicht vom Himmel« schreibt er zunächst: »Auch die Evolution ist keine handelnde Person. Sie verläuft unbewußt und lenkt sich nicht selbst.« Ein schwacher Tiefsinn. Doch dann wird die neue Gottheit gepriesen: »Die Erfindungsgabe der Evolution muß immer wieder unser Erstaunen und unsere Bewunderung erregen. Die Phantasie, mit der die Schöpfung mit dem ihr zur Verfügung stehenden Material umgeht . übersteigt alles menschliche Maß..«

In einer bundesdeutschen Wissenschaftszeitschrift las man neulich die Überschrift »Kann die Evolution in die Zukunft sehen?« Nee, dann lieber Madame Teissier.

Doch der Mythos geht zunächst mal in die Vergangenheit. Und er ähnelt sehr jener biblischen Symbol-Mär vom Ur-Bösen, das in der Erkenntnis lauert. Die meisten Darwinisten haben nur eine andere Geschichte dafür. Darwin selbst kritzelte, schaudernd über seine eigenen Ein- und Ansichten in sein privates Notizbuch: »Unsere Herkunft ist die Ursache für unsere bösen Gelüste. Der Teufel in Gestalt eines Pavians ist unser Großvater.«

Und das ist er für die meisten Evolutionisten geblieben: Da tappt aus dem Zwielicht einer von grausligen Geheimnissen durchwaberten mythischen Vorzeit ein schrecklicher Schatten auf uns zu, eine Ausgeburt der evolutionären Hölle, ein zweibeiniges Ungetüm, das uns dumpf unter bedrohlichen Augenwülsten hervor in die Seele stiert. Ein Monster, Unaffe und Unmensch zugleich, fürchterlich und faszinierend: der sagenhafte Ur-Vater, der Horror-Homo.

Für die Psychoanalyse zum Beispiel sind Urerinnerungen aus der halbanimalischen Urhordenzeit unser finsteres, verhängnisvolles Triebpotential. Konrad Lorenz und seine Nachfolger sehen sich und uns seit Urzeiten mit unausrottbarer Aggression bestückt. Die Soziobiologen nehmen unsere »egoistischen Gene«, Erbstücke aus der der Urbrühe, zum Maßstab unserer unmenschlichen Vorbestimmung. Für Carl Sagan (»Die Drachen von Eden«) und andere TV-Smarties der Evolution ist unser Großhirn eine böse Wucherung. Der Wiener Evolutions-Theoretiker Prof. Rupert Riedl meint, daß an allem der »kollektive Unfug unserer Ratio« schuld sei. Arthur Köstler weiß: »Der Mensch - Irrläufer der Evolution« (so der Titel seines Buches). Prof. Richard Lakey, ein Star-Paläontologe aus den USA (»Wie der Mensch zum Menschen wurde«) sieht den Menschen als ständiges Kriegsopfer seines Hordentriebes. Und Hoimar von Ditfurth meint, daß die Übel in der menschlichen Gesellschaft schon deshalb nicht wirklich zu beheben seien, »weil sie nichts anderes sind als der Ausdruck der Unvollkommenheit unserer Natur«.

Wir sind also Getriebene unserer naturgeschichtlichen Vergangenheit. Der urige Affe in uns hetzt uns in den Abgrund, über die Exterminismus-Kante hinaus. Kurz: Wir können nichts ausrichten gegen uns. Das ist, was sollen wir machen, nun mal unsere Natur.

Denkste! Auch diese »Vorbestimmung« haben wir selbst zu verantworten, »weil Pessimismus vor den Aufgaben der Zukunft leicht zur sich-selbsterfüllenden Wahrsagung wird«. Diese einsame Stimme der Vernunft gehört dem Evolutionsökologen Prof. Hubert Markl von der Universität Konstanz.

Das biologische Kriterium der Evolution - nämlich die Selektion nach dem Überlebensvorteil der Arten - hat bei der Menschen-Art keinen Sinn mehr: Diese Spezies hat in ihrer Gesamtheit keine Konkurrenz mehr, sie kann nur überleben, wenn sie ihre Umwelt, ihre Mitwelt überleben läßt. Also können Handlungsalternativen, die dem Natur- und Gesellschaftswesen Mensch offenstehen, nicht nach einem biologischen Konkurrenzvorteil bewertet werden, sondern danach, »ob sie das Überleben des Übersystems Menschheit in einer unbegrenzt funktionsfähigen Biosphäre ermöglichen.«

Kann das der Mensch, der doch angeblich dazu prädestiniert ist, den Untergang seiner Art zugleich auch als Weltuntergang zu inszenieren, weil in ihm eben der urböse Höhlen-Freak aus der Steinzeit hockt!

»Man möchte ganz im Gegenteil der heutigen Menschheit ein wenig mehr 'Steinzeit-Moral' wünschen, wenn dieses Wort nicht eine völlig falsche Bedeutung erlangt hätte«, meint Prof. Markl. Denn in der Steinzeit war die Erde nach dem Maßstab des damaligen Produktionsniveaus der Jäger und Sammler schon einmal nahezu von Menschen überfüllt. Doch damals waltete allgemeine, also gesellschaftliche Vernunft: Ober einen Zeitraum von mehreren Millionen Jahren hielt die Steinzeit-Gesellschaft ihr Öko-Systern stabil. »Wozu der Steinzeitmensch nicht zu dumm und primitiv war - nämlich angesichts ökologischer Begrenzung Vernunft walten zu lassen -, das sollte auch für uns erreichbar sein.«

Kein Grund also, das Sapiens-Hirn auf den (Pessi-) Misthaufen unnützer Biomasse zu schmeißen. Im Gegenteil: Vernunft ist die Fortsetzung der Evolution mit menschlichen Mitteln. Und es sind deshalb die Friedensgorillas, die dafür sorgen, daß

unsere Zukunft nicht affig wird.

Konkret 04/82, S. 125

Rosa von Praunheim

Ein Roman aus dem Kloakenrohr

Rosa von Praunheim, der schwule Filmemacher (»Rote Liebe«), stellt Klaus Manns Roman »Der fromme Tanz« vor. Dieses »Abenteuerbuch einer Jugend« - so der Untertitel - aus dem Berlin der zwanziger Jahre kommt jetzt, nach mehr als fünfzig Jahren, wieder in den Buchhandel

»Jugend, das war einmal ein keuscher Traum und pagenhafter Adel, war Flamme des Eros und Überschwang und lebendige Auflehnung. Heute läuft es immer auf dasselbe hinaus, auf die entseelte Pein des sexuellen Kitzels. Ein Drama von Bronnen, ein Roman von Klaus Mann - das gleicht wie ein Kloakenrohr dem anderen.« So stand es 1926 in »Die schöne Literatur«. Die deutsche Presse fiel in den zwanziger Jahren über den ersten Roman von Thomas Manns Sohn her. Denn Klaus Mann hatte bereits mit 18 Jahren das geschafft, was andere ihr Leben lang nicht bringen: sein Schwulsein öffentlich gemacht.

Das war natürlich ein Skandal. Der Sohn des Nationalschriftstellers beschmutzt in solch ungenierter Weise die höchsten Werte der Nation: Religion, Familie, Karriere. Und wenn sich sein Vater auch nicht davon distanzierte, so verfaßte er doch eilends einen Grundsatzartikel »Über die Ehe«, in dem er die beschmierten Ideale wieder blank putzte.

immerhin war aber Thomas Mann der einzige, der überhaupt auf das Thema des Romans, homosexuelle Liebe, einging. Denn alle anderen, rechte wie linke Kritiker, waren sich einig in der Ablehnung des Buches und rieben sich mehr an der Person seines Autors, als daß sie sich mit seinem Inhalt auseinandersetzten: Ohne Skrupel zielten die Beschreibungen K[aus Manns darauf ab, seine Nicht-Männlichkeit zu entlarven. Das Bild des sensiblen, parfümierten, geschminkten Dekadent paßte in kein Männerbild, weder in das der politischen Rechten noch der Linken. Sei es nun der Vergleich mit einer Molluske oder der mit einem Schwan, vorrangig schien es, dieser Peinlichkeit zu entgehen, ja sich ihrer zu entledigen.

Trotz all seiner jungenhaften Unbekümmertheit hatte Klaus Mann aber sehr wohl gewußt, was da auf ihn zukam. Schon in seinem Vorwort bittet er für das Folgende um Entschuldigung. Aber auch die begründete Angst vor den gesammelten Haßtiraden der bürgerlichen Presse hielt ihn nicht davon ab, dieses »Abenteuerbuch einer Jugend« zu schreiben. Denn er wollte sich nicht »vor denen rechtfertigen, die nur gehässig sind und ihm übel wollen«. Viel wichtiger war es ihm, den Problemen und Hoffnungen seiner Jugend und all seiner Altersgenossen Ausdruck zu schaffen.

»Das Leben, wie ich es damals kannte und verstand«, schrieb er später in der ungereinigten ersten Fassung seiner Autobiographie »Der Wendepunkt«, »war vor allem dies: schweifende Unrast, Suchen, unstillbare Sehnsucht des Herzens, kurzes sinnliches Glück. Eine Jugend, die über moralische Vorurteile ebenso erhaben ist wie über soziale Bindungen und politische Dogmen, genießt und erleidet das irdische Dasein als ein farbig bewegtes Mysterium, das seine Rechtfertigung, seinen Sinn in sich selber trägt: 'Verstehen' läßt es sich nicht, sondern will eben nur durchlitten und genossen sein. Gleicht es einem Spiel, dies zweck- und ziellose, süße, grausame Leben? Nein, eher schon einem Tanz, in dem die großen Affekte - Lust, Schwermut, Angst, Verzicht, Dankbarkeit - sich zur sakralen Zeremonie, zum frommen Ritus bändigen. Und da hatte ich auch schon den Titel für meinen Roman. 'Der fromme Tanz' - freilich, so mußte er heißen! «

Im »Wendepunkt« liefert Klaus Mann selbst auch eine Inhaltsangabe seines Romans, der fünfzig Jahre lang nicht mehr verlegt wurde.- »Mein Held und Doppelgänger, der fromme Tänzer, ist ein nachdenklicher und wohlerzogener Junge aus gutem Hause, aber bemerkenswert frei von bürgerlichen Hemmungen und Aspirationen. Zunächst erscheint er etwas ratlos und depressiv - - im ersten Kapitel trägt der junge Andreas sich sogar mit Selbstmordgedanken - -; aber bald besinnt er sich eines Besseren und brennt kurzentschlossen nach Berlin durch. Dort freundet er sich mit allerlei sympathisch-verkommenem Gesindel an - - gutmütigen Prostituierten, effeminierten Tänzern, exzentrischen Nichtstuern und Bohemiens. Eine Zeitlang verdient er sich sein Brot, indem er in einem Lokal, das sinnigerweise 'Die Pfütze' heißt, Gedichte rezitiert. Dann trifft er Niels, ... und verfällt seinem robusten Charme. Niels ist ebenso vital und rücksichtslos, ebenso strahlend und verführerisch wie sein Bruder aus 'Anja und Esther'. Der fromme Tänzer betet ihn an. Niels seinerseits, der ursprünglich von einer etwas geheimnisvollen Baronin ausgehalten wurde, läßt sich mit einer der Damen aus dem Berliner Freundeskreis des Andreas ein ... «

Klaus Mann wurde in der Folge des geschickt inszenierten »Mephisto«-Skandals* erst als Exilant, dann als Widerstandskämpfer, als Sozialist, ja auch noch als Drogenhändler und Selbstmörder vorgeführt: in Deutschland alles Gründe, einen Schriftsteller und sein Werk nicht ernstnehmen zu müssen.

Mit der Neuauflage von »Der fromme Tänzer« kann man Klaus Mann nun auch als Schwulen kennenlernen. Hat sich viel geändert in Deutschland? Vor wenigen Wochen erregte sich »Bild am Sonntag« darüber, daß ein »stadtbekannter Homosexueller« an einem Empfang im Hamburger Rathaus teilnehmen konnte, und schrieb über den Bürgermeister Klaus von Dohnanyi: »Nun verlangt niemand von Herrn von Dohnanyi, daß er die Tunten der Stadt auswendig kennt (dafür hat er seine Leute). Aber eins kann man von dem Aristokraten Dohnanyi sehr wohl erwarten: Kinderstube!«

Bei solcher Stimmungslage wird es auch heute wieder (oder noch) genug Feuilletons mit Kinderstube geben. Wieder wird man dem »frommen Tanz« vorwerfen, er sei der unwichtige Erstling des epigonenhaften Sohnes eines großen Vaters, ein sensationsgeiler Kolportageroman, der unreife Schwulst eines Spätpubertären.

Sicher ist das Buch kein Meilenstein der Literaturgeschichte. Klaus Mann selbst meinte später ja auch: »Ich war sehr jung, als ich die Gefahren und Möglichkeiten des eigenen Wesens solcherart porträtierte und spielerisch übertrieb.« Vieles an diesem »Abenteuerbuch einer Jugend« erinnert an den englischen Schriftsteller Christopher Isherwood und dessen Schilderungen des dekadenten Berlin. Und dennoch: ein lohnender und unterhaltender Roman - nicht nur, weil da einer sein »eigenes Wesen solcherart porträtierte«, was unter allen deutschen Autoren vielleicht nur noch Hubert Fichte in dieser Offenheit wagen konnte. So gründlich hat die antischwule Kritik gearbeitet, so gründlich arbeitet sie zum Teil heute noch.

Das Buch lohnt vor allem, weil es ein Dokument ist, wie Klaus Mann schreibt, »eines, das aus unserer Jugend kommt, von unserer Jugend handelt, und nichts sein, nichts bedeuten möchte als Ausdruck, Darstellung und Geständnis dieser Jugend, ihrer Not, ihrer Verwirrung - und ihrer hohen Hoffnung vielleicht«.

---

*) Die Geschichte von Klaus Manns »Mephisto«Roman, sein »Modell« Gustaf Gründgens, die Verfolgung des Buches, der Streit um die Aufhebung des Verbots und schließlich der Erfolg als verfilmter Bestseller werden in dem soeben erschienenen Buch »Karriere eines Romans« dokumentiert (Edition Spangenberg, 240 Seiten, 28 Mark)

Klaus Mann, »Der fromme Tanz«, Verlag Bruno Gmünder, Berlin. 160 Seiten, 24 Mark

Konkret 04/82, S. 126

Sabine Bredy

Hoffnungslos harmlos

Musik

»Er hatte goldnes Haar, das glänzte wunderbar, sein Blick, der war so scharf, ahaah ... « Diese Huldigung; von dünnen Mädchenstimmen, gilt dem »Fred vom Jupiter«. Er ist zur Zeit der Shooting-Star der neuen deutschen Schlagerwelle - und ein ganz junger dazu. Sein Name ist nicht Fred, sondern Andreas Dorau (18), er kommt auch nicht vom Jupiter, sondern aus Wandsbek-Ost und hat ein Ziel: ein Hans Albers der 80er Jahre zu werden.

Zugegeben - das Popstückchen über den Raumfahrer, der die Mädchen betört und die Männer verstört, kommt flott und nett und kann einen beim Abwaschen oder Fensterputzen beflügeln. Was sollte Musik wohl auch sonst.

Teuflisch genial war Andreas' Idee, sich das Singen vorläufig von einem Klein-Mädchen-Chor abnehmen zu lassen. Die »Marinas« waren bei der Plattenaufnahme zwischen 11 und 14, und ob einzeln oder unisono -die schmachtenden girls machen selbst aus Mutti und Papi Neue-Welle-Fans. Auch die Optik stimmt: Dank der Vorgarten-Steegers wird der Schuljunge zum Roger Moore.

Wie der fesche Andreas wirklich an den Hit kam, bleibt Gerücht. Gesichert W, daß er seinen ersten Anlauf als Avantgardist genommen hat. Auf Alfred Hilsbergs »Zickzack«-Label produzierte er seine Single »Der lachende Papst«, auf der er sich mit eigner (verzerrter) Stimme zu seiner Vorliebe für Negermuskeln bekennt. Das Frühwerk hielt sich ausdauernd in den Regalen seines Alternativ-Vertriebs.

Das Künstler-Label »ATA TAK« investierte dennoch Glaube und Hoffnung ins Wunderkind - und rief den Knaben nach Düsseldorf, wo »Fred vom Jupiter« zu Vinyl wurde. Vorangegangen war ein Arbeitsprojekt im Musikunterricht, Ergebnis: das besagte Lied, nach Text und Melodie des Musiklehrers. Vater Dorau (ein Pastor): »Andreas hat das Lied, äh, sagen wir, vom Text und Musikalischen her, äh, gemanagt.« Einer von Doraus Mitschülern, Olaf Maurischat, hatte mitgemanagt. Aber dessen Namen taucht auf der Plattenhülle nur noch klitzeklein auf. Die Marinas sind auch gar nicht die Marinas. Für seine heimliche Aufnahme konnte Andy keine Klassenkameradinnen gebrauchen. Ein paar kleine Mädchen aus Vatis Gemeinde waren schnell bereit, für je ein Exemplar der Single als Belohnung im Chor zu singen. Für die Synthesizer wurde stundenweise ein Hippie gemietet.

Der Klassenlehrer war beim Erscheinen der Platte »so erstaunt« (Vater Dorau), daß ein Rechtsanwalt schlichtend eingreifen mußte. Inzwischen kriegt der Lehrer ein wenig Geld ab. Niemand konnte nämlich ahnen, daß sich allein auf der Alternativ-Schiene ohne große Mühe 10.000 Singles verkaufen würden.

Von Springers »Hamburger Abendblatt« über das Avantgarde-Zirkular »Spex« bis zum englischen Musikblatt »NME«: nur enthusiastische Kritiken. Der Rundfunk meldete Interesse, das Fernsehen brachte ein Dorau-Video, und für Anfang April ist sogar ein Auftritt in Dieter Thomas Hecks ZDF-Hitparade geplant.

Wieder zugegeben: Bei Liveauftritten überrascht und blendet des Doraus Souveränität, Frechheit und Spielfreude. Die Leihmusiker sind gut und spielen, was der Diktator ihnen sagt.

Als angenehmer Kontrast zur Schlechtigkeit der Welt sind die Dorau-Schlager seiner neuen LP (Titel der Platte: Blumen und Narzissen«) genau richtig: harmlos, sauber, Gute-LauneMusik der derbsten Sorte. Selbst Ideal nehmen sich dagegen wie blutrünstige Protestler aus. »Tulpen und Narzissen sagen ja, sagen nein, ich sitz im Keller und hab nur die Blumen« oder »Heute ist Samstag, heute ist Einkauf, Windeln für Beate, la, la, la.« Andreas und die Marinas laufen zu Hochform auf, wenn sie sich im Wechselgesang Anträge und Körbe geben (»Junger Mann«). Dorau zum Ausländerproblem: »Ob die Neger mich wohl fangen. Ob die Indianer mich wohl braten.« Dazu werden, hübsch arrangiert und sauber gespielt, sämtliche Unterhaltungsmusik-Register gezogen: etwas Bossanova, etwas Disco, etwas Rock'n'Roll, Bläser, Akkordeon. Bei genauem Hören merkt man dann daß der Andy sich ein Arbeitsprinzip der großen Grace Jones zu eigen gemacht hat: das Klauen. Von Spizz Energi ein Gitarrengriff, vom Lindenberg die Nordseestimmung, von Meisterin Jones selber den kühl-erotischen Discoswing.

Bei »Einkauf« und »Reisen um die Welt« erkennt man Holger Hillers näselnden Tonfall wieder nebst original Schaumburg-Bläserersatz und »Dada«-Text. (Holger Hiller von der Neue-Welle-Starband Palais *Schaumburg hat* Andreas das Gitarrespielen beigebracht.)

So naiv wie seine Texte ist Dorau aber nicht. Und aus seinem Traum »Lokomotivführer werden« (in zündenden Ska-Rhythmen vorgetragen) wird wohl auch nichts. Denn die Plattenfirma Teldec hat sich längst der Jupiter-Single mit gutem Erfolg angenommen und in sechs Wochen etwa 40.000 Exemplare verkauft. Insgesamt wurden also von dieser Platte über 50.000 Stück abgesetzt.

Und Fred vom Jupiter greift zu den Sternen. Vielleicht erfüllt sich ja doch noch sein verstiegener Wunsch, seine Vorbilder von Palais Schaumburg als Vorgruppe für eine Tournee zu engagieren. Mit kindlich-provozierendem Größenwahn bietet er neuerdings auch alteingesessenen Bands seine Produzentendienste an und freut sich über die entrüsteten Gesichter. Motto: Frechheit siegt.

»Ich hab das Glück gefressen,

und ich weiß warum,

es sah gut aus,

und es war so dumm«,

singt Andreas Dorau auf seiner neuen LP. Aber mir bleibt ein anderer Vers im Ohr: »Junger Mann, was ist an dir schon dran «

Konkret 04/82, S. 128

Hermann Peter Piwitt

Heute drücken wir auf die Glückstaste

Fernsehen

Auf dem Trümmergelände an der Budapester Straße, etwa dort, wo heute das Europa-Center steht, feierten in den frühen Sechzigern die Berliner ihr Oktoberfest. Zwischen Würstchenständen und Schießbuden fand dort auch eine Nacktshow statt. Oder das, was damals so hieß. In einem kleinen, fast immer leeren Zelt zeigten zwei Männer ihre Mädchen. Die Mädchen stellten nacheinander Figuren auf die Bühne, die als »jagende Diana« oder »die Verschämte« angekündigt wurden. Dabei durften sie sich nicht bewegen; so wollte es damals die Sitte. Wechselten sie - minütlich - von einer Figur in die andere, ging das Licht aus.

Wenn heute eine Handvoll friseurgepflegter Zuhälter mit ihren Pferdchen und deren Erspartem eine Fernsehserie drehen, den Opa und die Oma aus Springfield / Illinois hinzubitten, und es kommt dabei etwas wie »Dallas« heraus, steigt bei uns die Einschaltquote bis auf 90 Prozent der laufenden Geräte, und das Buch zum Film rückt auf die »Spiegel«-Bestsellerliste.

Was für ein Abenteuer damals: zwei Freunde, einander Mut machend oder absprechend, das Markstück in der Faust, und dann im dunklen Zelt von Mademoiselle Denise doch noch geleimt werden, weil sie in Figur vier, der Vorletzten, als »die Spröde«, nur den Rücken zeigt. Zum Abgewöhnen.

Heute drücken wir die Glückstaste. Wir wissen, was uns erwartet. Eben Fernsehen. Denn es gibt kein gutes oder schlechtes Fernsehen. Nur Fernsehen. Und am schlimmsten sind jene Sendungen, die vor zuviel Fernsehen auch noch warnen. Das ist wie ein LSD-Briefchen mit der Aufschrift »Achtung!«. Ist der Trip aber mal geschmissen und das Auge des Hurrican erreicht, welche Fülle des Glücks dann doch noch, welche Freude am Erkennen und Wiedererkennen! Louis de Funes zum Beispiel, wie er unter dem Namen »Schröder« die sanft debile Wirtschaftssendung »Bilanz« leitet. Oder Loriot als Seneca in »Quo Vadis«. Oder Huberty: Wie lange wird sein Resthaar den Maegerlein-Effekt noch mitmachen? Spannung bis zur nächsten Sportschau... Höfer: gut, er sieht mittlerweile aus wie eine polnische Poularde, die einem KBW-Mann auf dem Weg zurück nach Warschau unterm Arm aufgetaut ist. Und ob er was dafür kann oder nicht: Jedenfalls dürften Frauen auf dem Bildschirm so nicht rumsitzen. Aber was ist Dieter Hildebrandts verquälter Witz gegen Höfers höheren Nonsens?

Aus Klaus Harpprechts »Wer die Show hat, hat die Macht« konnte man kürzlich erfahren, Nixon habe die Wahl gegen Kennedy seinerzeit nur verloren, weil - während der direkten Konfrontation auf dem Bildschirm - zuviele weibliche Zuschauer am Nachmittagsschatten seines dunklen Bartes Anstoß nahmen. Aber selbst diese schlichte Information gelangte am 28. Februar bei uns nur an die, die nicht - wie allein im Sendebereich des NDR 1,2 Millionen - zur gleichen Zeit mit rotgrünen Punkerbrillen vor den Drei-D-Alternativprogrammen saßen...

Mit dem Fernsehen ergeht es uns wie mit unseren Demokratien im Westen: Der Glaube daran ist umso blinder, als es gestattet bleibt, etwas gegen gewisse Auswüchse zu sagen. »Kennzeichen D« hin, »Panorama« her - das Medium ist die Megamaschine, die nach Feierabend die Erinnerung niederzuhalten hat an das Leben, um das wir durch die Megamaschinen der Produktion gebracht sind. Und jeder Weg zum Kino ist schöpferischer selbst dann noch, wenn er vor ausverkauften Kassen endet.

Und doch, wenn dann der Witwenvogel sein Ei in das Nest des Veilchenastrilds legt oder vom DDR-Korrespondenten die Information kommt, die Wurst sei im Eichsfeld reif, wenn der Kuckuck ruft, wenn Hoimar von Ditfurth weiß, daß man noch immer nicht weiß, woran die Saurier starben, und Tom Cat mal wieder der Dumme ist: dann fürchten wir daheim, vor unserem Color Imperator, nur eins, nämlich die letzte Tagesschau und wie wir dann wieder vor dem Nichts stehen.

Fernsehen ist beides: die Zumutung - und die Droge, über sie hinwegzukommen. Und die drückt immer noch am wohligsten durch, wo der Blödsinn unfreiwillig gelingt. Bei Höfers »Frühschoppen« gelingt er fast immer. Bei »Mainz wie singt und lacht« nie. Da schämt man sich nur, daß man ein Mensch und kein Tier ist. Talkshows sind auch nicht gerade eine Gewähr für den rechten Wahnwitz von ungefähr. Aber Ende Februar bei »III nach Neun« kam das Medium wieder einmal zu sich selbst: Da fragt Marianne Koch Fritz Teufel, ob er - Kindheitstrauma! - unter seinem Namen gelitten habe. Und ein im Einreiher verschnürter Mensch, blasser noch als ein toter Schwede, empört sich, was das solle, er heiße zum Beispiel »Langohr«. Und? Und sieht auch noch danach aus... Da wird Matthöfer'(»Das Imperium spritzt zurück«) nicht müde, einem alle Beißhemmungen im Publikum lockernden Teufel zu erzählen, daß er alles das schon vor ihm war (was? Der kleine Gefreite aus dem 1. Weltkrieg? Nein:) Arbeiterjunge, Anarchist »als Sie noch zur Schule ... « Und ein alter blonder Ilse-Koch-Verschnitt in schwarzem Hosenanzug und Schlips wünscht den in Haschwolken leise vor sich hin Bröckelnden - wohin? Nach 'drüben'? Nein, aber: »dahin, , wo Sie hergekommen sind!« Dann tanzen Rentner Tango. Und um den großen Tisch versammelt man sich, um über Benimm zu sprechen. Ein Herr Wulff, Tanzlehrer (»Auch ich , esse gern und gut«) hält die »höfischen Sitten aus der Weimarer i Verfassung« für übertrieben. Und ein Professor Affemann (Trauma?), ein

Mensch wie aus »Captain Future«, wendet ein, daß jemand, der immer nur in Jeans herumlaufe, nicht merke, »daß es im Leben auch herausragende Ereignisse gibt«. Worauf Herr Wulff: »Wir sollten nicht alles an den Jeans aufhängen.« Ja, und dazu die New Wave-Gruppe »Extrabreit«, jung, in der ewig jungen Gummizelle Kapitalismus, zwischen blinkenden Alufolien, die flüchtige Konjunktur der Tobsucht nutzend.

Wahnwitz, ausgewogen. Von mir aus hätte es ewig so weitergehen können .

Aber wie man hört, sind für »III nach Neun« aus Bremen inzwischen neue Moderatoren bestellt. Der Schriftsteller Heckmann und die Regisseurin Christel Buschmann, unter anderen. Macht mir bloß, ihr beiden, nichts kaputt!

Konkret 04/82, S. 130

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Ausland ist im SPIEGEL jene Gegend, wo keine Gegendarstellungen wachsen und die Freizügigkeit der Information schon an Libertinage grenzt:

Der Bruch mit Moskau macht den italienischen Kommunisten schwer zu schaffen. Die KPI-Spitze befürchtet, daß Vorstandsmitglied Cossutta als »Agent Moskaus« tätig ist.

Es soll aber keiner sagen, daß diese fettgedruckte Nachricht nicht gründlich recherchiert ist:

Zu diesem Zweck, so fürchten KPI-Führer hinter vorgehaltener Hand, habe Moskau den Abweichler Cossutta als »Agenten« angeheuert.

Und wenn sie Schiß bekommen, nehmen sie den SPIEGEL vor die hintergehaltene Hand.

*

Marmor, Stein und Eisen bricht, aber unsere Liebe nicht. Alles, alles geht vorbei, doch wir sind uns treu, THEO:

Deutsch-japanische Beziehungen – das Thema hat mich nicht mehr losgelassen, seit ich vor dreißig Jahren in der Bibliothek der University of Chicago Holzkisten aufstemmte und dabei auf die Akten des Tokioter Kriegsverbrecherprozesses stieß. Aus der ersten flüchtigen Lektüre, stehend im Büchermagazin, wurde ein jahrelanges Studium, bald eine dicke Doktorarbeit über »Deutschland und Japan zwischen den Mächten, 1935 bis 1940«, am Ende eine Faszination mit dem Reich der aufgehenden Sonne.

My japanese boy, ich bleib dir trotzdem troy:

Das alte Japan ist tot. Betonbauten, verstopfte Hochstraßen, ernsthaft dunkel gewandete Männer, elegante Frauen im Kostbarsten, was Europas Couturiers hervorbringen - sie bestimmen heute das Bild der Städte.

Butterfly, my butterfly?

Altjapanisches ist sündhaft teuer geworden. Das Gespenst des ökologischen Harakiri geht um... Die deutsch-japanischen Beziehungen? Sie sind schon lange eingeordnet in übergreifende Bezugssysteme... Jahre der Einkrümmung auf sich selbst... Es dauerte mehrere Jahrhunderte, bis die Japaner aus der Isolierung heraustraten, die ihnen die Geografie und der eigene Wille zur Absonderung auferlegten, und hineinwuchsen in das Beziehungsgeflecht der modernen Welt. Japan muß sich stets von neuem seiner Daseinskoordinaten vergewissern.

Die Suzuki klang in der Sommernacht:

Die Sorge, nicht den Anschluß zu verlieren, hat freilich auch ihre Kehrseite. Je stärker sich die Japaner zur Weit hin öffnen, je gieriger sie sich Fremdes und Fremdartiges aneignen, wie sie das ja ihre ganze Geschichte hindurch, getan haben, von der Schrift und der Religion bis zur Ethik und Technik, desto tiefer geraten sie in eine Identitätskrise. Gewiß haben sie sich längst für den Okzident

für das Reich der untergehenden Sonne

entschieden, für Computer und Mikroprozessoren und Modernität, doch ängstigen sie sich um ihre Seele. Wird ihre Kultur überleben können?

Wirdsenicht, Doktor Sommer, wo doch ganz Tokio rumläuft wie vom rive gauche, verheddert in übergreifende Bezugssysteme, eingekrümmt ins Beziehungsgeflecht von Ethik und Technik und Journalistik, zappelnd mit der Kehrseite in den Daseinskoordinaten, identitätskriselnd zwischen Altjapanischem und Mikroprozessoren, zwischen Fisch und Chips. Das Gespenst des ökologischen Harakiri geht um, der Smog über Tokio stürzt sich in den Toyota, und ich fahre nach Chicago, zur Universitätsbibliothek: Holzkisten zunageln.

*

Der Moskauer Korrespondent der NEUEN ZÜRCHER ZEITUNG schreibt:

Die Schatten der Endzeit, die aber der Ära Breschnew liegen, sind langer geworden. Der Tod Suslows und die Beisetzung des Ideologen an der Kremlmauer markieren zwar keine allgemeine Götterdämmerung auf dem sowjetischen Olymp, erinnerten ,aber die alten Männer im Politbüro an ihre Sterblichkeit und die dringend werdende Pflicht, das Haus zu bestellen... Die Kader verharren in der Zucht des verstorbenen Meisters und werden durch die raffinierte Günstlingspolitik des herrschenden Clans gegängelt, während die Kremlzinnen im Abendlicht der Breschnew-Zeit Frost anzusetzen beginnen.

Das Sittengemälde wurde, man hat schließlich Schüler, als »Neue Zürcher Poesie«, an einem anderen Ort aufgehängt. Stilsicher, in der ZEIT, an die Rückseite von »Europa, unter Druck gesetzt? Von Theo Sommer«. Man hat auch Partisanen.

*

Filmkritik aus der WESTDEUTSCHEN ALLGEMEINEN ZEITUNG:

Ein Wort noch zu den prallen Sex-Szenen: Da entschloß sich Regisseur Stenzel zu einer Gratwanderung, bei der er - nach meiner Meinung - nur ein- oder zweimal abstürzte.

Eine Katze hat tausend Leben. Ein Regisseur hat zwei oder drei. Der Rezensent hat eine Lebensversicherung beim Versorgungswerk der Presse, deren Prämie sich im Falle des Unfalltodes verdoppelt. Bei zweimaligem Absturz: vervierfacht?

*

Auch der Filmredakteur der BILD-Zeitung spielt uns das Lied vom Tod:

Heinz Rühmann 1955. Zusammen mit seiner verstorbenen Frau drehte er einen seiner lustigsten Filme

»In der Urne wird gejodelt«?

*

Der frühere Vorsitzende der Jungsozialisten, GERHARD SCHRÖDER, hat etwas entdeckt:

Der Onkel hat immer noch mehr politisches Fingerspitzengefühl im kleinen Finger als seine potentiellen Nachfolger im Kopf.

Ich weiß nicht, was Wehner wo hat. Aber richtig ist, daß es Ehmke, Apel und Wischnewski im Kopf haben.

*

Im Kulturteil der WELT (das gibts) referiert ein H. Joachim Maitre über eine Tagung der Mont Pelegrin Society (das gibts auch):

Die Krise der zeitgenössischen Demokratien wird in ihren Extremen in Schweden so anschaulich demonstriert wie in Chile.

Zeitgenössische Demokratie in Chile?

Im Kern des neuerlichen chilenischen Experiments steht seither die Revision der gängigen Menschenrechtsdebatte, die sich in ihrer linken und linksliberalen Version längst nicht mehr um die den Menschenrechten zentralen »property rights« schert, sondern verhältnismäßig sekundäre »political rights« in den Vordergrund stellt.

Heil, Maitre Joachim!

*

Daß der dazugehörige Leitartikler der WELT Joachim Neander .heißt, ist nicht meine Schuld, aber er tut, was er kann:

Daß immer wieder im Lande Gift gefunden wird, ist eine böse Sache. Die Verpackung aber, in der die Giftnachrichten durch die Medien rauschen, ist oft unsinnig. Das Natriumcyanid in dem Faß, das man in Donaueschingen entdeckt hat, reiche aus - so wird zum Beispiel unter Berufung auf die Polizei (!) behauptet - um Millionen Menschen zu töten... Diese Manie, jede Gefahr auf ihr größtmögliches Katastrophenausmaß hochzurechnen... Die Ängste, die man da schart, sind ja sorgfältig selektiert. Die Toten werden nur dort gezählt und hochgerechnet, wo man im Zweifel anderen die Schuld daran zumessen kann. Niemand schürt die Angst vor Erdbeben, Hochwasser, Sturm... Dabei werden die wirklichen Tode dort gestorben.

Was ist die Pershing II gegen Windstärke 12? Was ein Neander - gegen ein Wellental?

*

Der Verleger der ZEIT, Gerd Bucerius, will seinen Verlag verkloppen und hat deshalb das Redaktionsstatut gekündigt, das den Redakteuren ein Vorkaufsrecht und ein bißchen Mitbestimmung einräumte. Die Redaktion protestierte, der SPIEGEL berichtete:

Anlaß für die überraschende Kündigung des Statuts sind nach Ansicht der Redakteure die Bemühungen des 75jährigen Verlegers, sein Lebenswerk zu sichern.

Feingefühl im Goethe-Jahr: Edel sei die Nachricht, hilfreich die Redaktion und der Verleger gut.